Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Raden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 65 | Dresden, Donnerstag den 18. März 1926 | 37. Jahrg.

Ein Sieg des Volkes!

Glänzende Resultate des Volksbegehrens — Ueber acht Millionen — Die tapferen Frauen — Die Wut der Reaktion

Die erste Schlacht des ersten Volksabstimmungskampfes, den Deutschland erlebt, ist vorüber, und sie schloß mit einem Siege des Volkes und des republikanischen Gedankens. Noch liegt das Gesamtresultat der Stimmenflut nicht abgeschlossen vor. Aber nach vorläufigen Schätzungen wird die Summe mindestens acht Millionen Einzeichnungen ausmachen. Zehn Prozent der Stimmberechtigten mußten sich eintragen, wenn das Volksbegehren durchdringen und mit dem zweiten Gang zum Volksentscheid werden soll. Ueber die doppelte Zahl der geforderten Stimmen schoß die Volksbewegung hinaus. Das ist ein Erfolg, den sich viele nicht träumen ließen und dessen sich alle freuen dürfen, die an ihm mitgearbeitet haben.

In manchen Ortschaften sammelte das Volksbegehren über 50 Prozent der Stimmberechtigten. Nur in Bayern und in nördlichen und östlichen Agrargebieten, wo sich der Terror der Reaktion am traurigsten entfalten konnte, sind die Ziffern ungünstiger. Im zweiten Gange, beim Volksentscheid, ist die Abstimmung nicht so leicht zu kontrollieren, weil da mit Ja und Nein gestimmt werden kann. Bei diesem zweiten Gange dürfte darum auch in den politisch zurückgebliebenen Gebieten ein günstigeres Resultat zu erhoffen sein.

Bei dieser kommenden Volksabstimmung, die nach Eingebung und Ablehnung des Fürstenenteignungsgesetzes im Reichstag nötig werden wird, stehen die Aussichten nach den bisherigen Resultaten des Volksbegehrens besser, als man bei Beginn des Kampfes annehmen konnte. 20 Millionen müssen aufgebracht werden, 50 Prozent der gesamten Wählerschaft. Das ist zwar eine ungeheure Zahl, aber sie erscheint erreichbar, nachdem im ersten Anlauf sich zeigte, wie stark diese Volksbewegung geworden ist. Sie hat in den meisten Gebieten Deutschlands mehr als die Gesamtstimmenziffer der sozialistisch-proletarischen Parteien bei der letzten Reichstagswahl aufgebracht. Sie hat in manchen Gegenden, wie in Sachsen, Demokraten und Zentrum glatt aufgesogen. Diese beiden Parteien, die ihr demokratisch-republikanisches Bekenntnis so leicht vergessen, wenn es einmal durch eine radikale Tat bewiesen werden muß, sahen sich in ihren eigenen Reihen einer regelrechten Meuterei gegenüber. Im Zentrum rebellierten — neben manchen Geistlichen! — vor allem die christlichen Arbeiter, in der Demokratischen Partei hißten die Jungdemokraten und ganze demokratische Landesorganisationen die Fahne des Volksbegehrens. Wir werden abwarten, was daraus die beiden Parteien für den weiteren Kampf gelernt haben. Ihre Presse oder die ihnen nahestehenden Blätter taten nichts für das Volksbegehren. Nur die größere demokratische Presse, wie Berliner Tageblatt, Vossische Zeitung, Frankfurter Zeitung, war klug genug, die Gewalt und die Bedeutung dieser Volksbewegung anzuerkennen und darüber zu berichten.

Die schwarzweißrote Presse schäumt vor unserer Wut über den ungeheuren Erfolg des Volksbegehrens. Die rechtsstehenden Organe suchten den Massensturm noch während der letzten 14 Tage totzuschweigen. Jetzt finden sie allmählich die Sprache wieder. Am deutlichsten wird die Wut der Reaktion ausgedrückt von Blättern wie der ewig aufgeregten deutschnationalen Deutschen Zeitung. Sie schreibt:

„Die Eintragungslisten zum „Volksbegehren" wurden am Mittwoch abend geschlossen. Rund acht Millionen sogenannter deutscher Staatsbürger haben sich bereit gefunden, in einem Volksbegehren sich für die Beraubung der deutschen Fürsten auszusprechen. Acht Millionen, verhetzt von den jüdischen Drahtziehern und ihren Schutztruppen. ... Vom Volksbegehren zum Volksentscheid ist zwar noch ein weiter Weg, aber es wird Mühe kosten, die in diesen Wochen geprägten Linien aus den verführten Massen wieder herauszuhämmern."

Ganz richtig. Es wird den Klopffechtern des Monarchismus schwer werden, in den Köpfen der breiten Massen und der vielen unpolitischen Leute, die sich aus Groll über die Fürstenhabgier zum Gang an die Liste aufrafften, die Auffassung zu verfälschen, die während dieses ersten Ganges geleitet wurde. Selten waren unsre Versammlungen derart überfüllt, selten waren Wählerschichten, die sonst schwer hinterm Ofen hervorzulocken sind, derart interessiert bei der Sache, wie in diesem Kampfe gegen eine abgetakelte Landesmutterstrope, die den Landeskindern das Hemd nehmen möchte, nachdem sie es den herrlichen Zeiten des deutschen Zusammenbruchs entgegenführen half. Bedenkt man, daß die ganze Agitationsarbeit nur von den zwei sozialistisch-proletarischen Parteien geleistet wurde, daß unsre Presse neben der bürgerlich-kapitalistischen an Verbreitung weit zurückbleibt und daß dieser Kampf mit den Groschen der Massen finanziert werden mußte, so kann man am Resultat erkennen, wie populär dieser Kampf gegen den Monarchismus und seine habgierigsten Repräsentanten geworden ist.

In den revolutionären Märzstürmen von 1848 floß Blut, aber die Fürsten blieben. Im Märzsturm von 1926 wurde die Waffe eines unblutigen Volksrechts geschwungen, aber der deutsche Monarchismus liegt geschlagen am Boden. Noch steht eine zweite Schlacht bevor, größer und gewaltiger als die erste. Noch gilt es, dafür alle Kräfte lebendig zu halten. Aber wie die zweite Schlacht auch ausgehen mag — **wenn acht Millionen deutscher Wähler gegen das Fürstentum im ersten Treffen aufstehen, so ist dieser Monarchismus im Herzen dieses Volkes erledigt!**

•

Die Ziffern

Leipzig. Der Mittwoch brachte nochmals 18 231 Eintragungen für das Volksbegehren. Damit hat die Gesamtziffer seit dem 4. März laut amtlicher Errechnung die Höhe von 239 747 erreicht. Bei der Reichspräsidentenwahl erhielten Sozialdemokraten und Kommunisten 193 587 Stimmen. Es sind jetzt also 46 160 mehr zur Eintragung erschienen, als damals die beiden das Volksbegehren beantragenden Parteien Stimmen erhielten.

Freiberg 5447 Eingeichnungen = 24 Prozent der Wahlberechtigten.

Freital 17 271 Eingeichnungen = 72 Prozent der Wahlberechtigten.

Die Lausitz

Im Durchschnitt hat auch die Lausitz sehr gute Resultate aufzuweisen.

Löbau 7954 (bei der Reichspräsidentenwahl), 3065 proletarische Stimmen, 2898 Eingeichnungen.

Neusalza-Spremberg	2400	792	1453
Neugersdorf	7609	3435	5535
Ebersbach	6267	2201	3370
Cunewalde	2126	805	1089
Eibau	3468	1393	2101
Obersedlitz	2404	751	1239
Oppach	1970	625	1026
Bautzen	24 688	7921	8675
Schirgiswalde	2100	205	586
Wilthen	2200	988	1058
Kamenz	7100	2735	2751
Pulsnitz M. S.	1140	774	1037
Zittau	25 488	6167	10 988
Großschönau	4758	1342	2374
Hirschfelde	1798	773	1219
Olbersdorf	3756	1638	2802
Seifhennersdorf	5215	1876	2713
Ostritz	1750	448	581

SPD. **Berlin**, 18. März. (Eig. Funkspruch.) Die Gesamtzahl der Eintragungen in die Liste zum Volksbegehren in Groß-Berlin beträgt 1 583 000, das sind 15 600 mehr, als Sozialdemokraten, Kommunisten, Unabhängige, Demokraten und Zentrum bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 zusammen an Stimmen erhielten; 470 000 Stimmen mehr, als am 7. Dezember von Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängigen abgegeben wurden; 68 Prozent der am 7. Dezember abgegebenen Gesamtstimmen; 53,2 Prozent der Wahlberechtigten.

Brandenburg. Von 40 695 Wahlberechtigten haben 20 502 sich eingezeichnet. Das ist gegenüber der letzten Provinzial-Landtags- und Kreistagswahl ein Plus von 3802 über die damals abgegebenen Stimmen für Sozialdemokraten und Kommunisten. Die aus dem Unterbezirk einlaufenden Meldungen bestätigen, daß in vielen ländlichen Orten weit über 50 Prozent der Eintragungsberechtigten ihre Pflicht getan haben.

Hamburg. Das Groß-Hamburger Städtegebiet zählt ½ Million Eintragungen für das Volksbegehren. Davon entfallen auf die Stadt Hamburg 378 000, auf Altona 66 000 und auf Wandsbeck etwas über 13 000, der Rest auf die kleineren Orte. In Hamburg haben sich damit 48,¾ Prozent der Wahlberechtigten, in Altona 51½ Prozent und in Wandsbeck 46¾ Prozent beteiligt. Im Vergleich zu der Zahl aller gültigen Stimmen beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl haben sich in Hamburg 60½ Prozent, in Altona 67 Prozent, und in Wandsbeck 60½ Prozent der Wähler eingetragen.

Stettin. Am Volksbegehren haben sich von 173 865 Wahlberechtigten 76 143 beteiligt. Bei der Reichspräsidentenwahl haben 136 209 Personen ihre Stimme abgegeben. Davon 81 517 für Hindenburg, während 54 019 Marx- und Thälmann-Wähler waren. Es haben sich also rund 22 000 Hindenburg-Wähler am Volksbegehren beteiligt.

Rostock. Am Volksbegehren beteiligten sich 16 563 Personen.

Wismar. Hier erreichten die Eintragungen 7370, das sind 60 Prozent der Wahlberechtigten.

Halle. Zum Volksbegehren haben sich 49 306 Personen eingetragen. Das sind 37,4 Prozent aller Wahlberechtigten und 10 798 Stimmen mehr, als Sozialdemokraten und Kommunisten bei der letzten Reichspräsidentenwahl aufgebracht haben.

Erfurt. Die Gesamtzahl der Eintragungen für das Volksbegehren beläuft sich in Erfurt auf 37 661.

Hannover. Hier haben sich insgesamt 149 210 Personen zum Volksbegehren eingezeichnet. Das sind 49,4 Prozent der Wahlberechtigten und 32 919 Stimmen mehr, als Sozialdemokraten und Kommunisten bei der Reichspräsidentenwahl erhielten.

Braunschweig. In der Stadt Braunschweig sind insgesamt 40 679 Unterschriften für das Volksbegehren abgegeben worden. Der letzte Tag brachte also fast 1500 Eintragungen, obwohl um 2 Uhr Schluß war. Das Ersuchen unser Partei, die Eingeichnungsfrist bis zum Abend zu verlängern, ist abgelehnt worden. Es haben sich also etwa 44 Prozent aller Wahlberechtigten für die Fürstenenteignung erklärt. Aus den ländlichen Bezirken liegen zur Stunde sichere Nachrichten noch nicht vor. In den von Arbeitern stark bewohnten Dörfern dürfte ein gutes Ergebnis zu verzeichnen sein. Es gibt aber im Freistaat Braunschweig noch Orte, wo die Agrarier unbeschränkt herrschen und beim Volksbegehren ihre Macht ausgeübt haben.

Kassel. Im Stadtkreis Kassel haben sich 43 636 Personen zum Volksbegehren eingezeichnet.

Wiesbaden. Die Eintragungen zum Volksbegehren beziffern sich hier auf 18 532.

Frankfurt a. M. Die Eintragungen für das Volksbegehren weisen 140 900 Namen auf. Das entspricht 40,7 Prozent der Wahlberechtigten.

Bochum. Das Ergebnis der Eingeichnungen zum Volksbegehren im Zentrum des Ruhrgebiets ist über Erwarten gut. In

Dresden: 210 262 Eintragungen

Nach den vorliegenden Meldungen sind in der Stadt Dresden 210 262 Einzeichnungen zum Volksbegehren vorgenommen worden. Da beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 29. März 1925 rund 140 000 sozialdemokratische und kommunistische Stimmen abgegeben wurden, sind diese Ziffern glatt um 50 Prozent gesteigert worden. Würde das gleiche Resultat im ganzen Reiche zu verzeichnen sein, dann müßte mit einer Einzeichnungsziffer von über 15 Millionen Unterschriften gerechnet werden. Mit der Zahl von 210 262 Einzeichnungen in Dresden haben sich 47,7 Prozent aller (rund 440 000) Wahlberechtigten der zweiten Präsidentenwahl oder 60 Prozent der beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl abgegebenen Stimmen oder 65 Prozent der beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl in Dresden abgegebenen Stimmen auf das Volksbegehren vereinigt.

Beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 29. März wurden in Dresden folgende kommunistische und republikanische Stimmen abgegeben:

KPD.	12 369
SPD.	127 907
Demokraten	44 246
Zentrum	5 008
insgesamt also:	189 530

Diese Zahl ist also um weitere 20 000 übertroffen. Beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl wurden in Dresden

für Hindenburg	179 2[illegible]3
für Marx	145 262
und für Thälmann KPD.	23 561

Stimmen abgegeben.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß in der Stadt Dresden sämtliche republikanischen Stimmen der demokratischen und Zentrumspartei und darüber hinaus noch über 20 000 Stimmen aus dem Bürgertum und den allen politischen Ereignissen bisher indifferent gegenüberstehenden Kreisen geholt worden sind. Leider war es in Dresden nicht wie in einigen anderen Städten möglich, bereits beim Volksbegehren über 50 Prozent aller Stimmberechtigten in die Einzeichnungslokale zu bringen. Hierbei ist aber zu bedenken, daß die soziale Schichtung der Dresdner Wählerschaft eine total andere ist als die beispielsweise des sächsischen Manchesters, Chemnitz, oder der Bergarbeitergebiete um Zwickau und Planitz. Dresden trägt noch immer in der sozialen Schichtung seiner Wählermassen den Charakter der ehemaligen Residenz- und Beamtenstadt. Ein großer liberaler und republikanischer fortschrittlicher Zug in der bürgerlichen Bevölkerung, wie er beispielsweise in anderen Großstädten, wie Leipzig, Frankfurt a. M., Berlin usw. vorzufinden ist, fehlt in Dresden völlig. Dazu kommt, daß Dresden überhaupt keine wirkliche republikanisch-demokratische Presse besitzt.

Angesichts dieser Tatsache muß das Dresdner Resultat durchaus befriedigen. Selbst die kühnsten Erwartungen aller Optimisten sind bei weitem übertroffen worden. Die Schlagkraft der Organisation und die Werbefähigkeit unserer Presse hat sich trotz allen Wirrnissen in der sächsischen Partei auch hier in Dresden glänzend bewährt.

Eine genauere Betrachtung der Einzeichnungsresultate in den einzelnen Stimmbezirken Dresdens wird erst möglich sein, wenn genauere Meldungen über die Einzeichnungsziffern in den 34 Dresdner Stadtbezirkseinzeichnungsstellen vorliegen. Darüber werden wir morgen an Hand einer Tabelle einige Mitteilungen bringen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260318/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

einer Anzahl von Orten haben sich mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten eingetragen. Zahlreiche Parteiangehörige des Zentrums und der Demokraten haben sich eingezeichnet. Bisher wurden folgende Ergebnisse festgestellt: Gelsenkirchen: 50 830, Herne: 13 039, Aplerbeck: 3213, Dortmund: 93 251, Wanne: 7783, Langendreer: 6900.

Bochum. Aus den Städten des westfälischen Industriegebiets liegen weiterhin folgende Ergebnisse vor: Wattenscheid: 8490 Einzeichnungen von 34 808 Wahlberechtigten. Oberhausen: 16 500 Eintragungen von 60 200 Wahlberechtigten. Hamborn: 23 456 Einzeichnungen — 36 Prozent der Wahlberechtigten. Mühlheim: 21 047 Einzeichnungen — 26 Prozent.

Duisburg. Von 168 098 Wahlberechtigten haben sich 42 368 Personen eingetragen, was einer Beteiligung von 26 Prozent entspricht.

Düsseldorf. Das Ergebnis zum Volksbegehren in der Stadt Düsseldorf beläuft sich auf 101 447 Eintragungen — 32 Prozent der Wahlberechtigten.

Hagen. Das Gesamtergebnis der Einzeichnungen zum Volksbegehren beläuft sich in der Stadt Hagen auf 22 466 — 26 Prozent der Wahlberechtigten. Unter den 22 466 Stimmen befinden sich 9378 Frauen. Bei der Reichspräsidentenwahl erhielten am 26. April 1925 Kommunisten und Volksblock zusammen 24 709 Stimmen.

Bielefeld. Die Gesamtzahl der Eintragungen zum Volksbegehren in Bielefeld-Stadt beläuft sich auf 25 423. Damit haben sich 43 Prozent sämtlicher Wahlberechtigten am Volksbegehren beteiligt. Die Stimmenzahl der Sozialdemokraten und Kommunisten bei der ersten Reichspräsidentenwahl ist um 4200 überschritten worden. Sehr interessant sind die Ergebnisse in dem rein katholischen Kreis Wiedenbrück. In Rheda beträgt die Zahl der Eintragungen 797 gegenüber 403 sozialdemokratisch-kommunistischen Stimmen bei der Reichspräsidentenwahl; in der Kreisstadt Wiedenbrück 780 gegen 175; in Riedberg 450 gegen 89; in Neuenkirchen 117 gegen 41; in Langenberg 204 gegen 23. Auch in dem Landkreis Bielefeld, der eine sozialdemokratisch-kommunistische Kreistagsmehrheit hat, sind die Eintragungen bei weitem höher als die sozialdemokratisch-kommunistischen Stimmen bei der Reichspräsidentenwahl.

Breslau. Das Ergebnis der Eintragungen zum Volksbegehren für Breslau ist 156 662, das sind rund 40 Prozent der Wahlberechtigten. In den drei oberschlesischen Industriestädten Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg haben sich von rund 230 000 Wahlberechtigten etwa 134 000 Personen eingetragen.

München. Die Gesamtzahl der Eintragungen zum Volksbegehren beträgt in München 99 600. Das sind rund 23 Prozent sämtlicher Wahlberechtigten.

Aus andern bayerischen Städten lagen am Mittwoch abend folgende Ergebnisse der Eintragungen zum Volksbegehren vor: Nürnberg rund 97 000 — 27 Prozent der Wahlberechtigten; Fürth rund 30 000 — 43 Prozent; Regensburg 8300 — 20 Prozent; Amberg 2160 — 15 Prozent; Ingolstadt 1610 — 11 Prozent.

Nürnberg. Im Wahlkreis Franken sind in 50 von 83 Bezirken bis jetzt 290 593 Eintragungen von 1 547 274 Wahlberechtigten festgestellt. Das entspricht einem Prozentsatz von 18,8 Prozent.

Stuttgart. Insgesamt wurden in Stuttgart rund 98 000 Einzeichnungen gebucht. Das sind 43 Prozent der Wahlberechtigten und weit mehr als die Hälfte der bei den letzten Reichstagswahlen überhaupt abgegebenen Stimmen. Im Dezember 1924 wurden für Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen 70 000 Stimmen abgegeben. Soweit sich übersehen läßt, sind auch in allen Orten des Unterlandes in die Listen weit mehr Namen eingetragen worden als bei der Reichstagswahl am 7. Dezember Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen Stimmen erhalten haben. In einzelnen Orten beträgt der Ueberschuß an Eintragungen gegenüber den Dezemberstimmen 1924 100 und mehr Prozent.

Freiburg. Am Volksbegehren haben sich hier 18 288 Personen — 30 Prozent beteiligt. In Singen 2237 — 47,5 Prozent, in Lahr 2957 — 31,8 Prozent, in Offenburg 3479 — 30,5 Prozent.

Der Staatsgerichtshof beseitigt

Entwurf zur Aenderung des Republikschutzgesetzes

Der Reichstag hat vor einiger Zeit die im Etat geforderten Mittel für den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik abgelehnt. Damit fällt dieses Sondergericht, das nach dem Rathenaumord zum Schutz gegen die Meuchelmörder aus den nationalistischen Kreisen eingesetzt wurde, sich aber unter den bürgerlichen Regierungen vollständig zu einer Kammer gegen die Kommunisten entwickelte, am 1. April automatisch fort.

Um den Uebergang der an diesem Tage noch schwebenden oder neu eingeleiteten Verfahren zu sichern, haben die Reichsminister der Justiz und des Innern jetzt dem Reichstag einen Gesetzentwurf unterbreitet, in dem die notwendigen Aenderungen des Gesetzes zum Schutz der Republik, das im übrigen in Kraft bleibt, festgelegt werden. Der Entwurf bestimmt:

„Für die Strafsachen, die zur Zeit zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik gehören, sind vom 1. April 1926 an die ordentlichen Gerichte zuständig. Die bereits anhängigen Sachen gehen mit diesem Zeitpunkt in der Lage, in der sie sich befinden, auf die ordentlichen Gerichte über. Eine begonnene Hauptverhandlung ist nach den bisherigen Vorschriften zu Ende zu führen.

Geht eine Sache, in der bereits die Anklageschrift beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik eingereicht worden war, auf die Amtsgerichte über, so findet die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht statt; zur Hauptverhandlung ist ein zweiter Amtsrichter zuzuziehen.

Wird ein Urteil des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik mit dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens angefochten, so entscheidet darüber, ob der Antrag zulässig und begründet ist, das Reichsgericht. Die neue Hauptverhandlung findet vor dem Reichsgericht statt.

Für die bei der Vollstreckung eines vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik erlassenen Urteils notwendig werdenden gerichtlichen Entscheidungen (§ 462 der Strafprozeßordnung) ist das Reichsgericht zuständig."

Der wesentliche Fortschritt, den der Wegfall des Staatsgerichtshofes bringt, ist der, daß die noch nicht erledigten Prozesse gegen Kommunisten, soweit sie nicht Hochverratsanklagen betreffen, der Nachprüfung mehrerer Instanzen unterliegen. Schlimmer, wie die Urteile des Staatsgerichtshofes in der letzten Zeit waren, können nicht einmal die von hinterwälderischen Schöffengerichten ausfallen. Die Putschisten völkischer und deutschnationaler Färbung hatten ohnehin von dem Staatsgerichtshof wenig zu fürchten.

Ein Massenschlächter gestorben

B. **Berlin**, 18. März. (Eig. Funkspruch.) In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ist in Moskau General Brussilow an einer Lungenentzündung gestorben. Mit ihm verschwindet einer der russischen Heerführer des Weltkriegs, der seit 1915 Oberbefehlshaber der russischen Südwestfront war und sich dort einen berüchtigten Namen machte durch seine Massenangriffe, die den russischen Truppen ungeheure Opfer zumuteten.

Bayerische Erklärungen

In Erwiderung auf eine große Zahl von Klagen und Beschwerden antwortete der bayerische Innenminister Stützel am Dienstag im Haushaltausschuß des Landtages. Zunächst suchte er die für Bayern beliebte Verhinderung der Aufführung des vom ADGB. herausgebrachten Films „Freies Volk" damit zu begründen, daß der Film stark mit Uebertreibungen arbeite. Bevor die von der bayerischen Regierung noch einmal zur Entscheidung angerufene Filmoberprüfstelle in Berlin ihr Votum nicht abgegeben habe, sei eine Aufhebung des für Bayern erlassenen Verbotes nicht am Platze. Weiterhin erklärte der Minister, daß in der ungarischen Frankfälscheraffäre in Bayern sofort eingehende Untersuchungen angestellt worden sind darüber, ob hier strafbare Handlungen begangen worden seien. Inzwischen hätten zwei französische Beamte neues Material überbracht, das zur Zeit überprüft werde. Für die Richtigkeit der kommunistischen Angaben, daß in München Klischees und Fälschungen hergestellt worden seien, hätten sich noch keine wesentlichen Anhaltspunkte ergeben.

Zum Schluß wandte sich der Polizeiminister sehr scharf gegen Hitler, der sich in seiner politischen Kampfesweise gegenüber dem Jahre 1923 in keiner Weise geändert habe. Infolgedessen müsse er auch entsprechend behandelt werden. Die Aufhebung des Redeverbotes könne erst dann in Frage kommen, wenn Hitler grundsätzlich von seiner Gewaltpolitik ablasse. In der Beurteilung Hitlers sekundierte dem Minister der Sprecher der Deutschnationalen, der Hitler eine Bohême-Erscheinung nannte, wie sie nach dem Kriege zum Schaden des deutschen Volkes dutzendweise aufgetreten seien.

Die allnationale Koalition gesprengt

Endlich besinnen sich die tschechischen Sozialisten

B. **Prag**, 17. März. (Eig. Drahtb.) Die Krise der allnationalen tschechischen Regierungskoalition und ihrer jetzigen, nach den Neuwahlen im November vorigen Jahres gebildeten Regierung hat am Mittwoch ihr vorläufiges Ende gefunden. Da die tschechischen Sozialdemokraten auf die Forderung der Agrarier nach festen Getreidezöllen — gegenwärtig bestehen hier gleitende Zölle — nicht eingehen, da sie ferner die Forderung nach Beibehaltung der 18monatigen Dienstzeit ablehnten und auf der Einführung der 14monatigen Militärzeit beharrten und auch die Forderung der Tschechischen Volkspartei nach Erhöhung der Gehälter der Geistlichkeit ablehnten, blieb dem stellvertretenden Ministerpräsidenten (der Ministerpräsident selbst ist gegenwärtig krank), dem tschechischen Sozialdemokraten Bechyne, nichts andres übrig, als dem Präsidenten der Republik die Dimission des ganzen Kabinetts anzuzeigen. Der Präsident der Republik wird voraussichtlich ein unpolitisches Beamtenkabinett mit der Führung der Geschäfte betrauen. An der Spitze dieses Kabinetts wird der bisherige Landeschef von Mähren, Tesnh, oder der Chef der Kanzlei des Präsidenten der Republik, Schiefl, stehen.

Uebereinstimmung auf der Arbeitsministerkonferenz

S. **London**, 17. März. (Eig. Drahtb.) Die Verhandlungen der Konferenz der Arbeitsminister haben, wie an den vorausgegangenen Tagen, auch am Mittwoch einen völlig glatten Verlauf genommen. In den am Dienstag zurückgestellten Punkten wurde am Mittwoch durchweg eine einheitliche Auffassung erzielt. Die Konferenz hat sich besonders der Auffassung der Unterkommission angeschlossen, wonach gewisse Betriebe, die sogenannten Bedürfnisbetriebe, auch am Sonntag zusätzlich arbeiten dürfen, ohne daß dies als eine Verletzung der 48-Stunden-Woche zu betrachten sei. Die schwierigen Fragen, die sich aus einer möglichen Kollision der Dawesgesetzgebung mit der Washingtoner Konvention ergeben können, sind einer Unterkommission überwiesen worden. Donnerstag will man fertig werden.

Dank an Freiligrath

Berlin, 18. März. (Eig. Funkspruch.) **Die Reichsregierung läßt am heutigen 50. Todestag des Dichters Ferdinand Freiligrath auf seinem Grab in Kannstatt durch den Präsidenten des Landesfinanzamtes Stuttgart einen Kranz mit Schleife in den Reichsfarben niederlegen.**

Der Reichspräsident und die preußische Staatsregierung haben zum 50. Todestage Ferdinand Freiligraths seinem 79jährigen Sohne Wolfgang Freiligrath, der in bedrängten Verhältnissen in Külz im Hunsrück lebt, gemeinsam eine fortdauernde monatliche Rente von 50 Reichsmark bewilligt.

Völkerverständigungspolitik trotz alledem!

Das Scheitern der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hat in der ganzen Welt sensationell gewirkt. Die Nationalisten aller Länder toben wie besessen — vor Freude, daß die Völkerverständigung „erledigt" sei. Aber sie sind überall in der Minderheit. Die entscheidenden Kreise jedes Landes bringen einmütig zum Ausdruck, daß Genf nur ein äußeres Mißgeschick war, veranlaßt durch Eigenbrötelei eines südamerikanischen Staates und Mangelhaftigkeit der Organisationsform des Völkerbundes. Brasiliens Quertreiben hat weder den Völkerbundgedanken diskreditiert noch die Friedenspakt- und Schiedsgerichtspolitik in Europa stören können. Das Werk von Locarno wird weitergeführt, das haben die Völkerbundversammlung und alle leitenden Staatsmänner feierlich kundgetan. Daß mancher Schachzug Briands und Chamberlains, den sie vor der Tagung machten, fehlerhaft war, wird noch festzustellen sein, ebenso, daß Brasilien gestützt und vielleicht sogar getrieben wurde von Mussolini. Aber die Einmütigkeit der Genfer Kundgebung gegen die Störer hat dem Ansehen und der Bedeutung des Völkerbundes genutzt.

Die nationalistische Presse, in Deutschland vor allem die deutschnationale, höhnt von „endgültigem Zusammenbruch". Der Wunsch wird nicht Erfüllung finden. Die Deutschnationalen kündigen schon einen Vorstoß gegen die Regierung Luther-Stresemann, die Deutschland habe „stäupen lassen", an. Es dürfte ihnen nicht gelingen, die deutsche Außenpolitik in ihre Kriegspolitik umzubiegen. Die gewaltige Willenskundgebung des schaffenden Volkes beim Volksbegehren stellt eine Kraftleistung ersten Ranges dar, die der Demokratie, der Völkerverständigung, der Friedenspolitik der Welt gilt.

Erhebende Vertagungssitzung

T. **Genf**, 17. März. (Eig. Drahtb.)

Die deutsche Delegation hat am Mittwoch abend um 8 Uhr im Sonderzug die Heimreise angetreten. Sie kehrt zurück, ohne daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund vollzogen ist, aber nicht ohne andere positive Erfolge. In der Schlußsitzung dieser außerordentlichen Tagung erfuhr ihre Politik Genugtuung auf Genugtuung. Die für Deutschland bestimmten Sitze waren zwar frei, aber die 3½stündige Sitzung gestaltete sich zu

einem einzigen feierlichen Bekenntnis der Versammlung für die Notwendigkeit des Eintritts und der Mitarbeit Deutschlands an dem Friedenswerk der Welt.

Bedrückt und sichtlich bestürzt über den angerichteten Scherbenhaufen vernahm der brasilianische Vertreter den katastrophalen Eindruck seines Eigensinns, während Deutschland vor der Welt einen neuen großen moralischen Erfolg buchen durfte.

Ihren Höhepunkt erreichte die Schlußtagung der außerordentlichen Session durch eine Rede des französischen Ministerpräsidenten. Briand bezeichnete als seine Absicht, Worte der Beruhigung, Worte der Hoffnung auszusprechen. In Wirklichkeit hat er viel mehr getan. Nie ist der Glaube an die Zukunft des Völkerbundes einfacher, eindrucksvoller, entschiedener zum Ausdruck gebracht worden, als in dieser Rede Briands, nie seit dem Kriege hat ein zu den Alliierten gehöriger Staatsmann Deutschland gegenüber so hohe Worte der Anerkennung gefunden, als es in der Rede des ersten französischen Delegierten der Fall war. Er schien nur von dem einen Gedanken beseelt, zu zeigen, daß für ihn und Frankreich der Krieg zur Vergangenheit gehört, daß eine neue Epoche des vertrauensvollen Zusammenarbeitens zwischen den ehemaligen Feinden angebrochen ist.

Vorher sprachen Chamberlain und Mello Franco. In einer kurzen, leidenschaftlichen, sichtlich aufgesetzten Rede erklärte Franco noch einmal, warum Brasilien Europa zum Trotz seinen Standpunkt aufrechterhalte, obwohl der brasilianische Vertreter gleichzeitig den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als eine Notwendigkeit bezeichnete und auch den Vertrag von Locarno als Ausdruck der Festigung des europäischen Friedens feierte. Wie Hammerschläge fielen dann seine Worte auf die Versammlung: „Brasilien erklärt seine Haltung für unerschütterlich und definitiv". Jetzt schwand auch die letzte Hoffnung, daß noch in zweiter Stunde ein Wunder geschehen könnte, und da zur gleichen Minute aus Rio de Janeiro die Antworten des englischen und französischen Gesandten mit der Bestätigung eintrafen, daß die auf Veranlassung von Briand und Chamberlain erfolgten dringlichen Schritte bei dem Präsidenten der brasilianischen Republik ohne jeden Erfolg geblieben waren, konnte es für die Vollversammlung keine Ueberraschung mehr bilden, als Chamberlain als Berichterstatter der ersten Kommission, die sich einstimmig für die Aufnahme Deutschlands ausgesprochen hatte, endgültig die Vertagung auf die Herbstsession forderte. Chamberlain betonte bei dieser Gelegenheit noch einmal feierlich, daß der Vertrag von Locarno unangetastet bleibe.

Die Spannung der Versammlung und der Vertreter der Weltpresse, die sich auf den vollbesetzten Tribünen drängten, war dann auf Briand gerichtet. Als er das Wort erhielt, brach ein Beifallssturm aus. Bleich, mit ernstem Gesicht, schritt er zum Rednerpult hinauf, ohne ein Manuskript in der Hand hielt er dann die Ansprache, die in der Geschichte des Völkerbundes immer verzeichnet werden dürfte. Das waren keine trockenen Worte des Willens zur Zusammenarbeit mit Deutschland, das war die aus tiefstem Verantwortungsgefühl herausklingende Versicherung, daß nur ein unvorhergesehenes Hindernis die erhoffte sofortige Aufnahme unmöglich machen konnte und

die moralische Aufnahme Deutschlands

in den Völkerbund dadurch schon in dieser außerordentlichen Session bezeugt werden müsse, daß man einer Entschließung zustimme, die er als Vertreter Frankreichs einbringe und die sowohl das Bedauern über den Ausgang der März-Session als die Ueberzeugung zum Ausdruck bringe, daß Deutschlands Aufnahme im September endlich erfolgen werde. Als Briand seine Hochachtung aussprach vor der überlegenen Ruhe, vor dem Edelmut, mit dem die deutsche Delegation zu den entstandenen Schwierigkeiten Stellung genommen habe, und als auch er Locarno aufs neue feierte, die Fortentwicklung der in dem Vertrage enthaltenen Ideen als notwendige Richtlinien proklamierte, da verstand die gesamte Versammlung, daß trotz allem ein großer Schritt vorwärts gemacht worden ist.

„Der französische Ministerpräsident hat wie ein großer Weiser gesprochen", stellte nachher der Vertreter der Schweiz, Motta, fest, indem er gleichzeitig im Namen der kleinen Staaten nochmals die hohe Anerkennung unterstrich, die Briand gegenüber der Haltung der deutschen Delegation ausgesprochen hatte. Mit dem japanischen Delegierten Ishii, der sein tiefes Bedauern über den brasilianischen Einspruch aussprach, schloß er sich gleichzeitig den Worten Briands an, daß nach den Vorgängen der letzten Tage **die Organisation des Bundes einer Revision unterzogen werden müsse**, um gewissen Zuständen, die seine Aktionen paralysieren könnten, ein Ende zu machen. Wieder stürmte die Versammlung stürmisch ein, während Mello Franco einsam und verlassen diese Kundgebung vernahm, die gleichzeitig einen Protest gegen ihn bedeutete. Als dann der Präsident dem schwedischen Außenminister Genossen Unden das Wort erteilte, feierten der Bund und alle Tribünen in endlosem Beifall die Opferbereitschaft dieses Sozialisten, der in Genf schwedische Politik trieb und dennoch den Weg einer Lösung aus den anfänglichen Schwierigkeiten zu weisen vermochte. Unden stellte fest, daß die Aufnahme Deutschlands gescheitert sei auf Grund von Fragen, die mit dem Eintritt an sich nichts zu tun hätten. Er schloß seine Rede in der Hoffnung, daß Deutschland endlich in nächster Session aufgenommen wird. Wieder brachte ihm die Versammlung eine minutenlange Ovation dar und die Tribünen wollten nicht schweigen, als er längst auf seinen Platz zurückgekehrt war.

Es war 12½ Uhr, als der Präsident der außerordentlichen Tagung die Diskussion für geschlossen erklärte. Der italienische Delegierte als Vertreter einer der Hauptmächte hatte es nicht für notwendig gehalten, von sich aus auch zu dem Verhalten des brasilianischen Vertreters auch einige Worte zu sprechen. Er folgte angeblich wieder einmal einem Befehle Mussolinis. Aber auch ohne ihn war die anfängliche Enttäuschung über den Ausgang der außerordentlichen Tagung durch die Bekenntnisse der verschiedenen Politiker der allgemeinen Zuversicht gewichen, daß der Völkerbund lebt und nach dem bedauerlichen Zwischenfall erst recht im Begriff steht, ein Friedensinstrument der Welt zu werden.

Drüben im Hotel Metropole saßen inzwischen die Mitglieder der deutschen Delegation am Radio, um sich selbst von dem Sinn der Reden und ihrer Wirkung auf die Vollversammlung zu überzeugen. Sie konnten dort Kenntnis nehmen von jener Vertrauensatmosphäre, die nach dem schrecklichen Krieg heute wieder zwischen Deutschland und den Völkern Europas herrscht und sich überzeugen von dem gewaltigen moralischen Erfolge der Verständigungspolitik. ...

Wir aber hatten die Genugtuung, daß es die Politik der sozialistischen Internationale und in Deutschland besonders die Politik der deutschen Sozialdemokratie war, die in Genf einen neuen grundsätzlichen und moralischen Erfolg zu erkämpfen vermochte.

Genugtuung für Deutschland

Der Antrag Briand, daß alle Schwierigkeiten beseitigt werden, um Deutschlands Aufnahme im September zu vollziehen, ist von der Völkerbundversammlung einmütig angenommen worden. In der beschlossenen Kommission zur Aenderung der Statuten des Völkerbunds soll nach Erklärung Briands auch die Meinung Deutschlands, trotzdem es erst „moralisch" Mitglied ist, herangezogen werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260318/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sozialistische Arbeit für Kultur

Deutscher Reichstag

178. Sitzung. Mittwoch, 17. März.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums wird bei den Titeln **Kunst und Wissenschaft** fortgesetzt.

Abg. Lambach (Dnat. Vp.) wünscht, daß in den reichsdeutschen Ortsbezeichnungen, vor allem in Atlanien, die deutschen Städte im Sinne deutschen Namen bezeichnet werden. — Abg. Wirth (Zentr.) bespricht die große Notlage, in der sich die Schriftsteller und andre geistige Arbeiter zur Zeit befinden. Die Reichsregierung müßte größere Mittel zur Verfügung stellen, um Wissenschaft und Kunst vor dem Verfall zu retten. Das Reichsinnenministerium sollte sich in Gemeinschaft mit dem Reichsarbeitsministerium die Förderung der Organisation der geistigen Berufe auch auf internationaler Grundlage angelegen sein lassen. Abg. Dr. Heuß (Dem.) verlangt, daß zur Förderung des Turnwesens größere Mittel bereit gestellt werden. Neue Ansätze staatlicher Kunstpflege zeigen sich jetzt in den Freien Volksbühnen, die mehr als bisher vom Staate gefördert werden müßten.

Zu den Titeln Schule, Bildung, Sport und Leibesübungen liegen

Abg. Dr. **Löwenstein** (Soz.)

eine von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwürfen vor, nach denen als Vorbedingung für die Lehrerbildung nach Artikel 143 der Reichsverfassung der erfolgreiche Besuch einer Vollanstalt (Reifeprüfung) festgesetzt wird. Durch ein solches Gesetz wird der Willkür auf dem Gebiete der Lehrerbildung ein Ende gemacht werden. Für die Sozialdemokratie ist es ein Kardinalpunkt der Erziehung überhaupt, **daß den breiten Massen der Bevölkerung, auch der Arbeiterschaft, der Aufstieg zu höherer Bildung** ermöglicht wird. Gegenüber den großen Reden, die darüber hier gehalten worden sind, ist darauf hinzuweisen, daß nach den Beschlüssen des Ausschusses für Erziehungsbeihilfen 600 000 Mark ausgeworfen werden sollen, während allein für Pferdeverpflegung der Marine 655 000 M. eingesetzt sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir beantragen demgegenüber die Erhöhung der Erziehungsbeihilfen auf 1 Million Mark. Bei der Verabschiedung des Grundschulgesetzes im vorigen Jahre ist eine Resolution angenommen worden, wonach im Nachtragsetat besondere Mittel eingesetzt werden sollen, um besonders befähigten Kindern unbemittelter Eltern nach dreijährigem Besuch der Grundschule den Übergang zur höheren Schule zu ermöglichen. Diese Mittel sind im Nachtragsetat noch jetzt angefordert worden. Wir erwarten sicher, daß das Haus unserm Antrag zustimmt. Wenn der Herr Minister behauptet hat, daß die vom Ausschuß bewilligte eine Million für kulturelle Zwecke verwendet werden soll, so ist doch festzustellen, daß diese Summe nicht für allgemeine Kulturzwecke verwendet wird, sondern zu neun Zehnteln an die kirchlichen Körperschaften überwiesen werden soll. Wir lehnen die Bewilligung dieser Summe aus grundsätzlichen Erwägungen ab. **Der Verweltlichungsgedanke des Staates ist für uns nicht eine vorübergehende Periode, sondern der Ausdruck eines durch die Verfassung festgelegten und geschichtlich notwendigen Vorganges.** Wir erwarten, daß das vom Herrn Reichsinnenminister angekündigte Reichsschulgesetz nicht eine Ausführung des Schieleschen Entwurfes sei, sondern sich an die Verfassung halten wird. Die Sozialdemokratie hat große Opfer gebracht, um dem deutschen Volke eine einheitliche weltliche Schule zu sichern. Wir werden den angekündigten Entwurf daraufhin prüfen, ob er die durch die Verfassung gewährleistete allgemeine Volksschule sichert ist, wir werden keinen Entwurf akzeptieren, der die Verfassung in ihr Gegenteil umkehrt. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Schulze (Frankfurt, Dnat. Vp.) behauptet, daß die Schule durch die Revolution zum Tummelplatz politischer Leidenschaften geworden ist, durch das Reichsschulgesetz müßte sie wieder davon freigemacht werden. Durch das System der Elternräte seien unhaltbare Zustände geschaffen worden.

Abg. Dr. **Schwarz** (Berlin, Komm.): Die Prügelstrafe müsse aus den Schulen verschwinden. Der Redner erklärt zum Schluß, man müsse hier eigentlich den Antrag stellen, die bayerische Regierung wegen ihrer verbrecherischen Politik an die Laterne zu hängen. Er wird dafür vom Vizepräsidenten Bell zur Ordnung gerufen.

Abg. **Schreck** (Soz.)

meint, daß es durchaus falsch sei, gegen die Erscheinungen des Schmutzes mit Muckergesetzen vorzugehen. Die Erfahrungen beweisen, daß dadurch gerade das Gegenteil erreicht wird. Es müssen solche Verhältnisse schaffen, daß durch sie ein wirklich künstlerisches Schaffen erwirkt wird. Nur eine freie Kunst kann erzieherisch wirken. Auf dem Gebiete des Kinowesens ist eine gewisse Besserung eingetreten. Beim Radio kommt es darauf an, daß wir dessen Verschandelung verhüten und daß vor allem die Verbesserung, die mit dem Radio noch getrieben wird, zurückgewiesen wird. (Sehr richtig! bei den Soz.).

Die Not des Theaters

rührt am wenigsten daraufzurückzuführen, daß das Reich die finanzielle Selbständigkeit der Gemeinden vernichtet hat. Es wäre noch viel schlimmer geworden, wenn nicht die Besucher-Organisationen den Kommunen eine gewisse finanzielle Sicherheit geboten und damit eine Stärkung des kulturellen Geistes durchgesetzt hätten. Es muß erwartet werden, daß aus den erhöhten Mitteln die beiden Verbände der Volksbühnen unterstützt werden, die gewiß in mancher Beziehung gegeneinander stehen, aber gegenüber den kapitalistischen Tendenzen im Theaterwesen den Gedanken der Gemeinnützigkeit und die soziale Idee fördern. Immer stärker drängt der erwerbstätige Stand nach einer höheren moralischen Auffassung und tieferem Wissen. Es scheint so, als wenn im Ministerium des Innern diese Tätigkeit der Arbeiterorganisationen garnicht bekannt sei. Es wird soviel über die Verwilderung der Sitten gestöhnt, aber zu wenig die Arbeit beachtet, die in der Arbeiterschaft dagegen geleistet wird. So oft wird auch höhnisch vom Klassenkampf gesprochen. Es wäre aber gut wenn die Wissenschaft des Sozialismus der studierenden Jugend näher gebracht wird. In diesen Tagen sind 100 Jahre seit der Geburt Wilhelm Liebknechts vergangen. Gerade er hat ausgeführt, daß die Arbeiter die Herrschaft der Bourgeoisie brechen wollten, aber nur,

um die Klassenherrschaft überhaupt zu brechen.

Das Proletariat verfolge das Ziel, nicht eine neue Klassenherrschaft zu errichten, sondern auf dieser Erde die Klassen selbst zu beseitigen. Kann es ein höheres Ideal geben, als es in dieser Auffassung zum Ausdruck kommt? (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Bildung des Ausschusses für Leibesübungen zeugt dafür, daß jetzt dieser Frage mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden soll. Aber die sporttreibenden Vereine dürfen nicht erwarten, daß jetzt ein Goldregen über sie niedergehen werde. Der Ausschuß hat nicht den Zweck, die materielle Seite dieser Frage zu erledigen. Für ihn muß es in erster Linie darauf ankommen, die vielfach zu geringe Einschätzung der Leibesübungen zu überwinden. **Auch die Arbeiterschaft drängt immer stärker zur Körperpflege, in der Erkenntnis, daß sie nur dann die Zukunft erringen kann, wenn sie die nötigen körperlichen und geistigen Kräfte entwickelt.** Das knechtische „ich muß" muß überwunden werden durch das „ich will". (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Arbeiter wissen, daß sie durch den Sport ihrem Körper die Kräfte zuführen, der sie fähig macht, an dem Kampfe teilzunehmen, der letzten Endes

der Befreiung der Menschheit

dient. **Wir müssen aber auch der Jugend die Freiheit gewähren, die sie zur Uebung der Körperpflege nötig hat.** Den Leuten, die in der Nackkultur eine Gefahr für die Sittlichkeit wittern, müsse gesagt werden, daß im freien Spiel der Kräfte sich nicht nur die Harmonie des Körpers entwickelt, sondern auch das natürliche Empfinden gefördert wird. **In Gemeinschaft mit den andern Völkern wollen wir durch die Körperpflege ein freies Menschentum schaffen.** (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Crispien** (Soz.) wendet sich scharf gegen den bayerischen Innenminister, **der den Film „Freies Volk" verboten** und auf die Oberfilmprüfstelle eingewirkt hat, das Verbot für das ganze Reich auszusprechen. Er forderte von dem Reichsinnenminister, daß er gegen diese bayerische Regierungsarbeit, die gegen Republik und friedliche Außenpolitik gerichtet sei, Schritte unternehme. (Beifall.)

Am Donnerstag wird die Aussprache über den Haushalt des Reichsministeriums des Innern fortgesetzt und über die gegen den Minister vorliegenden Mißtrauensanträge abgestimmt werden.

Die Arbeitslosenversicherung

Eine Zwischenlösung? — Die Forderung der Gewerkschaften

Morgen Freitag beginnt der Reichswirtschaftsrat mit der Beratung des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes, da die umfangreiche Begründung des Gesetzentwurfs nunmehr fertiggestellt ist und in den nächsten Tagen als Sonderheft des Reichsarbeitsblattes erscheinen wird. Der neue Gesetzentwurf enthält eine ganze Reihe lebhaft umstrittener Probleme, vor allem in der Verwaltungsfrage, und es muß daher damit gerechnet werden, daß noch Monate bis zur Erledigung der Beratung des Entwurfs vergehen werden. Wenn alles gut geht, dann wird vielleicht im September das Gesetz in Kraft treten.

Unter diesen Umständen sind die Spitzenverbände der Gewerkschaften dahin übereingekommen, vom Reichsarbeitsminister für die Zeit bis zum Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes eine Zwischenlösung der Erwerbslosenfürsorge zu fordern. Diese Zwischenlösung ist, wie in einer Eingabe der Gewerkschaften an den Reichsarbeitsminister hervorgehoben wird, um so notwendiger, als die jetzige Regelung der Höchstsätze ausdrücklich als vorübergehend bezeichnet, die Kurzarbeiterunterstützung befristet und das ganze Unterstützungssystem so kompliziert wurde, **daß eine Vereinfachung des gesamten Verfahrens und eine Neuregelung dringend nötig sind.** Eine gerechte Bemessung der Unterstützungssätze erblicken die Gewerkschaften in **der Abschaffung der Wirtschaftsgebiete und Ortsklassen,** an deren Stelle nach Lohnklassen gestaffelte Unterstützungssätze treten sollen. Gleichzeitig müssen die Bestimmungen über Kriegsfolgen und Bedürftigkeit aus der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, weil mit der Beitragspflicht unvereinbar, ausgemerzt werden.

Die Unterstützungssätze müssen bis zum 1. Mai neu geregelt werden. Dieser Termin ist infolge der stärkeren Beschäftigung in der Landwirtschaft für eine Aenderung des Berechnungssystems günstig. Die Gewerkschaften fordern daher die Einführung der Staffelunterstützung bis zum 1. Mai 1926.

Der völkische Mordhetzer Pudor

Z. **Leipzig,** 17. März. (Eig. Drahtb.) Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik beschäftigte sich am Mittwoch mit dem 60 Jahre alten völkischen Schriftsteller Dr. phil. Karl Adolf Pudor aus Leipzig. Der Angeklagte hatte sich wegen Vergehen gegen das Republikschutzgesetz zu verantworten. Im November 1920 waren in der Zeitschrift „Hakenkreuz" mehrere Artikel erschienen, die sich gegen Mitglieder der Reichsregierung wandten und die schwerste Kritik übten, daß die Regierung die Locarno-Verträge unterzeichnet habe. Besonders richteten sie sich gegen Stresemann, und Pudor hatte in seinen Artikeln zur Ermordung des Außenministers **Stresemann mit folgenden Worten aufgefordert: Es wundere ihn, daß das Volk den Außenminister Stresemann nicht schon längst um die Mauern Berlins, und durch das Brandenburger Tor geschleift und gevierteilt hätte. Weiter wundere er sich, daß das Schicksal Rathenaus Stresemann nicht ebenfalls ereilt hätte.** Den Reichspräsidenten Hindenburg bezeichnete er als Judenknecht und schrieb von einer modrigen Stickluft der Hindenburg-Republik, wo nur Lug und Trug gedeihe. Auch zu Gewalttaten gegen die Juden hat er in seinen Artikeln aufgefordert. — Angeklagter Pudor beschimpfte auch in der Verhandlung mehrere Regierungsmitglieder. Nicht er müsse sich vor dem Staatsgerichtshof verantworten, sondern der Außenminister Stresemann. Er beantragt, Stresemann als Zeugen zu laden, was aber vom Gericht abgelehnt wird. Das Gericht war trotz den Vorstrafen des Angeklagten sehr milde: Pudor wird wegen Vergehens nach § 7 und 8 des Republikschutzgesetzes zu einem Jahr Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt.

Die Barmats enthaftet

Die Brüder Julius und Henri Barmat, die vor kurzem auf Anordnung der Strafkammer wieder in Untersuchungshaft genommen worden waren, sind jetzt auf Beschluß des Strafsenats des Kammergerichts aus der Haft entlassen worden. Der Strafsenat des Kammergerichts hat angeordnet, daß die bisher gestellte Kaution der Barmats um je 10 000 Mark erhöht werde, und daß die Brüder Barmat sich wie bisher verpflichten, Berlin ohne Genehmigung des Gerichts nicht zu verlassen, sich vielmehr freiwillig einer regelmäßigen polizeilichen Meldepflicht unterwerfen. Inzwischen hat auch ein Schiedsgericht in dem Zivilprozeß entschieden, den die in der „Liquidations- und Treuhandgesellschaft" vereinigten Gläubiger des Barmat-Konzerns, die Reichspost, die Preußische Staatsbank, die Oldenburgische Staatsbank, die Stadtschaft der Provinz Brandenburg und die Brandenburgische Girozentrale gegen Julius Barmat persönlich angestrengt hatten. Das Schiedsgericht hat nach zweitägiger Beweisaufnahme die Klage abgewiesen und die Kläger außerdem verurteilt, anzuerkennen, daß keine vertraglichen Verpflichtungen Barmats gegenüber den Gläubigern bestehen.

Schlußnotierungen der Produktenbörse

rs. **Berlin,** 18. März. (Eig. Funkspruch.) **Weizen märkisch:** März 263, Mai 268½, Juli —; Tendenz: sehr fest. **Roggen märkisch:** März 180, Mai 185½, Juli —; Tendenz: sehr fest.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen

am 17 März

Weizen, märk. 250—254 (250—254), Roggen, märk. 153—156 (154—158), Gerste, Sommer- 166—190 (166—190), Gerste, Winter- 188—152 (188—152), Hafer, märk. 162—172 (162—172), Weizenmehl 32,50—36,00 (32,50—36,00), Roggenmehl 22,25—24,25 (22,50—24,50) Viktoria-Erbsen 25,00—31,00 (25,00—31,00). Die Ziffern in Klammern bedeuten Vortag.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe

	Meßort	16. 3.	17. 3.		Meßort	16. 3.	17. 3.
Moldau	Kamaik	+ 121	+ 122	Elbe	Brandeis	+ 259	+ 260
Moldau	Modran	+ 136	+ 144		Melnik	+ 250	+ 246
Eger	Laun	+ 205	+ 174		Leitmeritz	+ 258	+ 258
Elbe	Nimburg	+ 167	+ 156		Aussig	+ 321	+ 311
					Dresden	+ 157	+ 158

Leben • Wissen • Kunst

Max Oppenheimer

Wien als Kunststadt hat seine eigene starke Note. In Paris [illegible] auch die traditionelle Malerei zu Hause, die aus dem [illegible] über Delacroix, Courbet, Manet zu Picasso führt. [illegible] international gefärbte Oelfarbe von sachlicher, großzügiger [illegible] Berlin ist nicht so einheitlich wie Paris. Fremdes und [illegible] suchern in üppiger Fülle; Qualität ist da, Eigenart und [illegible] halt fehlen. Wien ist ausschließlich raffinierter Ge[illegible] in der äußersten Formdelikatesse sich nicht genug tun [illegible] kunstgewerbliche herrscht; die reine Kunst in Dürers [illegible] von dem Wien doch das Schönste besitzt, gerät in die [illegible] vollkommen unter die Herrschaft des Kunstgewerbes zu [illegible]. Wenn Max Oppenheimer — Mopp abgekürzt — auch [illegible] verlassen hat, so kommt er doch nicht von seinem Heimatboden [illegible]. Er ist Graphiker mit einem Empfinden für Linie und [illegible], das der Feinfühligkeit der Klimt, Egon Thiele, [illegible] vollkommen ebenbürtig zur Seite steht. Die ganze [illegible] reiche, innerlich kranke, bedeutende, schwüle Zeit vor 1914 [illegible] weich anschwingenden, in einem Haken jäh unterbrochenen und schnell ausklingenden Linie der Oberlippe eines so [illegible] Poseurs wie Heinrich Mann enthalten. Das müde, [illegible] kommende Hochziehen der Augenbrauen, hinter dem [illegible] abwartendes Beobachten verbirgt, antwortet dem [illegible] auslaufenden Kinn. Es ist nicht ein Strich im Bilde, [illegible] Leben hineingeistet wäre. Seine Linie ist sprechend, [illegible] ob er eine Maske der Geistigkeit wie Heinrich Mann, [illegible] frech-dreisten Kopf wie Voltaire, die runde, dicke [illegible] eines Paul Cassirer, den seine Rundlichkeit doch nicht [illegible] eine Kugel durch den Kopf zu jagen, oder das Kalte, [illegible] Frau wie Tilla Durieux um derentwillen Cassirer [illegible] griff, im graphischen Blatt darstellt. Man vergißt in [illegible] Blättern, daß Oppenheimer Geschmack hat. Man [illegible] das kunstgewerblich Illustrative seiner Graphik sogar, so [illegible] von seiner linearen Ausdruckskraft gepackt. Beides ist [illegible] oben geschilderte Wiener Einfluß. Von seiner Folge [illegible], 10 Radierungen um Napoleon, ist früher schon bemerkt worden. Zu seinen Oelbildern ist nichts Neues zu sagen. [illegible] ist graphischer Natur. Wandmaler ist er nicht, daran [illegible] Riesenbild eines „Orchesters" nichts ändern. Als er so um [illegible] eine Folge von Porträts in Oel zum ersten Male in [illegible] ausstellte, zeigte er bereits, was auch heute noch vielen unerreicht ist, das Spiel der Linien im Gesicht und ihre [illegible] in den Händen.

Nebenan hängen Aquarelle von Otto Lange aus Dalmatien. Das Land kann den deutschen Malern dankbar sein. Sie haben es noch berühmt machen und den Verkehrsstrom von Italien an die dalmatinische Küste ableiten. Eine reiche Folge von Formen und Farbensinfonie brachte Otto Lange in seinen Temperastudien mit heim. Die Technik ist ihm noch etwas ungewohnt. Er behandelte sie auch oft aquarellartig. Das wird sich ändern. Groß und voller Form sind die Landschaften gesehen, mit dem ihm eigenen Schwung und seinem Hang zum Dekor. Dr. Paech.

Konzert

Im 19. Volksbühnenkonzert der Dresdner Philharmonie dirigierte Paul Büttner, Dresden, als Gast die erste seiner bisher erschienenen vier Sinfonien und holte sich wieder wie früher einen großen verdienten Erfolg. Wie alle seine Werke zeigt auch dieses, daß Büttner zu den ganz wenigen schaffenden Musikern gehört, denen gesunde, edle Volkstümlichkeit der Erfindung eigen ist, und zugleich zu denen, die diese Gabe durch solides technisches Können auszuwerten imstande sind. Er liebt leidenschaftlich elementare Ausbrüche der Kraft und weiß doch auch innige melodische Linien von bewundernswert langem Atem zu spinnen. Der architektonische Aufbau seiner Sätze hat trotz seiner großen an Bruckner erinnernden Ausmaße etwas das Ohrenmerk dauernd Fesselndes. Nicht so sehr durch die äußeren Mittel der Farbe, die sonst heute so hochgeschätzt sind — oder man könnte nach den neuesten Erfahrungen sagen: es gestern waren — als vielmehr durch die inneren Mittel einer geschickten Kontrapunktik, die man als „inspiriert" bezeichnen möchte, sucht der Komponist seine thematische Erfindung auszuwerten. Das Werk sprach wieder unmittelbar an und trug dem Autor und Dirigenten begeisterten Beifall ein. Vor der Sinfonie hörte man erstmalig in Dresden das neuerdings viel gespielte Violinkonzert von Respighi, das den Namen „Gregorianisches Konzert" trägt, weil seine Melodiebildung an den liturgischen Weisen der katholischen Kirche (gregorianischer Choral) orientiert ist. Die Solistin Jdolnka Gyarfas trug das wirksame Werk, das neben dem kirchlichen Charakter gelegentlich auch den Puccinischer Weltlichkeit trägt, mit zwar kleinem, aber edlem schönen Gesangston vor und erntete reichen Beifall. Auch dem Solo-flötisten Figlerowicz wurde für seine tadellose Durchführung des Soloparts in Bachs H-Moll-Suite, die den Abend eröffnete, laute Anerkennung zuteil. Märike, der Dirigent der Volksbühnenkonzerte, war sich erfreulicherweise seiner Pflicht, in diesen Konzerten dem orchestralen Schaffen von Dresdner Tonsetzern einen Platz zu gönnen, bewußt gewesen, was ihm dankbar bestätigt sei. kr.

Vom Vortragstisch

Nidia Pines begann gestern die Reihe ihrer Vorträge von russischen Prosadichtungen in der Fides, Struvestraße 6, mit Dostojewskis Novelle „Die Sanfte". Sie erschütterte wieder aufs tiefste mit der Wiedergabe des langen Monologes, den ein alternder Mann am Totenbett seiner freiwillig aus dem Leben geschiedenen jungen Frau vor einem eingebildeten Gerichtshof hält. Ueber Selbstanklage und Verteidigung kommt er zu der furchtbaren Erkenntnis, daß die Menschen wie auf einsamen Inseln wohnen und selbst ehrlichstes Liebeswollen keine Brücke von einem zum andern schlägt. Ich hörte diesen Dostojewski von der Pines zum drittenmal und wurde noch stärker gepackt als ehedem, obschon die dumpfe, drückende Luft im Raum die Aufnahmefähigkeit nicht wenig beeinträchtigte. Langes Vertrautsein mit der Dichtung erlaubt der Künstlerin, sie noch freier, noch sicherer nachzuschaffen, sie noch tiefer auszuschöpfen. Es ist ein hohes Lob, daß die gedächtnistechnische Leistung, die der Vortrag doch auch bedeutet, dem Hörer nicht einen Augenblick zum Bewußtsein kam. Der Dichter, der „Held" der Novelle und die Vortragende verschmolzen in einen Menschen, und aus Dichtung und Vortrag erstand das Schicksal, in dessen unergründliche Augen wir schaudernd sahen. pm.

Dresdner Kalender

Theater am 19. März. Opernhaus: Anrechtsreihe A: Tiefland (7½). Volksbühne Nr. 2183 bis 2205. — Schauspielhaus: Anrechtsreihe A: Dame Kobold (7½). — Albertheater: Der fröhliche Weinberg (7½). Volksbühne Nr. 8461 bis 8520. — Zentraltheater: Gastspiel der Jean Gilbert-Tournee: Annemarie (7½). Neues Theater (Ostra-Allee): Der Mustergatte (7½). Volksbühne Nr. 3071 bis 3320. — Residenztheater: Der Orlow (7½). — Theater am Vasaplatz: Liebe und Trompetenblasen (8).

Walter Böhme, der Komponist des in Plauen, Leipzig, Bremen, Hamburg und anderen Städten mit außerordentlichem Erfolge aufgeführten Oratoriums Die heilige Stadt wird der am Freitag (8) in der Dreikönigskirche stattfindenden Dresdner Erstaufführung seines Werkes durch den Musikverein Dresden-Nord persönlich beiwohnen. Böhme ist Sachse. Er wurde 1884 in Leipzig geboren und war nach dem Besuch des Grimmaer Seminars in Wurzen als Hilfslehrer tätig. 1908 gab er den Lehrerberuf auf, um am Konservatorium zu Leipzig Musik zu studieren. Für sein Werk 1, eine Sinfonische Suite für großes Orchester, erhielt er das Rilisch-Stipendium. Seit 1910 wirkt Böhme in Reichenbach i. V. als Gesanglehrer und Kantor an der Hauptkirche Peter-Paul und entfaltet eine reiche kompositorische Tätigkeit.

Volkshochschule. Zugunsten des Volkshochschulheims Sachsenburg veranstalten die Singe-, Tanz- und Instrumentalgruppe der Dresdner Volkshochschule Sonnabend den 20. März, abends 7½ Uhr, im großen Saale des Logenhauses, Ostra-Allee 15, einen Abend: Volksmusik, Volkslied, Volkstanz. Karten, soweit noch vorhanden, am Saaleingang erhältlich: Mitglieder 50 Pf., Nichtmitglieder 1 M.

Ein Balladenabend der Sozialistischen Arbeiterjugend findet morgen abend (7½) im Künstlerhaus, Grunaer Str., statt. Gesungen werden Karl-Löwe-Balladen. Einführung: Geo Becker, am Flügel: Nino Reidhardt. Karten zu 40 und 80 Pf. sind an der Abendkasse zu haben.

Volkshochschule. Die Besichtigung der Musikabteilung der Städtischen Bücherei, Theaterstraße 11, durch die Gruppe von Dr. Hans Volkmann findet Montag den 22. März, abends 7¾ Uhr, statt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260318/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Innigen Dank
allen, die anläßlich unserer
Vermählung
unsere Wohnung in einen Blumenhain verwandelt haben, und für die überaus große Fülle der Geschenke, die es uns unmöglich machen, jedem Geber die Hand zu drücken. Darum nochmals den herzlichsten Dank.
Freital-Deuben, 17. März 1926.
Uslandstr 16
Otto u. Herta Zimmermann geb. Negwer
Dankend schließen sich an:
Familie Richard Zimmermann,
Familie Paul Negwer. [b377

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Dresden
Mittwoch den 17. März verschied unser Mitglied, der Korbmacher
August Schmidtchen
Die Beerdigung findet Sonnabend ½3 Uhr auf dem Annenfriedhof, Löbtau, statt. [b467
Wir bitten, ihm recht zahlreich das letzte Geleit zu geben. **Die Ortsverwaltung.**

Für die herzliche Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Vaters [b371
Emil Boden
sagen wir allen den **herzlichsten Dank.** Besonders Dank Herrn Lehrer Weckel und der Gruppe 8 der SVD sowie seinen werten Kollegen der Städtischen Straßenreinigung
Dresden, Kiel, den 17. März 1926.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Liebe und Teilnahme durch Wort, Schrift u. Blumenspenden beim Heimgange meines lieben Bruders, unseres Pflegesohnes
Rudolf Grundmann
sagen wir allen hierdurch den
herzlichsten Dank.
Besonderen Dank dem Herrn Chef, den Beamten, Angestellten und der Arbeiterschaft der Firma J. B. Hofmann, für Kranz und Geldspende, dem Freien Turn- u. Sportverein Köckschenbroda für gestellte Trauermusik und freiwilliges Tragen sowie der Arbeiterjugend, Gruppe Radebeul
Dies alles hat uns wohlgetan!
Dir aber, lieber Rudolf, rufen wir ein Ruhe sanft! in dein viel zu frühes Grab nach
In tiefstem Schmerz:
Melanie Grundmann
Familie Emil Zindeisen
nebst Angehörigen.
b389

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme beim Heimgange unserer lieben unvergeßlichen Mutter und Schwester
Luise Ritter
geb. Petri
sagen wir allen den
herzlichsten Dank.
Vielen Dank noch allen denen, die unsere liebe Mutter während der schweren Krankheit gepflegt haben. Besonderen Dank auch Herrn Sanitätsrat Dr Böttger und Schwester Frieda für ihre Tätigkeit.
Freital-Burgk. [b379
Die trauernden Hinterbliebenen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität"
Bezirk Groß-Dresden
Den werten Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Bundesgenosse
Otto Barth
Radig
uns durch den Tod plötzlich entrissen wurde. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.
Die Einäscherung findet Sonnabend den 20. März, nachm. 1¾ Uhr im Krematorium in Tolkewitz statt. [b519
Teilnahme wird erwünscht. **Die Verwaltung.**

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe meines unvergeßlichen Gatten und unseres Vaters
Herrn Max Hamann
Gastwirt
ist es uns ein Herzensbedürfnis, für erwiesene Ehrungen in Wort, Schrift, herrlichem und kostbarem Blumenschmuck
innigst zu danken.
Ganz besonders Herrn Pfarrer Krüger für seine trostreichen Worte am Sarge, auch Herrn Louis Berger vom Gastwirtsverein Groß-Dresden für seine zu Herzen gehenden Worte sowie den Strieisener Kollegen, ferner den Militär-Vereinen Sächsische Grenadiere und Dresden-Gruna, dem Gesangverein der Produktenhändler, dem Arbeiter-Radfahrer-Bund und der SPD-Ortsgruppe Striesen, den Schießklubs Ganz genau, Granate und Sächsischer Schießbund als auch dem Boulleklub Einigkeit, Hamterklub Fröhliche Jagd und den lieben Hausbewohnern **innigen Dank.**
Elsa verw. **Hamann** und Kinder.
Dir aber, lieber Gatte und Vater, rufen wir ein Habe Dank! und Ruhe sanft! in dein allzufrühes Grab nach.
NB. Gleichzeitig gebe ich bekannt, daß ich das Geschäft im Sinne meines Mannes weiterführe.
Ich bitte, das dem Heimgegangenen entgegengebrachte Wohlwollen auch auf mich übertragen zu wollen.
[b372 **L. H.**

Familienanzeigen finden in der Volkszeitung die weiteste Verbreitung.

Morgen **Morgen**
CAPITOL
PRAGER STRASSE 31
DER NEUE SASCHA-PHOEBUS-FILM: ff861
FIAKER No. 13
EIN LEBENSBILD
IN DER HAUPTROLLE:
LILI DAMITA
WEITERE MITWIRKENDE:
Valeska Stock :: Hermann Picha :: Paul Bienfeld :: Walter Rilla :: Jack Trevor
Regie: Michael Kertesz
4 | **¼7** | **½9**

Der Ortsverein 6 vom Reichsbanner
benötigt für die Zeit des Sachsentreffens (12. und 13. Juni 1926)
Privatquartiere
für die auswärtigen Kameraden. Es kommen die Ortsteile Pieschen, Trachenberge, Trachau, Kaditz, Uebigau und Mickten in Frage. Diejenigen Genossen und Republikaner, die für eine oder zwei Nächte jemand beherbergen wollen, werden hierdurch gebeten, anzugeben, wieviel Tage und Personen in Frage kommen oder ein Ehepaar und ob eine Entschädigung und in welcher Höhe dieselbe gefordert wird. Nähere Angaben und Adressen erbeten an [b486
Rudolf Kretzschmar, 1. Vors. Dresden Bürgerstraße 22, II

Linien 10, 15, 17 Tel. 21213
Watzkes Tanzpalast
Dresden-Neustadt, Leipziger Str.
Freitags und Sonntags [f320
Dresdens grösster Jazz
Außerdem Pariser Musik
Uebertrifft alles!

Sonnige [b378
Wohnung
Stube, Kammer, Küche mit Zubeh. gegen etwas größere zu tauschen gesucht Jes. Miete 21.— M. **Zwickauer Str. 138, II r.**

Trauringe
billig und mod. Formen St. 333 gest. von 5 M. an St. 585 gest. v 7.50 M an Bis Ostern 10% Rabatt!
Paul Zipser Goldschmied, Zinzendorfstr. 44. [b378

Federbett neu, verkauft billig im Buchhandl. Rosenstr. 17 [b374

Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt **„Gardinen-Verkauf"** des Modehauses **Renner** bei, der dem Leser die Fülle und Preiswürdigkeit einiger Abteilungen und Läger des großen Hauses in sachlicher Weise vor Augen führt.

Sollte durch ein Versehen diese interessante Beilage fehlen, so genügt eine schriftliche oder telephonische Anforderung bei der vorgenannten Firma, um diesen Prospekt umgehend und kostenlos zu erhalten.
Ortsverkehr: 25321, 22895 ✣ Fernverkehr: 21038, 21138

RENNER
DRESDEN MODE HAUS ALTMARKT

Gute Bücher, Kunstdrucke kauft man in der **Volksbuchhandlung und deren Filialen**

Unter den Klauenseuchen des Viehbestandes Oswald Friedrich in Kötschenbroda-Lindenau ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.
Sperrbezirk: Das Friedrichsche Seuchengehöft.
Beobachtungsgebiet: Der Ortsteil Lindenau.
Schutzzone: Die übrige Stadt Kötzschenbroda, Radebeul, Oberlößnitz, Niederlößnitz, Wilschdorf, Malnsdorf, Naußlitz-Helfenberg, Eisenberg-Moritzburg, Bangebrück, Cauda, Hermsdorf, Dippoldiswalde-Reinhardtsgrimma.
Für den Sperrbezirk gelten die §§ 190 bis 194, für das Beobachtungsgebiet die §§ 190 bis 193, für die Schutzzone § 198 der Bundesratsverordnung zum Viehseuchengesetze vom 2. Dezember 1912 (RGBl. 1913 S. 3 ff.).
Dresden, am 17. März 1926. [b
P. I. 1614. **Die Amtshauptmannschaft.**

Bademeisterin
ärztlich geprüft und mit den Behandlungsmethoden der manuellen Massage und Heilgymnastik therapie gründlich vertraut, für unsere Heilanstalt in Gottleuba gesucht. Gehalt nach Vergütungsgruppe IV des Tarifs für Staatsangestellte.
Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften an den
Vorstand der Landesversicherungsanstalt Sachsen
Dresden-A. 16, Dürerstraße 26.

Turnverein Weistropp u. Umg.
Sonnabend den 20. März, abends ½8 Uhr im Gasthof Weistropp
zehnte und letzte Aufführung
Die Mühle im Schwarzwald
Volkstümliches Charakterstück in 4 Bildern unter Mitwirkung des
Seltmann-Orchesters.
Anschließend
Feiner Ball
Hierzu laden ergebenst ein
Der Turnrat und Alfred Brauns.

Freie Turner, Zschachwitz
Sonnabend den 20. März 1926 in der „Goldenen Krone"
Bühnen-Schauturnen
anläßlich des
26. Stiftungsfestes mit Jugendfeier.
Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Turnrat.**

SARRASANI
Täglich 7.30 Uhr. Sonntag auch 3 Uhr
Neue Zirkus-Darbietungen, u. a.
Willi Röhrl, der menschliche Hydrant. Kein Hungerkünstler, sondern eine lebendige Wassertonne.
Und das Schaustück [w8
WILD-WEST
Die Memoiren des Sioux-Häuptlings **Black Corn**
200 Mitwirkende. 100 Tiere.
In der Manege — Auf der Bühne — In der Luft — Im Wasser.
Eine Nachbildung des Geisers im Yellowstonepark: Die
Feuer-Fontäne
Der Riesen-Wasserfall aus 32 Meter Höhe
Der höchste Wasserfall Sachsens.
Sonnabend 3 Uhr: **Familien-Vorstellung**
Durchweg halbe Preise für groß u. klein

Auf allgemeinen Wunsch nochmals
Großes urfideles Tiroler Bergfest
Ballhaus Lugischänke auf der Höhe
bei Niedersedlitz, Endstation 12 und 19
Sonnabend den 20. März, abends 7 Uhr
Sonntag den 21. März, Anfang 4 Uhr.

Anfang 8 Uhr. Der Riesen-Erfolg!!! ???
tel. 14380. Die Sensation
Tymians Thalia-Theater
Die Mühle von Sanssouci
Kein Film, sondern ein herrlich. Lustspiel in 3 Akten in glänzender Darstellung u. Ausstattung. Die kleinen Preise noch 30% auf Vorzugskarten [f272

Dornblüthschänke
Schandauer Str. Ecke Dornblüthstr.
Freitag, Sonnabend, Sonntag
Musikalische Unterhaltung
Salvator-Ausschank.
Freitag abend: Schlachtfest

Freitag den 19. März 1926
beginnt der große
Preis-Skat
im Restaurant Ernst Pallack
Vorwerkstraße Nr. 1. [b20
1. Friedrichstädter Skatverein.

Fleisch-Verkauf
2 Pfd. Bratenfleisch, 1. Sorte **1.40**, 2 Pfd. Kochfleisch **1.00**, 2 Pfd. Kochfleisch, 1. Sorte **1.20**, Frisches Schweinefleisch Pfd. **1.—** bis **1.20**, Kalbfleisch, frisch, v. **1.—** an, Gewässertes Schweine- u. Rindfleisch, Pfd. **0.90**, Gulaschfleisch Pfd **0.90**, Frischfleisch Pfd. **0.90**.
14 Schandauer Straße 14.

Loschwitz Bestellungen auf die Tageszeitung, auf Wunsch Parteiliteratur, auf Bücher sowie Inserate für Volkszeitung nimmt entgegen
Kolporteur **P. Fischer, Leonhardistraße**

Jahreshauptversammlung des Bundes der Freunde sozialistischer Akademiker

Uns wird geschrieben:

Der Bund d. Fr. soz. Ak. hielt am 14. d. M. in Chemnitz unter dem Vorsitz des Genossen Fellisch seine Hauptversammlung ab. Den Jahresbericht erstattete Genosse Dr. Preller. Einleitend erinnerte er daran, daß der Bund seine Gründung einer Anregung des Genossen Zeigner verdanke, der die Schaffung eines Verbandes der Akademiker angestrebt habe. Die Reichspartei-leitung habe sich zuerst ablehnend verhalten und ihre Unterstützung erst zugesagt, als die Gründung sich existenzfähig erwiesen habe. Der Zweck des Bundes ist die Sammlung der sozialistischen Akademiker, die Unterstützung sozialistischer Studenten und die Werbung für den Sozialismus unter den Intellektuellen.

Die Not in der Inflation habe es mit sich gebracht, daß zunächst nur die Unterstützung der Studenten durchgeführt werden konnte. Das Ergebnis sei erfreulich, so habe z. B. Leipzig die stärkste sozialistische Studentengruppe von sämtlichen Hochschulen des Landes. Die Werbung unter den Intellektuellen sei im Berichtsjahre in Dresden durch eine Vortragsreihe in Angriff genommen worden. In diesen Vorträgen ist das Verhältnis des Intellektuellen zum Staat, zur Religion und zur Ethik behandelt worden. Der Erfolg der Abende sei sehr gut gewesen. Dem Beispiel Sachsens folgend haben sich in der letzten Zeit auch in andern Ländern Freundschaftsbünde gebildet. Eingehend behandelte Genosse Pieper sodann die Stellung des Bundes zu dem anläßlich des letzten Parteitages in Heidelberg gegründeten Verband sozialdemokratischer Akademiker. Dessen Aufgabe solle nach dem Willen seiner Gründer die Zusammenfassung der wissenschaftlich tätigen Sozialdemokraten sowie die Zusammenfassung aller Akademiker überhaupt sein. Der Bundesvorstand stehe nun auf dem Standpunkt, daß der zentralistische Aufbau dieses Verbandes abzulehnen sei. Die Selbständigkeit der Bünde müsse gewahrt bleiben. Es sei nur eine Zusammenfassung in Form einer losen Dachorganisation anzustreben. Ferner sei die Beschäftigung mit besonderen politischen Aufgaben unbedingt abzulehnen. Dadurch würde nur ein Keil zwischen die Akademiker und die übrige Partei getrieben. Genosse Preller empfahl zum Schluß die unten angeführte Resolution zur Annahme. In der Debatte vertrat Genosse Dr. Müller den Standpunkt des Verbandes sozialdemokratischer Akademiker. Gerade in der heutigen Zeit haben die Akademiker in der Partei wichtige Aufgaben. Keine Klutt solle geschaffen werden, sondern der Verband solle vielmehr dazu dienen, den Akademiker mehr als jetzt an die Partei zu fesseln. Jetzt halte er sich aus verschiedenen Gründen sehr oft noch reserviert. Damit der Anschluß an die Partei möglichst fest sei, deshalb sei die zentrale Organisation anzustreben. Die Selbständigkeit der Orts- und Landesorganisationen könne trotzdem auf den in Frage kommenden Gebieten gewahrt bleiben. — Die Resolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Sie lautet: „Der endgültig zu gründende Verband ist eine zusammenfassende Organisation der Bünde der Freunde sozialistischer Akademiker. Als solcher faßt er zunächst die bestehenden Gruppen in Berlin, Sachsen, Thüringen, Schlesien, Hamburg, München zusammen. In Teilen des Reiches, wo noch keine Landesgruppen bestehen, ist die Gründung von solchen anzustreben und zu unterstützen. Diese Gründungen sollen in ihrem Aufgabenkreis den Eigenarten der Landesteile gemäß gestaltet werden. Die bisher gegründeten Landesgruppen des Verbandes sozialdemokratischer Akademiker haben sich in ihrem organisatorischen Aufbau dem des B. d. Fr. soz. Ak. anzupassen. Der Name der Organisation ist: „Vereinigung der Bünde der Freunde sozialistischer Akademiker". Zweck der Vereinigung ist die Werbung neuer Mitglieder und die Anwendung der sozialistischen Idee auf die Arbeit an den Hochschulen und verwandten Bildungsstätten. Ausgeschlossen bleibt jede besondere politische Betätigung der Bünde."

In den Vorstand wurden einstimmig gewählt: Genosse Fellisch (Vorsitzender), Genosse Kittel (Stellvertreter), Kassierer Lommel, Geschäftsführer Ebert, Beisitzer Voigt und ein Vertreter von Leipzig, der von dort bestimmt wird.

Sachsen

Um die Mietzinssteuer

In der gestrigen Sitzung des Rechtsausschusses wurde die Regierungsvorlage über den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken, die sogenannte Mietzinssteuer, beraten. Eine Generaldebatte fand nur insofern statt, als geschäftsordnungsmäßig geprüft wurde, ob die Vorlage umgehend verabschiedet werden könne oder ob ein Notgesetz empfehlenswert sei, da das Reich den Zwang zur Erhebung der hundertprozentigen Friedensmiete bis zum 1. Juli vertagt hat. Aus den Ausführungen des Finanzministers Dr. Dehne ging hervor, daß er für Sachsen eine Erhöhung der Mieten auf Friedenshöhe schon vor dem 1. Juli wünscht, ein Standpunkt, der von unsern Genossen auf jeden Fall abgelehnt werden wird. Schließlich wurde die Frage, ob eine Notverordnung beschlossen werden müsse, ausgesetzt. In der Beratung selbst, die nur bis zum § 3 gedieh, war vor allem umstritten, daß die landwirtschaftlichen Gebäude künftig mit unter die Aufwertungssteuer fallen sollen. Die Vertreter der Agrarier sangen wieder das alte Lied von der Not der Landwirtschaft. Von unsern Genossen wurde der Standpunkt vertreten, daß es nicht verantwortet werden könne, die Landwirtschaft frei zu lassen, während die Industriegebäude der Steuer unterliegen und viel notleidendere Volksschichten als sie die Landwirtschaft aufweist, von der Steuer getroffen werden. Ferner war umstritten, ob auch die Gebäude des Reichs, Staats, der Gemeinden und öffentlicher Körperschaften steuerpflichtig sein sollen. Diese Frage muß verneint werden. Vom Genossen Kramer wurde ein Antrag gestellt, Gebäude, „die ausschließlich gemeinnützigen, mildtätigen, ethischen oder religiösen Zwecken dienen, soweit die Gebäude für diese Zwecke benutzt werden", nur dann von der Steuer zu befreien, wenn die Gebäude nicht zu Wohnzwecken dienen.

Soweit überhaupt Gebäude steuerfrei sein sollen, die religiösen Vereinigungen gehören, handelt es sich um einen reichsgesetzlichen Zwang, der auf keinen Fall gebilligt werden kann. Nicht einmal die Pfarrerwohnungen konnten mit der Mietzinssteuer belegt werden, weil sich das sächsische Oberverwaltungsgericht auf den Standpunkt stellte, daß diese Wohnungen auf Grund der reichsgesetzlichen Bestimmungen von der Mietzinssteuer frei bleiben müßten. Genosse Edel forderte, daß das Urteil des Oberverwaltungsgerichts herbeigezogen wird.

Der Prozeß gegen die sächsische Regierung

Die ungesetzliche Entlassung Edels vor dem Oberlandesgericht

RSK. Nachdem vor kurzem die Berufungsverhandlung im Prozeß des Genossen Jolles wegen dessen ungesetzlicher Entlassung als Chefredakteur der „Sächsischen Staatszeitung" vor dem Oberlandesgericht verhandelt worden war, fand am vorigen Montag auch die Berufungsverhandlung im Falle des Genossen Edel statt, des früheren Schriftleiters der „Sächsischen Staatszeitung".

Die Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil war notwendig, weil das Landgericht ohne Beweisaufnahme, d. h. ohne Prüfung der schweren gegen die Regierung gerichteten Vorwürfe unter Verkennung auch der formalen Rechtslage entschieden hatte. Es erklärte u. a. die Motive für die Entlassung selbst dann für nicht nachprüfbar, wenn diese Motive verfassungswidrig seien. Die Berufung machte nun geltend, daß erstens eine rechtswirksame Kündigung nicht erfolgt ist, zweitens auch nicht erfolgen konnte, weil eine dauernd unwiderrufliche Anstellung Edels als Staatsbeamter vorgenommen worden war und drittens, daß aber selbst in dem Falle einer widerruflichen Anstellung die Entlassung, weil sie aus verfassungswidrigen Gründen versucht worden ist, unwirksam sei. Insbesondere komme in Betracht, daß nach einem allgemein anerkannten alten Rechtsgrundsatz Reichsrecht Landesrecht bricht.

In der Verhandlung versuchte der Prozeßbevollmächtigte der Regierung aus der Tatsache, daß Edel im Jahre 1923 einer Einladung der Staatskanzlei zum Zwecke der Vereidigung gefolgt war, zu schlußfolgern, daß damit anerkannt worden wäre, diese Behörde habe das selbständige Recht zur Kündigung (!). Auch wurde der vergebliche Versuch unternommen, zu bestreiten, daß gegen die ungesetzliche Kündigung protestiert worden ist. Genosse Edem ergriff die Gelegenheit, sich gegen die Verleumdungen einer gewissen Presse zu wenden, die mit ihren scharfmacherischen, sensationslüsternen Berichten Stimmung für die Berechtigung der Willkürmaßnahmen der Regierung zu erzeugen versucht hat. Er legte dar, daß neben der formal-juristischen Seite, die aus prinzipiellen Gesichtspunkten zwinge, der Berufung stattzugeben, die Handlungsweise des Ministerpräsidenten Heldt einer Korrektur bedürfe. Der Ministerpräsident habe in unmoralischer Weise, allerdings vergeblich, versucht, durch Beeinflussungen und durch Drohungen den früheren Chefredakteur der Sächsischen Staatszeitung, Genossen Jolles, zur Bezeugung von Gründen zu bewegen, die die aus persönlicher Rache erfolgte Entlassung Edels rechtfertigen sollten, um dadurch den Schein des Rechts für sich zu haben.

Die Ausführungen vor dem Senat des Oberlandesgerichts gipfelten in der Feststellung, daß die Geltendmachung eines Rechtes, wenn es nur den Zweck verfolgt, einem anderen Schaden zuzufügen, nur als Schikane angesehen werden müsse und demzufolge nichtig sei.

Die Entscheidung wurde vorläufig auf den 31. März vertagt.

Wohnung und Kino

Der Gasthofsbesitzer Träger in Niederhaßlau bei Zwickau hatte 1909 in einem Nebengebäude seines Grundstücks ein Kino eingebaut. Seitdem bewohnte der jeweilige Kinopächter auch eine unmittelbar an das Kino sich anschließende Wohnung. Am 1. April 1924 wurde infolge Ablaufs des Pachtvertrages zwar der Kinosaal von der bis dahin das Kino betreibenden Gesellschaft geräumt, nicht aber auch die Wohnung seitens des Mitgesellschafters W. Dieser verpflichtete sich erst im Anschluß an den gerichtlichen Mietstreit vergleichsweise gegen Stellung einer ausreichenden Ersatzwohnung auch zur Räumung der Kino-Wohnung.

W. ist erst am 30. April 1925 nach Wilkau verzogen. Die dortige Gemeindeverwaltung hatte aber seinen Zuzug davon abhängig gemacht, daß ein Wohnungstausch mit einem Wohnungsuchenden von Wilkau vollzogen werde. T. hat sich aber geweigert, einen solchen aufzunehmen und trotz ausdrücklichem Verbot der Gemeindebehörde zu Niederhaßlau sofort nach Freiwerden der Wohnung diese samt Kino seinem Schwiegersohn Fischer, der in alles eingeweiht war, ohne Genehmigung des zuständigen Wohnungsamtes auf Grund eines am 30. März 1924 abgeschlossenen Pachtvertrages überlassen.

Beide, Träger und sein Schwiegersohn, haben geltend gemacht, daß die Wohnung von dem Pachtvertrage mit umfaßt werde und daher den Bestimmungen über den Wohnungsmangel entrückt sei. Die Wohnung sei überdies seit dem Bestehen des Kinos mit diesem untrennbar verbunden und daher auch stets von dem jeweiligen Kinopächter, der ohne sie den Kinobetrieb gar nicht durchführen könne, bewohnt gewesen. Das Amtsgericht hat diesen Einwand zurückgewiesen und die Angeklagten verurteilt, weil es widersinnig sei und auf eine Gesetzesumgehung hinauslaufe, wenn die Wohnung als Zubehör des Kinosaales und damit als vom Pachtvertrag mit erfaßt betrachtet würde. Für sie gelten vielmehr einzig und allein die mietrechtlichen Bestimmungen. Also wäre die Genehmigung des Wohnungsamtes erforderlich gewesen.

Im Gegensatz hierzu hat die Berufungsinstanz auf Freisprechung erkannt, indem sie der rechtlichen Beurteilung des Falles durch den ersten nicht beizutreten vermochte. Nach den Sachverständigen müsse ein Raum zur Ausbesserung der Filme usw. vorhanden sein. Im Saale könnten diese Arbeiten nicht erledigt werden. Auch seien Ankleideräume für die bei den Kinovorführungen erforderlichen Sänger und Sängerinnen erforderlich. Auch müsse ein Raum vorhanden sein, in dem ein plötzlich erkrankender Kinobesucher zunächst behandelt werden könne.

Unter diesen Umständen müsse deshalb die Wohnung als Zubehör des Kinosaales angesehen werden. Der Vertrag sei daher nicht als ein Pachtvertrag über den Saal verbunden mit einem Mietvertrag über die Wohnung anzusehen, sondern als Pachtvertrag über Saal und Zubehör. Das Oberlandesgericht Dresden hat sich dieser Rechtsauffassung angeschlossen und die Revision der Staatsanwaltschaft verworfen.

Jahresbericht des Sächsischen Lehrervereins

Der Sächsische Lehrerverein hat jetzt seinen Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1924/25 herausgegeben. Der Umfang des 32 Druckseiten starken Berichts zeigt die reiche Arbeit des Vereins in seinem letzten Geschäftsjahr. Das gewerkschaftliche Leben war, wie aus dem Bericht hervorgeht, auch in diesem Jahre festgefügt, wenn auch das Feuer der Begeisterung nicht mehr so hoch flammt und der Versammlungsbesuch im allgemeinen etwas zurückgegangen ist. In den eigentlichen Arbeitsstätten, den Zweigvereinen, Ausschüssen und Arbeitsgemeinschaften, ist dagegen ein Zuwachs im Besuch zu verzeichnen. Die Mitgliederbewegung zeigt, daß der Sächsische Lehrerverein trotz allen Kämpfen und Anfeindungen in seinem Bestand nicht erschüttert, in der Straffheit seiner Organisation nicht gelockert wurde. Die Ziffer ist sogar etwas in die Höhe gegangen, und zwar beträgt die Zahl der Mitglieder im Amte 16 065 (60 mehr als im Vorjahre) und 2 391 Mitglieder im Ruhestand (38 weniger). Die besonderen Aufgaben auf dem Gebiete der Standeshilfe, namentlich der Hilfe für die Notleidenden und deren Angehörige, sind in weitem Maße erfüllt worden. An Unterstützungen wurden in rund 800 Fällen insgesamt 51 806,90 M. ausgezahlt. Möge der Sächsische Lehrerverein auch in Zukunft seinen Kulturkampf für Fortschritt, Freiheit und Wohlfahrt des Volkes erfolgreich fortsetzen.

Die sächsischen Sparkassen im Dezember 1925

Bestand Ende November 1925:	71 338 000 RM.
Einzahlungen im Dezember:	9 341 000 RM.
Auszahlungen im Dezember:	8 124 000 RM.
Bestand Ende Dezember 1925:	72 560 000 RM.

Aus den steigenden Einlagen darf durchaus nicht auf steigenden allgemeinen Wohlstand geschlossen werden. Das Sächsische Statistische Landesamt würde sich ein Verdienst erwerben, wenn es durch eine Statistik einmal Aufschluß geben würde über die Beteiligung einzelner Berufsstände an den Spareinlagen. Wir fürchten, daß sich da ein sehr trübes Bild ergeben würde.

Eine merkwürdige Staatsaktion. Unter dieser Ueberschrift brachten wir vor einigen Tagen eine Meldung über die mehr als eigentümliche Regierungsaktion, die sich auf Bespitzelung einer geschlossenen Delegiertenversammlung der SPD. in Dresden bezog. In dieser Notiz stand u. a. der Satz: Polizeipräsident Kühn „beauftragte Polizeibeamte, die sich in mehrstündigen Vernehmungen bemühten, aus verschiedenen Personen ein Geständnis herauszubringen, daß doch entweder in, vor, zwischen oder nach der fraglichen Versammlung die behauptete Aeußerung des Genossen Arzt in diesem oder ähnlichem Sinne von ihm oder von irgendjemand anders gefallen sei". Polizeipräsident Kühn legte in einer Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Wert auf die Feststellung, daß er auftragsgemäß auf Anforderung des Ministerpräsidenten Heldt einen Beamten zur Untersuchung zur Verfügung gestellt habe, und daß der Beamte alles Material und alle sonstigen Anweisungen direkt von der Regierung erhalten habe. Sonst habe er — Kühn — mit der Angelegenheit nichts zu tun gehabt.

Durch die Mitteilung Kühns wird allerdings nicht nur unterstrichen, was wir über die Bespitzelung geschlossener Mitgliederversammlungen der SPD. ausgeführt haben, sondern die Situation noch viel krasser beleuchtet.

Gegen das neue sächsische Baugesetz haben jetzt auch die unter deutschnationaler Führung stehenden sächsischen Landwirte Stellung genommen.

Die grinsende Fratze

63

Roman von Victor Hugo

Aus dem Französischen übersetzt von Eva Schumann

Mische dich nicht in ihre Angelegenheiten, damit sie sich nicht in deine mischen. Weißt du, Elender, wer der von Rechts wegen Glückliche ist? Das ist ein schreckliches Wesen: der Lord. Oh, der Lord, der hat gewiß schön intrigieren müssen, ehe er auf die Welt kam, daß er durch jene Tür ins Leben treten durfte! Wie schwer muß es ihm geworden sein, geboren zu werden! Er hat sich nur dieses eine Mal Mühe gegeben — aber, gerechter Gott! eine ordentliche Mühe! Vom Schicksal, diesem blinden Tölpel, zu erreichen, daß es dich gleich in der Wiege zum Herrn der Menschen macht! Diesen Kassierer zu bestechen, daß er dir den besten Platz im Theater gibt. Lies die Inschriften in der Hütte, lies das Breviier meiner Weisheit, und du wirst sehen, was ein Lord ist. Ein Lord ist einer, der alles hat und alles ist. Ein Lord hat, wenn er jung ist, alle Rechte des Greises, und wenn er alt ist, alle Glücksmöglichkeiten der Jugend; ist er lasterhaft, so genießt er die Achtung aller Biederleute; ist er ein Feigling, so hat er über die Mutigen zu befehlen; ist er ein Nichtstuer, so genießt er die Frucht der Arbeit andrer, ist er ein Nichtswisser, so erhält er die Diplome von Oxford und Cambridge, ist er ein Dummkopf, so bewundern ihn die Dichter, ist er häßlich, so lächeln ihm die Frauen zu. Lege meine Worte nicht falsch aus, ich sage nicht, daß ein Lord immer unwissend, feig, dumm, häßlich und alt ist; ich sage nur, daß er das alles sein kann, ohne daß es ihm zum Schaden gereicht. Im Gegenteil. Die Lords sind Fürsten. Der König von England ist nur ein Lord. Die Lords sind Pairs, d. h. Gleichgestellte. Wem gleichgestellt? Dem König. Ich begehe nicht den Fehler, die Lords mit dem Parlament zu verwechseln. Die Volksversammlung, die bei den Angelsachsen vor der Eroberung Witenagemot hieß, wurde von den Normannen nach der Eroberung Parliamentum genannt. Nach und nach hat man das Volk vor die Tür gesetzt. Die versiegelten Briefe des Königs, welche das Volk zusammenriefen, besagten früher: ad consilium impendendum; heute besagen sie: ad consentiendum. Die Gemeinen haben das Recht, zuzustimmen. Ja sagen — das ist ihre Freiheit. Die Pairs können nein sagen. Und der Beweis — sie haben es gesagt. Die Pairs dürfen dem König den Kopf abschneiden; das Volk darf das nicht. Der Beilhieb gegen Karl I. war ein Uebergriff nicht gegen den König, sondern gegen die Pairs, und es ist ganz in der Ordnung, daß man Cromwells Gerippe an den Galgen geknüpft hat. Die Lords haben die Macht. Warum? Weil sie den Reichtum haben. Wer hat das Doomsday-Book durchblättert? Das ist der Beweis, daß den Lords England gehört, das ist die Liste der Güter aller Untertanen, die unter Wilhelm dem Eroberer aufgestellt wurde; sie steht unter der Aufsicht des Lordschatzmeisters. Das ist ein stolzes Buch. Weißt du, daß ich als Doktor bei einem Lord angestellt war, der Marmaduke hieß und neunhunderttausend Franken jährliches Einkommen hatte? Weißt du, daß man allein mit den Kaninchen aus dem Gehege des Lord Lindsey die ganze Bevölkerung der fünf Häfen ernähren könnte? Aber laß die Finger davon. Da wird gut aufgepaßt. Jeder Wilderer wird gehängt. Weil aus seiner Tasche zwei lange, haarige Ohren vorguckten, hab ich einen Vater von sechs Kindern an den Galgen knüpfen sehen. Das sind die großen Herren. Das Kaninchen eines Lords gilt mehr als ein Mensch unsers Herrgotts. Die Herren gibt es nun einmal, hörst du wohl, Schlingel? Und wir haben das in der Ordnung zu finden. Und wenn wir es nicht in der Ordnung finden, was macht das ihnen aus? Das Volk und Einwände erheben! Selbst Plautus wäre dieser Komik nicht gewachsen. Das wäre ein scherzhafter Philosoph, der diesem armen Teufel von Volk raten würde, gegen die Größe und Schwere der Lords Einspruch zu erheben. Da könnte man ebenso gut einen Wurm den Fuß des Elefanten begutachten lassen. Einmal hab ich gesehen, wie ein Nilpferd auf einen Maulwurfshügel trat; es hat ihn ganz vernichtet; es war unschuldig. Es wußte nicht einmal, daß es überhaupt Maulwürfe gibt, das gutmütige Riesenvieh.

Mein Lieber, die Maulwurfshügel, die man vernichtet, die sind das Menschengeschlecht. Die Vernichtung ist ein Gesetz. Und glaubst du, daß der Maulwurf selber nicht auch vernichtet? Er ist ein Riesenvieh für die Milbe, und die Milbe ist ein Riesenvieh für den Bolbor. Wer denken wie doch nicht nach! Mein Junge, Karossen gibt es nun mal. Der Lord sitzt drinnen, das Volk kommt unter die Räder, und der Weise geht aus dem Wege. Tritt beiseite und laß es vorübergehen.

Ich liebe die Lords, aber ich meide sie. Ich habe bei einem Lord gelebt. Das genügt für die Schönheit meiner Erinnerungen. Ich besinne mich auf sein Schloß — wie ein strahlendes Gebilde in einer Wolke war es. Meine Träume gehen in die Vergangenheit. Ich liebe unsre großen Herren. Ich bin ihnen dankbar dafür, daß sie so reich und mächtig und glücklich sind. Ja, ich achte und verehre unsre Lords. Im Verein mit der königlichen Majestät arbeiten sie daran, der Nation Vorteile zu verschaffen und zu erhalten. Ihre vollendete Weisheit zeigt sich am besten in bedenklichen Lagen. Ich möchte wohl sehen, ob sie nicht allen überlegen sind. Sie sind es. Da man mit Recht diese Welt ziemlich übel fand, hat Gott gemerkt, wo der Schuh drückte; er wollte beweisen, daß er auch glückliche Menschen machen könne, und so hat er die Lords geschaffen, um die Philosophen zufriedenzustellen. Diese Schöpfung macht die andern wieder gut und zieht den lieben Gott aus der Affäre.

Zu behaupten, daß die Lords schädlich oder unnütz wären, läuft auf die Behauptung hinaus, daß man an den Staaten rütteln müsse und daß die Menschen nicht dazu da seien, wie die Herden zu leben, Gras zu fressen und sich vom Hund beißen zu lassen. Die Wiese wird vom Hammel geschoren, der Hammel wird vom Schäfer geschoren. Ist das etwa nicht gerecht? Auf einen Scherer anderthalbe. Mir ist das gleich; ich bin ein Philosoph. Das Leben ist nur ein Absteigequartier.

Wenn ich denke, daß der Graf von Berkshire in seinen Ställen vierundzwanzig Galakutschen hat, davon eine mit silbernem und eine mit goldenem Zaunzeug! Mein Gott, ich weiß ganz gut, daß nicht jeder Mensch vierundzwanzig Galakutschen haben kann, aber deshalb braucht man sich nicht gleich zu ereifern. Weil du mal eine Nacht lang gefroren hast! Da bist du nicht der einzige. Andre haben auch gehungert und gefroren. Weißt du denn, daß ohne die Kälte jener Nacht Dea nicht blind geworden wäre, und daß Dea, wenn sie nicht blind wäre, dich nicht lieben würde?

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260318/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die neue Geschäftsordnung der Stadtverordneten

Von Stadtv. R. Rösch

Am Dienstag, dem 16. März, ist von den Stadtverordneten die neue Geschäftsordnung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen worden, nachdem vorher zuerst über die zwischen den Fraktionen vereinbarten Einigungsvorschläge abgestimmt worden war und sie zur Annahme gelangten. Für die Sozialdemokraten lag damit kein Grund zur Ablehnung der neuen Geschäftsordnung mehr vor. Die Kommunisten, die noch am Donnerstag vorher den schärfsten Kampf für diesen Dienstag in Aussicht gestellt hatten, haben auf weitere Obstruktion verzichtet, trotzdem die Möglichkeit dazu für sie noch bestand und sie auch von unsrer Fraktion nicht daran gehindert worden wären. Unsre Redner hatten wiederholt erklärt, daß sie sich einem Bruch der Geschäftsordnung zum Nachteil der Kommunisten mit allen Mitteln widersetzen würden, und sie sind auch für die weitestgehende Redefreiheit eingetreten. Die Kraft der Kommunisten langte gerade noch zu einer von Schapel vorgetragenen Erklärung aus, die natürlich nur gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtet war und von Unwahrheiten und Entstellungen nur so strotzte. Da aber die Massen mit solchen kommunistischen Erklärungen völlig überfüttert sind, wird auch diese völlig wirkungslos verhallen. Erreicht haben allerdings die Kommunisten, daß der Dresdner Anzeiger, der sonst von kommunistischen Ausführungen und Erklärungen keine Notiz nimmt, diese Erklärung in der Nummer vom Mittwoch morgen wörtlich seinen Lesern bringt. Zu dem Inhalt der Erklärung sei nur gesagt, daß es eine Unwahrheit ist, wenn gesagt wird, daß unsre Obstruktion auf Druck höherer Parteiinstanzen hin eingestellt worden sei. Zu dem parlamentarisch zulässigen Mittel der Obstruktion, das besonders in dem am längsten parlamentarisch regierten England zuerst und nachdrücklichst angewandt worden ist, haben wir zur Verhütung der Verschlechterung der bis jetzt bestehenden Geschäftsordnung gegriffen und haben es, wie allseitig anerkannt wird, mit aller Schärfe gehandhabt. Nachdem unser Ziel erreicht war, konnte die Obstruktion eingestellt werden. Welche andre Ziele die Kommunisten mit der Weiterführung erreichen wollten, wissen wir nicht. Wir mußten aber ablehnen, den Kommunisten zuliebe weiter zu obstruieren und das dabei Erreichte in Frage zu stellen.

Um was es sich für uns handelte, ist in der Volkszeitung vom 16. Februar 1926 bereits dargelegt worden. Es handelte sich um die Paragraphen 30, 38, 49, 52, 53, 59, 60 und 90 des Entwurfes. Die Paragraphen 30 und 38 sind entsprechend unsern schon in der dritten Lesung gemachten Anträgen in den Einigungsvorschlägen ohne weiteres anerkannt worden und decken sich auch mit dem Sinn der kommunistischen Minderheitsanträge.

Bemerkt sei noch, daß die Kommunisten ein umfangreiches Minderheitsgutachten vorgelegt hatten und daß darin gerade die am meisten umstrittenen Paragraphen, 49, 52, 53, 59, 60 und 90, nicht berührt sind, während unsre Anträge gerade den Kampf gegen diese Bestimmungen führten. Diese Feststellung muß immer und immer wieder den Kommunisten gegenüber gemacht werden. Sie haben auch dieses Versäumnis sehr wohl gefühlt und verdecken ihre Schwäche mit leeren Redensarten.

In den im Ausschuß vorgenommenen drei Lesungen haben wir zu dem Entwurf eine ganze Reihe Abänderungsanträge gestellt und sie meist auch zur Annahme gebracht. So kam der Entwurf an das Kollegium fast in der Fassung der alten Geschäftsordnung. Was geändert wurde, machte sich notwendig auf Grund der Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 1. August 1923 und der Novelle dazu vom 16. Juni 1925. Differenzpunkte waren noch die obenerwähnten Paragraphen, wozu ich unsre Stellung bereits im obenerwähnten Artikel unter 1 bis 5 dargelegt habe.

Weiter war wichtig für uns, durch die Beratungen des Entwurfes der neuen Geschäftsordnung nicht die Erledigung andrer für das Gemeinwesen wesentlich wichtigerer Punkte zu unterbinden. Deshalb unser Antrag, in Sondersitzungen die Geschäftsordnung zu beraten. Gerade das Bestreben der bürgerlichen Parteien, von den Völkischen bis zu den Demokraten, die Geschäftsordnung nach dem Entwurf völlig ungeändert und in ganz beschleunigter Beratung zur Annahme zu bringen, war ein Grund mit zu unsrer Obstruktion. Hier haben die bürgerlichen Parteien durch unsre Arbeit den Boden völlig verloren, sie mußten sich unsern Wünschen fügen. Das ist der wesentlichste Erfolg der Obstruktion.

Unsinn ist das Geschrei der Kommunisten, unser Mitwirken am Einigungsvorschlag und die schließliche Zustimmung dazu bedeuteten einen Verrat an den Interessen des revolutionären Proletariats. Es sei einmal gegenübergestellt, wie die Paragraphen des Entwurfes lauten und was durch den Einigungsvorschlag gebracht wurde.

Fassung im Entwurf

§ 52

Redezeit

(1) Die Redezeit darf die Dauer von 30 Minuten nicht überschreiten. Ausgenommen hiervon sind die Berichterstatter. Auf Antrag oder auf Anregung des Vorstehers kann ohne Aussprache die Redezeit verlängert oder unbeschränkt zugelassen werden, wenn nicht 10 Stadtverordnete widersprechen.
(2) Spricht ein Stadtverordneter über die Redezeit hinaus, so hat ihm der Vorsteher nach einmaliger Mahnung das Wort zu entziehen.

Beschluß nach dem Einigungsvorschlag

§ 52 erhält folgende Fassung:

Die Redezeit darf die Dauer einer Stunde nicht überschreiten. Ausgenommen hiervon sind die Berichterstatter. Auf Antrag oder auf Anregung des Vorstehers kann ohne Aussprache die Redezeit durch Beschluß der Versammlung auf 30 Minuten verkürzt oder über eine Stunde hinaus verlängert werden.
Absatz 2 bleibt wie bisher.

§ 53

Sprechen außer der Reihe und zur Geschäftsordnung

(1) Jedem Stadtverordneten ist außer der Reihe das Wort zu geben, wenn er zur Geschäftsordnung sprechen oder den Ordnungsruf (§ 59) oder, nachdem der Vorsteher gemäß § 59 den Ordnungsruf erteilt hat, die Entziehung des Wortes oder den Schluß der Beratung, jedoch ohne weitere Begründung, beantragen will.
(2) Zur Geschäftsordnung darf nicht mehreren Mitgliedern derselben Gruppe das Wort gegeben werden, auch darf zur Geschäftsordnung nicht länger als 5 Minuten gesprochen werden. Haben drei Stadtverordnete zur Geschäftsordnung gesprochen, so ist der Vorsteher berechtigt, über die Geschäftsordnungsfrage die Entscheidung des Vorstandes einzuholen und zu diesem Zwecke die Sitzung zu unterbrechen. Die Entscheidung des Vorstandes ist endgültig.

§ 58.

Absatz 1 Fassung wie nebenstehend.
Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Zur Geschäftsordnung darf jeder Stadtverordnete nur einmal und nicht länger als 5 Minuten sprechen. Den Gruppenvorsitzenden ist jederzeit jedoch nicht länger als 15 Minuten das Wort zu geben.

Der Vorsteher ist berechtigt, die Aussprache über einen Antrag zur Geschäftsordnung zu schließen, sobald zu diesem Antrag von jeder Gruppe ein Redner gesprochen hat.

§ 59 Abs. 3

(3) Nach einem dritten Ordnungsruf können der Redner oder andere Stadtverordnete von der Teilnahme an der weiteren Sitzung ausgeschlossen werden. Der Betroffene hat den Sitzungssaal sofort zu verlassen. Fügt er sich der Anordnung nicht, so kann er auf weitere vier Sitzungen ausgeschlossen werden. In diesem Falle verliert er den Anspruch auf Aufwandsentschädigung auf die Dauer eines Monats. Weigert er sich, den Sitzungssaal zu verlassen, so kann der Vorsteher seine gewaltsame Entfernung anordnen. Während der Dauer des Ausschlusses darf der Betroffene auch an den Ausschußsitzungen nicht teilnehmen.

§ 59 Abs. 3

Nach einem dritten Ordnungsruf können der Redner oder andere Stadtverordnete durch Beschluß der Versammlung von der Teilnahme an der weiteren Sitzung ausgeschlossen werden. Der Betroffene hat den Sitzungssaal sofort zu verlassen. Fügt er sich diesem Beschluß nicht, so kann die Versammlung weitere Maßnahmen, insbesondere Ausschluß von den Sitzungen auf bestimmte Zeit und zwangsmäßige Entfernung beschließen. Wird dem Vorsteher die Abstimmung durch Unruhe in der Versammlung unmöglich gemacht, so hat er das Recht, den Betreffenden für diese Sitzung auszuschließen und gegebenenfalls die Zwangsentfernung anzuordnen.

§ 60 Abs. 2

(2) Gegen die Entziehung des Wortes steht dem Betroffenen die sofort anzumeldende Berufung zu, über die der sofort zusammenzurufende Vorstand zu entscheiden hat. Während der Dauer der Beratung des Vorstandes ist die Sitzung zu unterbrechen.

§ 60 Abs. 2

Gegen die Entziehung des Wortes steht dem Betroffenen die sofort anzumeldende Berufung zu, über die sofort die Versammlung zu entscheiden hat.

§ 90

Berichterstattung der Ausschußminderheit

Die Ausschußminderheit kann, wenn sie aus mindestens drei Ausschußmitgliedern besteht, ihre von der Mehrheit abweichende Ansicht in einem besonderen Minderheitsgutachten begründen und durch einen von ihr besonders im Ausschuß gewählten Berichterstatter vortragen. Bei bloß ablehnender Stellungnahme ist der Vorbehalt eines Minderheitsgutachtens nicht zulässig. Das Minderheitsgutachten ist in die Niederschrift des Ausschusses aufzunehmen. Wird der Hauptbericht gedruckt, so ist auch der Minderheit ein Druckbericht zu gestatten.

§ 90

Berichterstattung der Ausschußminderheit

Die Ausschußminderheit kann, wenn sie aus mindestens zwei Ausschußmitgliedern besteht, ihre von der Mehrheit abweichende Ansicht in einem besonderen Minderheitsgutachten begründen und durch einen von ihr besonders im Ausschuß gewählten Berichterstatter vortragen. Bei bloß ablehnender Stellungnahme ist der Vorbehalt eines Minderheitsgutachtens nicht zulässig. Das Minderheitsgutachten ist in die Niederschrift des Ausschusses aufzunehmen. Wird der Hauptbericht gedruckt, so ist auch der Minderheit ein Druckbericht zu gestatten.

Der Parlamentarier wird sofort erkennen, daß durch den angenommenen Einigungsvorschlag die geplanten Verschlechterungen der bisherigen Geschäftsordnung verhindert sind. In der 3. Lesung des Entwurfes war die Redezeit nur auf 15 Minuten festgesetzt. Es war zu erwarten, daß ein im Plenum dahingehend gestellter Antrag Annahme finden würde. Auch Antragsteller durften dann nur 15 Minuten sprechen. Nunmehr beträgt die Redezeit auch der Debatteredner eine Stunde.

Eine Verkürzung auf eine halbe Stunde wird selten vorkommen. Sie muß in auch vom Kollegium beschlossen werden. Die Berichterstatter haben unbeschränkte Redezeit. Bedenken können bestehen gegen die Beschränkung der Redezeit auf 5 Minuten, wenn zur Geschäftsordnung gesprochen wird. Da aber der Fraktionsvorsitzende zur Geschäftsordnung in einer Sache so oft reden kann, wie er es für notwendig hält, ist das Bedenken hinfällig. Außerdem steht jedem Stadtverordneten nach § 55 der neuen Geschäftsordnung das Recht zu, zur tatsächlichen Berichtigung jederzeit das Wort zu nehmen, sobald der, durch den die Berichtigung veranlaßt worden ist, zu sprechen aufgehört hat. Außerdem sind persönliche Bemerkungen vor der Abstimmung möglich. Der am meisten umstrittene Absatz 2 des § 59 ist in der neuen Fassung annehmbar, da die schlimmsten Bestimmungen des Entwurfes beseitigt sind und das Kollegium über bestimmte Maßnahmen zu entscheiden hat.

Es ist ganz irrig, zu sagen, daß nach der neuen Geschäftsordnung eine Obstruktion nicht mehr möglich sei. Zur Obstruktion wird man nur in den allerernstesten Situationen greifen. Angewandt worden ist sie seit der Umwälzung im Jahre 1918 jetzt zum ersten Male. Auch die neue Geschäftsordnung bietet noch genug Möglichkeiten, ein systematisches Verschleppen zu erreichen oder die Verhandlungen fruchtlos zu machen. Ein vernünftiger Vorsteher, der ja über den Parteien stehen soll, wird sich hüten, die Schärfe einer Geschäftsordnung ohne ganz besonderen Grund auszunutzen. Einen Vorsteher, der das dennoch tun würde, kann man von seinem Posten entfernen.

Unsere Fraktion hat sich in diesem Kampf gut geschlagen und die Obstruktion mit Erfolg angewendet. Deshalb haben auch unsre Genossen im Kollegium am Dienstag das Phrasenwerk der Kommunisten, genannt Erklärung, mit aller Ruhe entgegengenommen. Sie wissen, daß mit solchen Erklärungen der notwendige Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft nicht gefördert wird. Die Debatten über die Geschäftsordnung im Stadtverordnetenkollegium haben bürgerliche und sozialdemokratische Auffassungen nicht irgendwie zusammengeführt, sondern nur ganz deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, alle Kräfte daran zu setzen, bei den Wahlen im November des Jahres wieder eine sozialdemokratische Mehrheit im Kollegium zu schaffen!

Dresdner Chronik

Arbeitsnachweis

li. Ein großes Schild mit dicken Buchstaben steht über dem Eingang des Arbeitsnachweises. Der Besuch ist weit stärker als der der Kinos, Theater und Kirchen. Es ist hier im Zentrum der Stadt ein neuer Wallfahrtsort entstanden. Kunterbunt gekleidet sind die Besucher. Sie gehen „stempeln". Stempeln — was ist das für ein Wort? Es bedeutet: du bist ausgestoßen aus der Gemeinschaft der Arbeitenden — unproduktiv. Da stehen die Recken von Zimmerleuten und dürfen nicht arbeiten. Sie sind verdammt, bummeln zu gehen und dabei auf andre Gedanken zu kommen. Ist es ein Wunder, wenn einmal der Geduldsfaden reißt?

Auf der grünen Karte kann man ablesen, wieweit das Elend gestiegen ist. Ein Tag um den andern kommen zwei Stempel hinein und die Fläche der Stempelkarte wird von den Stempeln erobert. An der Seite der Karte klettern die Wochenzahlen schon in die Zehnerreihe. Ja, bei manchem ist schon die umgekehrte Seite voll. Wie mag die Familie aussehen?

Hartgedrängt stehen Bauarbeiter in einer Gruppe beieinander. Sie sprechen von der Arbeit. Das Telephon rasselt. Der Beamte nimmt den Hörer an die Ohren und meldet: „Abteilung Baugewerbe". Alles wird still. Alles lauscht — vielleicht werden Zimmerleute angefordert! Die fast versunkene Hoffnung holt noch einmal tief Atem.

„Wird besorgt, Herr Baumeister!" Das Telephongespräch ist beendet. Fragende Augen hängen an der Aussage des Beamten. „'s ist nichts." Wieder stürzt die Hoffnung in Abgründe. Leere, dunkle Zukunft.

Und wenn nun einmal die Hoffnung ganz ausbliebe und diese hoffnungslosen Menschen auf einmal nicht mehr da sein würden. Alle gingen fort — in die Elbe — und kämen nicht wieder. Sie wären fort — dem Staat würden die lästigen Ausgaben erspart und vieles Elend wäre von der Welt verschwunden . . .

Da, auf einmal bricht die Sonne durch die Schriften und hält die Hoffnung mit stärkeren Händen über dem Wasser.

Groß-Dresdens Strom- und Wasserversorgung

Zusammenarbeiten von Staat und Stadt

Auf der Jahrestagung der Ortsgruppe Dresden des Reichsbundes Deutscher Technik, bei der die Minister Dr. Dehne, Elsner, Herm. Müller und Dr. Kaiser sowie Vertreter von Staatsbehörden und der Stadt Dresden und zahlreiche Landtagsabgeordnete beiwohnten, hielt am Mittwoch abend Stadtbaurat Wahl einen interessanten Vortrag über das Zusammenwirken des Staates und der Gemeinden auf technischem Gebiete.

Die Triebfeder des vor etwa zwölf Jahren von den Gemeinden ausgehenden Gedankens, für ganz Sachsen eine einheitliche Elektrizitätsversorgung durchzubilden, war die Erkenntnis, daß die Energieversorgung auf elektrischem Wege neue Bahnen suchen müsse, um im Erfolg gegenüber anderen ausländischen Bezirken nicht zurückstehen zu müssen. Die damalige Hoffnung, durch Zusammenfassung der Energieerzeugung in einigen Großkraftwerken wirtschaftlicher zu arbeiten als bei der bisher bestehenden Dezentralisation, hat sich in vollem Umfange erfüllt. Trotzdem konnte mit der zentralen Erzeugung eine der wesentlichen Schwierigkeiten nicht beseitigt werden: die verhältnismäßig schlechte Ausnutzung der aufgestellten Maschinensätze.

Der von Ministerialrat Sorger entwickelte Vorschlag einer hydro-elektrischen Speicheranlage am Borsberg bei Pillnitz suchte diese ungleichmäßige Belastung während des Tagesablaufes dadurch auszugleichen, daß die für die Tagesspitzen bereitzustellende Energie bereits während der Nachtstunden vom Braunkohlenkraftwerk dem nahe dem Versorgungsgebiet liegenden Speicherwerk zugeführt und aus diesem tagsüber zur Deckung der Belastungsspitzen abgegeben wird. Bei der mit diesem Projekt angestrebten Zentralisierung des Speicherbetriebes haben sich jedoch in einem einzigen Punkte der Landesenergieversorgung so hohe Anlagekosten ergeben, daß Bedenken gegen die Wirtschaftlichkeit geltend zu machen waren. Man hat deshalb versucht, die Umwandlung von Nacht- in Tagkraft auf mehrere, dicht an die einzelnen Absatzgebiete Sachsens herangerückte Speicherwerke zu verteilen und so kleine Anlagen zu schaffen, für die leichter günstige Geländeverhältnisse zu finden seien. Auf diesem Wege ist man zunächst dem Versorgungsgebiete Groß-Dresden nähergetreten.

Als Ergebnis dieser Untersuchung, die nur im engsten Zusammenarbeiten zwischen der Aktiengesellschaft Sächsische Werke, dem Staate und der Stadt Dresden durchgeführt werden konnte, sind neben Planungen im Müglitztale und im Elbtale bei Meißen und bei Hosterwitz zwei Anlagen als besonders geeignet in Vorschlag gebracht worden: ein Projekt „Zinsteich" am Borsbergmassiv und eine Planung „Niederwartha". Bei einer Abgabeleistung von insgesamt 80 000 Kilowattstunden (ein Drittel der früheren Planung „Borsberg") könnten in den Speicherbecken 560 000 Kilowattstunden elektrische Arbeit aufgearbeitet werden. Es ist zu hoffen, daß es dem weiteren Zusammenwirken von Staat und Stadtgemeinde Dresden gelingt, eines der beiden Projekte in absehbarer Zeit zu verwirklichen.

Neben diesen Arbeiten auf dem Gebiete der Energieversorgung führte die Notwendigkeit der Bereitstellung von ausreichendem Trink- und Brauchwasser für die Dresdner Bevölkerung zwangläufig Staat und Stadtgemeinde zu weiterer gemeinsamer Arbeit zusammen. Der Vortragende begründete die Notwendigkeit dieses Zusammengehens an Hand der Entwicklung der Trinkwasserversorgung im rheinisch-westfälischen Industriegebiete, wo die zunehmende Bevölkerungsdichte in Verbindung mit der Verschmutzung der natürlichen Vorfluter zu durchgreifenden Maßnahmen (Talsperren) zwang, die nur im gemeinsamen Vorgehen von Staat und Gemeinden durchzuführen waren.

Im Freistaate Sachsen leiden infolge allzu rascher Zunahme der Bevölkerung und ungünstiger geologischer Verhältnisse besonders viele kleinere Industriegemeinden Westsachsens unter Trinkwassermangel, für dessen Abhilfe der Staat durch Aufstellung eines großzügigen Versorgungsprogramms Vorsorge getroffen hat. Im oberen Erzgebirge sollen Talsperren errichtet werden, aus denen in weitverzweigten Rohrnetzen das Wasser den Gemeinden zugeführt wird. Die Durchführung des gesamten Planes hat begonnen. Neben der fertiggestellten Sperre Muldenberg werden in diesem Jahre zwei weitere Talsperren in Angriff genommen. Auch hier gehen die Gemeinden mit dem Staate Hand in Hand.

Die Trinkwasserversorgung der Stadt Dresden beruht auf Grundwassergewinnung im Elbtale, wo in den Werken Saloppe, Tolkewitz und Hosterwitz der Bedarf des Dresdner Stadtgebietes noch auf längere Zeit gedeckt werden kann. Bei dem zu erwartenden lebhaften Steigen des Betriebswasserbedarfs der Industrie des Elbtales muß jedoch für eine bedeutende Erweiterung der Wasserversorgung rechtzeitig vorgesorgt werden. Bei der dichten Bebauung des Elbufers stößt eine Vergrößerung der Elbgrundwasserversorgung auf wesentliche technische und vor allem verwaltungsrechtliche Schwierigkeiten, so daß auch in Dresden der Weg zur Oberflächengewinnung mittels Talsperren künftig begangen werden muß. Bei Lösung dieser Aufgabe ist eine tätige Mitwirkung des Staates nicht zu umgehen. Es sind daher Staat und Stadtgemeinde in letzter Zeit zur Durchführung entsprechender Vorarbeiten in engste Fühlung getreten, als deren vorläufiges Ergebnis der Vortragende auf zwei Talsperrenplanungen im Polenz- und im Weißeritztale hinweisen konnte.

Eine vergebliche Klage

In unsrer Nummer vom 11. März berichteten wir über den Verlauf einer Privatklage, die Oberlandesgerichtsrat Dr. Hering, der Vorsitzende des Landesverbandes christlicher Elternvereine, gegen den ersten Vorsitzenden des Sächsischen Lehrervereins, Volksschuloberlehrer Oskar Gleißberg, erhoben hatte. Gegenstand der Klage waren einige Sätze aus einer Schrift, die der Vorstand des genannten Lehrervereins Ende April 1925 unter dem Titel „Zum Kampf um die Volksschule" herausgab. Die Schrift verfolgte den Zweck, zu der vorher erschienenen Denkschrift des Volksbildungsministeriums über „Die sächsische Volksschule nach den von den Bezirksschulräten und den höheren Schulen im Jahre 1924 erstatteten Berichten" Stellung zu nehmen, die Hemmungen und Nöte der vielkritisierten Volksschule aufzuzeigen und die Art des gegen die Volksschule geführten Kampfes zu kennzeichnen. Im letzten Buchkapitel wurde dabei auch auf Dr. Hering hingewiesen, und zwar mit folgenden Worten: „Eine Skandalchronik, ohne Ort, Namen und Datum, wird aufgemacht und übers Land verstreut, so daß schließlich auch die besonnensten Eltern in Unruhe und Verwirrung kommen. Sie erfahren ja nicht, daß die Zentrale all des grob und fein Gesponnenen, Herr Landgerichtsdirektor Dr. Hering, einst vor Gericht Gelegenheit hatte, einen Eid abzulegen auf alle die „Fälle", die er in die Oeffentlichkeit geschleudert hatte: er tat es nicht! Der Leipziger Lehrerverein teilte diesem Hüter des Rechtes mit, daß er „Verleumdungen und ungeprüften Treppenklatsch geflissentlich verbreite". Darob wollte der „verdienstvolle Organisator und verekrte Führer der Christlichen Elternvereine" zunächst eigentlich den Rechtsweg beschreiten: er tat es nicht! Aber seine Märchen und Gerüchte wuchern weiter . . ." Durch diese Sätze hatte sich Dr. Hering beleidigt gefühlt.

Die Gerichtsverhandlung vom 10. März, während der der Beklagte Gleißberg die Absicht einer persönlichen Beleidigung in Ab-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260318/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

die Akte, im übrigen aber erklärte, daß er die Unrichtigkeit der beanstandeten Schriftstellen nach wie vor bestreite und das Bedauern, etwas zurücknehmen könne, hatte mit einem Beschluß gemäß, wonach die Urteilsverkündung bis zum 17. März ausgesetzt werden sollte. Sie ist nun am Mittwoch erfolgt. Das Urteil lautete auf Freisprechung! Aus der Begründung ging hervor, daß dem Beklagten nach Lage der Sache der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zuzubilligen war. Die Kosten des Verfahrens sowie die dem Beklagten entstandenen Auslagen hat der Privatkläger zu tragen.

Kaufmannsgericht

Tarifverletzende Abmachungen sind ungültig

Ein Reisender eines hiesigen Engrosgeschäftes hatte mit seiner Firma einen Anstellungsvertrag abgeschlossen, wonach er ein „garantiertes" Einkommen von 100 M. pro Monat gesichert ist. Außerdem wurde entgegen dem Großhandelstarif eine 14tägige Kündigung vereinbart. Da er aber mit seinem Einkommen nicht mehr auskommen konnte, kündigte er den Vertrag, strich die beiden Punkte des Vertrages, die sich mit der Bezahlung befaßten, und verlangte tarifmäßige Bezahlung. Die Firma lehnte dies jedoch ab und kündigte nun ihrerseits dem Reisenden Ende Februar die Stellung zu Ende März. Der Reisende klagte nun mit Unterstützung des Zentralverbandes der Angestellten Nachzahlung des Tarifgehaltes ab 1. Februar und Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist von 6 Wochen zum Vierteljahrsschluß. Vor Gericht erklärte die Beklagte, daß eine mündliche Teilabmachung eines Vertrages ungesetzlich sei und daß deshalb der ganze Vertrag noch bestehe und die Klage gegen den Tarif verstoße. Der Verbandsvertreter des Klägers machte demgegenüber aufmerksam, daß es nicht darauf ankomme, ob der Vertrag schriftlich sei oder nicht, sondern darauf, daß er gegen die Tarifverordnung vom Dezember 1918, die heute noch in Kraft sei, verstoße. Diese Tarifverordnung besagt, daß private Abmachungen ungültig sind, sofern sie für den Arbeitnehmer ungünstiger sind, als die Bestimmungen des Tarifvertrages. Der Verbandsvertreter erklärte dann weiter, daß der Großhandelstarif allgemeinverbindlich sei und deshalb auch für die Beklagte in Frage komme.

Das Gericht gab der Beklagten insofern recht, als die einmonatige Kündigung eines Vertrages unzulässig sei, im übrigen stellte es sich ganz auf die Seite des Klägers. Um nun einer Schadenklage zu entgehen und die Kosten zu sparen, erkannte die Firma auf dem Vergleichswege die Forderungen des Klägers: Bezahlung nach Tarif und Beendigung des Arbeitsverhältnisses am 30. Juni 1926 freiwillig an.

Stadtverordnetensitzung. Die Tagesordnung für die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten heute Donnerstag abend ist bereits nach den Bestimmungen der neuen Geschäftsordnung zusammengestellt. U. a. stehen zur Beratung: die Wiederbesetzung der durch den Uebertritt des Stadtbaurates Fleck in den Ruhestand am 30. April 1926 frei werdenden Stadtbauratsstelle für das Tiefbauwesen; Bewilligung von Mitteln zur Ausführung von Straßen- und Kanalbauten als Notstandsarbeiten; Schreiben des Rates auf den Antrag der Stadtverordneten, wonach entbehrliche Amtsräume bei den Reichs- und Landesbehörden dem Wohnungsamte zur Verfügung gestellt werden sollen; Schreiben des Rates auf Eingaben wegen Ergreifung von Maßnahmen zur Verhütung der Uebertragung von Geschlechtskrankheiten an den Volksschulen; Bewilligung von Mitteln für die Zwecke des Arbeitsschulverfahrens; Schreiben des Rates auf die Beschlüsse der Stadtverordneten, die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit betr.; Schreiben des Rates auf ein Gesuch um schleunige Bereitstellung von Mitteln zur kostenlosen Belieferung der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen und der Sozialrentner mit Kohlen, Kartoffeln und warmer Kleidung für die Frühjahrsmonate. Dann weist die Tagesordnung die in der Sitzung am vergangenen Donnerstag unerledigt gebliebenen Gegenstände auf, denen als weitere Beratungsgegenstände noch folgen: der Antrag, mit Nachdruck gegen die geplante Erhöhung der Mieten auf die Friedensmiete ab 1. April 1926 bei der Regierung umgehend vorstellig zu werden, und der Bericht des Verwaltungsausschusses, betr. Bewilligung eines Berechnungsgeldes zur Durchführung des Reichsgesetzes für die Zulassung eines Gesetzentwurfes über die Enteignung der Fürstenvermögen und des hierzu zu erwartenden Volksentscheides.

Das Wohltätigkeitskonzert, welches Elternräte und Lehrerschaft der 12. und 34. Volksschule zugunsten der Aermsten beider Schulen am Mittwoch im großen Saale der Constantia veranstalteten, hatte unbedingt einen noch größeren Zuspruch verdient, einmal um des guten Zweckes willen, zum andern, um den hervorragenden Künstlern, die sich zur Verfügung gestellt hatten, einen großen Dank zu bezeugen. Der Saal zeigte sich etwa zu zwei Dritteln besetzt. Der vielversprechende Abend begann mit dreiviertelstündiger Verspätung, dann aber spendete ein Füllhorn echte künstlerische Genüsse. Kein Geringerer als der deutsche Liederkönig, Kammersänger Plaschke, sang aus Wagners Werkeschaffen, aber von Brahms, Schumann und Franz, und der Konzertmeister des Staatsorchesters, Professor Bärtich, spielte bekannte kleinere und größere Violinwerke. Die Konzertsängerin Susanne Michel gab ferner zur Abwechslung entzückende Liedkompositionen, und der hier bekannte Sprechkünstler Johannes Paul Dichtungen von Schiller unter anderm zum Besten. Die Klavierbegleitungen am Reißhauer-Flügel hat der Musikdirektor Pembaur. Wahrhaftig ein Programm, wie man es in Solistenabenden in den Sälen der inneren Stadt für noch viel mehr Eintrittsgeld nicht geboten bekommt. Kr.

Neuer Dresdner Tierschutzverein. Die für Montag den 22. März angesetzte Vortragsveranstaltung: Tierschutz im praktischen Leben, muß aus technischen Gründen auf Montag den 19. April verlegt werden. Die Geschäftsstelle des Vereins, Zerrestraße 12, 2., ist täglich nachmittags von 4 bis 6 Uhr außer Dienstags, Donnerstags und Sonnabends vormittags von 10 bis 11 Uhr geöffnet. Tierärztliche Sprechstunden hält der Veterinärrat, Herr Generalveterinär Georg Schlog, regelmäßig Montags, Mittwochs und Freitags, nachmittags von 3 bis 4 Uhr, im Tierasyl, Dresden-N., Görlitzer Straße 19 (Straßenbahnlinie 5) ab.

Erhöhung des Schulgeldes bei den höheren Schulen Dresdens. Mit Rücksicht auf die ernste Finanzlage der Stadt genehmigte der Rat die Vorschläge des Schulamtes über Erhöhung der Schulgelder und Kostümersätze bei den höheren Lehranstalten ab 1. April.

In Ismians Thalia-Theater wird nur noch bis Ende dieses Monats das Lustspiel: Die Mühle von Sanssouci gegeben. Trotz weitgehendster kleiner Eintrittspreise gelten alle Vorzugskarten.

Richtigstellung. In der Nummer vom 3. März brachten wir unter Reuter: Ein netter Hauswirt, zu der der Hauswirt, Herr Roßberg, folgende Angaben macht: Die fragliche Aschengrube ist seit Jahren in Ordnung. Nach dem in der Notiz geschilderten Unfall untersuchte die zuständige Wohlfahrtspolizei die Grube und hielt eine Reparatur nicht für notwendig. Der Unfall, den Frau Wobst erlitten haben mag, muß daher rühren, daß der Aschengrubendeckel nach erfolgter Leerung nicht richtig in den Falz gelegt worden ist. Was die Kündigung einer Wohnung betreffe, sei festzustellen, daß die betreffende Wohnung vom Wohnungsamt freigegeben wurde, weil das Zusammenleben der Wohnung nicht dem Wert derselben entsprach und der Hauswirt vorher bereits drei Ersatzwohnungen geschaffen hatte.

Radlerunfälle. Auf der Löbtauer Straße verunglückte ein 13 Jahre alter am Crispiplatz wohnhafter Lagerist durch Sturz von seinem Rade. Er wurde schwerverletzt dem Krankenhause zugeführt. — In der Röthnitzer Straße kam am Dienstag ein 18 Jahre alter Radfahrer zum Sturz und erlitt bei dem Fall eine Gehirnerschütterung. Der Verunglückte mußte mit Sanitätswagen dem Krankenhause zugeführt werden.

Zu Pulsader aufgeschnitten hat sich in der Nacht zum Mittwoch ein in der Moritzstraße wohnhafter 25 Jahre alter Heizer, der nach der Heil- und Pflegeanstalt übergeführt wurde.

Jugendweihebezirk Dresden-Neustadt. Sonntag, früh 8 Uhr, Besprechungen im Jugendheim, Oppellstraße 12, 1.

Einzeichnungsergebnis zum Volksbegehren in der Stadt Dresden

Stadtbezirk	Reichstags-Stimmberg.	Stimmen b. d. Reichspräsidentenwahl SPD	KPD.	Unterschr. zum Volksbegehren
1./2. Neues Rathaus	9	2449	399	9397
3. Hauptstraße 5	10	2782	241	4748
4. Löbtauer Straße 2	12	5825	590	9823
5. Eliasplatz 5	12	4078	470	7420
6. Neues Rathaus	10	2414	280	s. 1./2. Bez.
7. Ostra-Allee 31	12	4093	660	7855
8. Radeberger Str. 1	10	3491	282	5849
9. Hauptstraße 5	6	2797	252	4626
10. Schnorrstraße 1	16	3669	272	6024
11. Kreuzerstraße 9	13	4320	280	6060
12. Lannerstraße 5	5	1397	146	2778
12. Leubnitz-Neuostra, Teichplatz 3a	2	822	89	1183
13. Fritz-Reuter-Str. 1	11	6713	745	10322
14. 52. Volksschule, Markgraf-Heinr.-Str.	17	5086	392	8763
15. Bürgerstraße 63	16	9989	779	15156
16. Ehrlichstraße 1	10	4289	494	7655
17. Schandauer Str. 36	12	5631	580	9590
17. 44. Volksschule, Salbachstraße 10	2	1089	105	1991
18. Bodenbacher Str. 29	4	1508	71	2494
19. Wilder-Mann-Str. 5	12	7555	613	11152
20. Lübecker Straße 121	10	7049	755	10837
21. Tharandter Str. 1	17	10527	824	16470
22. Wallwitzstraße 44	9	5734	426	8704
23. Röthnitzer Str. 2	7	2967	280	4800
23. Coschütz, Körnerstr. 17a	2	1170	104	1782
24. Louisenstraße 60	12	5501	896	9262
25. Kamelienstraße 8	18	4651	885	8294
26. Weißer Hirsch, Bautzner Straße 17	3	507	12	870
26. Bühlau, Bautzn. Str. 56	2	801	47	1311
27. Loschwitz, Grundstr. 3	4	1046	62	1546
28. Blasewitz, Naumannstraße 13	5	1283	105	1901
29. Leuben, Residenzstr. 23	8	1531	453	2784
29. Laubegast, Neue Schule	2	949	198	2057
29. Kleinzschachwitz, Hosterwitzer Str. 2	1	320	68	775
30. Mockritz, Residenzstr. 2	2	1180	148	1684
31. Kemnitz, Bahnstraße 15	4	2281	236	3402

Aus der vorstehenden Tabelle ergibt sich, daß in den einzelnen Stadtbezirken die prozentuale Zunahme der Unterschriften zum Volksbegehren gegenüber den sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen beim ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl sehr unterschiedlich ist. Während im Stadtbezirk Kleinzschachwitz die Zunahme 100 Prozent betrug, erreichte sie in Leubnitz-Neuostra, dem 12. Stadtbezirk, nur 30 Prozent. Eine kurze Uebersicht ergeben folgende Prozentzahlen: Kleinzschachwitz 100, Laubegast 96, Lannerstraße 5 80, Weißer Hirsch 64, Kamelienstraße 66, Tolkewitz 66, Eliasplatz 66, Markgraf-Heinrich-Straße 60, Ehrlichstraße 1 60, Bodenbacher Straße 57, Louisenstraße 60 57, Hauptstraße 5 57, Radeberger Straße 56, Schandauer Straße 56, Bühlau 54, Ostraallee 54, Löbtauer Straße 2 53, Schnorrstraße 1 53, Neues Rathaus 51, Hauptstraße 5 51, Kreuzerstraße 9 51, Röthnitzer Straße 2 50, Blasewitz 49, Tharandter Straße 45, Wallwitzstraße 41, Bürgerstraße 63 40, Coschütz 39, Loschwitz 39, Leuben 39, Fritz-Reuter-Straße 38, Lübecker Straße 38, Wilder-Mann-Straße 36, Kemnitz 36, Mockritz 32, Leubnitz-Neuostra 30.

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß in den meisten Fällen die Stadtbezirke mit geringem proletarischen aber stark bürgerlichem Einschlag, wie beispielsweise Kleinzschachwitz, Laubegast, Strehlen, Weißer Hirsch, Kamelienstraße, Bodenbacher Straße, Bühlau usw., meist einen Stimmenzuwachs haben, der sich wesentlich über den Durchschnitt erhebt. Proletarische Stadtbezirke dagegen, wie Coschütz, Leuben, Löbtau, Cotta, Vieschen, Mockritz usw., haben eine Beteiligung, die unter dem Durchschnitt steht. Daraus geht klar hervor, daß bei dieser großen Volksbewegung des Volksbegehrens große Kreise von uns erfaßt worden sind, die der Arbeiterbewegung bisher fern gestanden haben und die ihrem sozialen Milieu nach den Kreisen des Mittelstandes, der Intellektuellen, der Handels- und Gewerbetreibenden usw. entstammen.

Gute Ergebnisse aus der Umgebung

Freital. Hier haben sich 17 271 Wähler eingetragen, das sind über 72 Prozent der Wahlberechtigten. Es sind also bedeutend mehr Stimmen aufgebracht worden als Sozialdemokraten, Kommunisten und Zentrum bei der letzten Wahl erhalten haben. Im einzelnen wurden abgegeben in Deuben 6594 Stimmen von 9586 Wahlberechtigten, in Potschappel 5869 von 8112, in Döhlen 3155 von 4881, in Burgk 1554 von 1944 Wahlberechtigten.

Bannewitz	1946	Eintragungen	= 85,9 Prozent
Cunnersdorf	496	„	= 96,1 „
Dorfhain	436	„	= 53,9 „
Dölzschen	949	„	= 64,5 „
Gittersee	2181	„	= 84,1 „
Gompitz	170	„	= 64,8 „
Oberhermsdorf	881	„	= 66,7 „
Pesterwitz	783	„	= 83 „
Altfranken	116	„	= 80 „
Cossmannsdorf	1044	„	= 71 „
Dainsberg	779	„	= 68,9 „
Wurgwitz	1021	„	= 78 „
Großsilsa	466	„	= 50 „
Kleinnaundorf	981	„	= 98 „
Somsdorf	490	„	= 68 „
Pennrich	29	„	= 26 „
Weißig	919	„	= 88 „
Rabenau	1454	„	= 86 „
Zöllmen	48	„	= 40 „
Ruppendorf	258	„	= 53 „

Pirna. 3890 Einzeichnungen, gleich mehr als 50 Prozent gegenüber der bei der Reichspräsidentenwahl abgegebenen Stimmen.

Heidenau. Von 10 202 Wahlberechtigten haben sich 6710 für das Volksbegehren eintragen lassen, gleich 66 Prozent der gesamten Wähler und 88 Prozent aller Stimmen bei der Reichspräsidentenwahl am 26. April 1925.

Ein glänzendes Ergebnis zeigt Ottendorf-Okrilla. Von 3010 Wahlberechtigten machten 2915 von ihrem Recht Gebrauch. Gemessen an der letzten Wahl sind das nur 148 Stimmen weniger als alle Parteien damals zusammen erhalten haben.

In Radeberg haben sich zum Volksbegehren 5746 Personen von insgesamt 10 080 Wahlberechtigten eingetragen, gleich 56,5 Prozent aller Wahlberichtigten. Zur ersten Reichspräsidentenwahl im März 1925 wählten 3641 Wähler sozialdemokratisch und 486 kommunistisch, insgesamt also 1618 weniger als diesmalig zur Eingeichnung geschritten sind.

Eisenberg-Moritzburg. 396 Eingeichnungen. Das sind genau 40 Prozent der Wahlberechtigten. Gegenüber der letzten Reichstagswahl mit 268 sozialdemokratischen und 21 kommunistischen Stimmen bedeutet das einen recht guten Erfolg, vor allem, wenn man bedenkt, das sich mancher, der zur Zeit durch Pachtverträge und anderes auf die Wettiner Rücksicht zu nehmen glauben mußte, vor einer öffentlichen Stimmabgabe gescheut haben mag.

Großerkmannsdorf. Von 668 Wahlberechtigten zeichneten sich 364 Personen in die Liste zum Volksbegehren ein.

Wilschdorf. Hier wurden 528 Unterschriften abgegeben, das sind 75 Prozent der Stimmberechtigten zur Reichspräsidentenwahl. Sozialisten und Kommunisten erhielten bei der Reichspräsidentenwahl 841 Stimmen. Insgesamt wurden damals 606 Stimmen abgegeben. Außer den Landwirten hat sich die ganze Bevölkerung eingezeichnet.

Weißig bei Bühlau. 756 Einzeichnungen. Bei der Reichspräsidentenwahl haben 1090 Personen gewählt.

Radebeul. In die Liste für das Volksbegehren haben sich von rund 8800 Wahlberechtigten 3968, das sind 45,1 Prozent, eingetragen.

Kötzschenbroda. Von 11 739 Wahlberechtigten haben sich 4820 Personen eingetragen, und zwar von Kötzschenbroda-Hauptort 1732, von Naundorf und Zitzschewig zusammen 1285, von Niederlößnitz und Lindenau 675. Dies kommt einer Beteiligung von 36,88 Prozent gleich. Zum Volksentscheid sind 50 Prozent nötig. Parteigenossen und Genossinnen, richtet euch darauf ein! Vielfach konnte beobachtet werden, daß Frauen sich einzeichneten, während deren Männer dies unterließen. Es gilt also, die Säumigen aufzurütteln! Für die bis jetzt geleistete Arbeit allen Beteiligten besonders aber den Reichsbannerkameraden, herzlichen Dank. Zur nächsten Arbeit wird erwartet, daß sich auch die älteren Genossen mehr beteiligen.

Parteinachrichten für Groß-Dresden

Parteisekretariat: Wettinerplatz 10, I. r. Fernsprecher: Nr. 18367 und Nr. 18474

Gruppe Waldschlößchen. Genosse Hängekorb liest am Freitag im Gruppenlokal, Radeberger Straße, unter der Devise: Ergötzliches aus Bayern, Tirol und Steiermark.

Gruppe Trachenberge. Freitag, 8 Uhr, im Vergißmeinnicht Mitgliederversammlung. Vorstandsbericht — Vereinsangelegenheiten.

Gruppe Naußlitz. Gestern erschien unter Parteigruppe Naußlitz versehentlich eine Notiz der Jugendgruppe Naußlitz. Wir bitten, dies zu beachten.

Gruppe Dresden-Plauen. Sonnabend, 7½ Uhr, im Lagerkeller Gruppenversammlung. Vortrag des Genossen Leopold Nitzsche: Von Welten und Weltenschöpfung. Dieser Vortrag ist besonders auch für Frauen und Jugendliche bestimmt.

Gruppe Laubegast. Morgen Freitag, 7½ Uhr, im Jugendheim, Poßstraße 15, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Genossen Amtsgerichtsdirektors Weiland.

Frauengruppe Striesen 2. Freitag, 7½ Uhr, in der Erdkugel Vortrag der Genossin Hornoff: Die Frau in der Gegenwart! Nach dem Vortrag musikalische Unterhaltung.

Jungsozialisten. Die Gruppen Johannstadt, Altstadt und Heidenau haben die Ostfachsenfragebogen noch nicht eingesandt. Es wird um sofortige Erledigung gebeten.

Sozialistische Kinderfreunde

Kinderfreunde Gittersee. Freitag den 19. März, abends 7½ Uhr, bei Hamanns, Helfersitzung.

Laubegast. Die Besichtigung der Dresdner Volkszeitung am Sonnabend beginnt nicht 3 Uhr sondern bereits 2 Uhr. Treffen also eine Stunde früher.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Spielleute des Bezirks. Freitag abend 7 Uhr Uebung der Spielleute in Löbtau, Kirschberg, Hornisten in der Eule, Loschwitz, Grundstraße. — Alle Kameraden, denen auf die Vorzugskarten für den Film Freies Volk an der Kasse kein Geld abverlangt worden ist, wollen nunmehr den Betrag sofort in der Geschäftsstelle abliefern. Die Billettnummern sind festgestellt.

Ortsverein Elbaue. Am Montag findet im Jugendheim Leuben eine Freiligrath-Feier statt. Anschließend gemütliches Beisammensein. Frauen und Mädel sind mitzubringen. Am Sonntag ist Republikanischer Tag in Mazen. Alle Aktiven haben sich bereitzuhalten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Gruppe Altstadt. Der Gruppenabend fällt morgen aus. Zentrale Veranstaltng.

Zentrale Veranstaltung. Morgen Freitag veranstalten wir für die Kreise Altstadt und Neustadt einen

Löwe-Balladen-Abend

im Künstlerhaus, Grunaer Straße. Anfang 7½ Uhr, Einlaß 6½ Uhr. Ausführende: Herr Geo Becker, Herr J. von Meiswitz, Herr Nino Reidhardt. Karten zu 40 und 80 Pf. sind noch an der Kasse zu haben.

Kreis Altstadt und Neustadt. Die J.-G.-Mitglieder beider Kreise müssen morgen abend um 6 Uhr zum Einlaßdienst im Künstlerhaus sein.

Gruppe Leubnitz-Mockritz. Morgen Freitag Gruppenabend. Vorbereitung der Werbearbeit.

Gruppe Naußlitz. Donnerstag den 18. März treffen sich alle Funktionäre und Werbeleute pünktlich 7 Uhr im Jugendheim. — Freitag den 19. März gehen wir zum Sportkartellfest. Treffen (7) Gasthof Wölfnitz. Auch die kein Geld haben, sollen kommen, wir betteln uns Freikarten.

Gruppe Naußlitz. Alle Genossen und Genossinnen, die zu Ostern mitfahren, müssen bis spätestens 26. März an den Genossen Schiller 8 M. abliefern. Vergeßt es nicht! Sagt es weiter!

Wettervorhersage für den 19. März

Witterungsaussichten. Vorwiegend stark bewölktes, zu vereinzelten schwachen Niederschlägen neigendes Wetter. Temperaturen wenig geändert. Schwache Luftbewegung.

Allgemeiner Witterungscharakter der nächsten Tage. Zunächst keine wesentliche Aenderung.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag des Deutschen Landarbeiterverbandes

Am Montag begann in Berlin unter starker Beteiligung von in- und ausländischen Gästen und von Vertretern der Behörden der vierte Verbandstag des Deutschen Landarbeiterverbandes. Reichstagsabgeordneter Genosse Georg Schmidt begrüßte den Verbandstag und wies auf den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert hin, der viel getan hat, um die Landarbeiterbewegung zu einem beachtenswerten Faktor zu machen. Nach ihm sprachen die Vertreter der Behörden, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Schweizerbundes, des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe, des Internationalen Arbeitsamtes und der ausländischen Bruderorganisationen, die auf die Notwendigkeit guter Zusammenarbeit in der Zukunft hinwiesen.

Georg Schmidt gab dann die Uebersicht über das verlaufene Geschäftsjahr. Die Mitgliederbewegung zeigt, daß die Organisation seit Beendigung der Inflation in einem ansehnlichen Wiederaufstieg begriffen ist. Es konnten gegen Ende 1925 rund 167 000 Mitglieder gezählt werden. Der Stamm der Mitglieder wird durch die Landarbeiter gebildet. Von den über 100 000 Landarbeitern kommen zirka 60 000 Deputatarbeiter in Frage. Das zeigt entgegen allen Behauptungen der Gegner, daß die Organisation hauptsächlich in dem Gebiete des Großgrundbesitzes dominiert.

Der Verbandsvorstand hat sich gelegentlich der landwirtschaftlichen Ausstellung in Stuttgart bemüht, Zugang zu der Ausstellung zu finden. Das mißlang, weil es die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft nicht für nötig hielt, die Anfragen des Verbandes zu beantworten. Aus dieser Ablehnung spricht die Scheu vor dem Nachweis über die schlechten und mißlichen Lebensverhältnisse der deutschen Landarbeiter. Bezüglich der Zollgesetzgebung bemerkte Schmidt, daß das Zollprivileg der Landwirtschaft nur Nachteile und den Landarbeitern keine Vorteile gebracht hat. Schmidt forderte weiter die Einbeziehung der Landarbeiter in die Erwerbslosenversicherung und wies darauf hin, daß in den letzten Jahren in der Landwirtschaft versucht wurde, das Taylorsystem einzuführen. Die Landarbeiter müssen aber ablehnen, durch Prämienlohn übermäßige Leistungen aus dem Körper herauszupressen. Auf dem Gebiet der systematischen Landarbeitslehre und -forschung will der Verband gern mitarbeiten. Hier seien sehr viele Aufgaben zu erfüllen. Als Gefahr für die nationale Wirtschaft bezeichnete Schmidt die übermäßige Beschäftigung der ausländischen Arbeiter. Bezüglich der kommunistischen Bewegung stellte er fest, daß sie in der Landwirtschaft heute nichts mehr bedeutet".

Landeskonferenz der Eisenbahnassistenten und -sekretäre im Reichsbahndirektionsbezirk Dresden

Die am vergangenen Sonntag vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands nach Dresden einberufene Tagung war von 136 Vertretern aus dem gesamten sächsischen Bezirke besucht. Ferner war vom Hauptbeamtenrat Berlin, dem Bezirksbeamtenrat und Bezirksbetriebsrat Dresden je ein Vertreter erschienen.

Der Bezirksobmann, Eisenbahnsekretär Streit, Dresden, erstattete einen ausführlichen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse im Bezirk Dresden. Dabei behandelte er insbesondere die Anwärterfrage und stellte unter allgemeiner Zustimmung fest, daß in Deutschland wohl kaum noch ein andrer Betrieb vorhanden sei, der qualifizierte Bureauarbeiten durch Arbeiter im Tagelohn ausführen läßt. Es sei nun erfreulicherweise gelungen, im Stellenprogramm 1926 für die rund 2000 Anwärter 388 neue Eingangsstellen zu schaffen. Auf diesem Wege müsse zunächst bis zur Aufstellung einer neuen Besoldungsordnung, wobei die gesamte Einstufungsfrage einer Revision unterzogen werden müsse, versucht werden, die Gesamtstellenzahl zu erhöhen.

Ueber die besonders wichtige Frage „Lohntarifvertrag und Hilfsbetriebsassistenten" referierte der stellvertretende Bezirksobmann, Hilfsbetriebsassistent Schneider, Dresden, und betonte dabei insbesondere, daß die gesamten Anwärter eine Eingliederung in den Reichsangestellten-Tarifvertrag entschieden zurückweisen, da sie nicht auf ihre Rechte als Beamtenanwärter verzichten wollen. Einer Sonderregelung sei nur dann zuzustimmen, wenn sie keine Verminderung des Einkommens mit sich bringe, andernfalls müsse immer wieder, wie es bisher geschehen ist, versucht werden, eine höhere Einstufung der Anwärter im Lohntarifvertrag durchzusetzen.

Der Vertreter des Verbandsvorstandes, Schulze, Berlin, hielt einen ausführlichen und interessanten Vortrag über die Aufstiegsmöglichkeiten nach den neuen Laufbahnbestimmungen in die Gruppen 7 bis 9, das neue Stellenprogramm und die damit zusammenhängenden Berufsfragen. In der lebhaften Aussprache wurde anerkannt, daß der Verbandsvorstand und die Bezirksleitung sich redlich bemüht haben, die Interessen der Mitglieder zu vertreten.

Besonders bemerkenswert waren die Ausführungen des Bezirkssekretärs Oelkers, Dresden, in der Sekretärfrage. Die Konferenz konnte sich an Hand der vorliegenden Eingabe und der Antwort des Generaldirektors Oeser davon überzeugen, daß der Verband auch in dieser Frage die Interessen der Eisenbahnsekretäre entgegen anderslautenden falschen Behauptungen tatkräftig vertreten hat.

Als Bezirksobmann wurde der Eisenbahnsekretär Streit, Dresden, und als sein Stellvertreter der Hilfsbetriebsassistent Schneider, Dresden, von der Tagung einmütig wiedergewählt. Mit verschiedenen Mitteilungen des Bezirkssekretärs Stein über die Gründung einer neuen Beamtenkrankenkasse usw. nahm die gutbesuchte Konferenz ihr Ende.

Bestimmungen über die Arbeitsbücher

Der Rat zu Dresden, Gewerbeamt, teilt folgendes mit:

Minderjährige gewerbliche Arbeiter beiderlei Geschlechts (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Fabrikarbeiter) dürfen nur dann beschäftigt werden, wenn sie mit einem Arbeitsbuche versehen sind. Der Besitz eines nichtdeutschen Arbeitsbuches befreit nicht von der Verpflichtung zur Führung eines deutschen Arbeitsbuches.

Zur Führung eines Arbeitsbuches sind nicht verpflichtet:

1. Haussöhne und Haustöchter, die bei ihren Eltern und für diese, und zwar nicht gegen Lohn oder sonstige Vergütung, mit gewerblichen Arbeiten beschäftigt sind;
2. Personen, die in einem Gesindedienstverhältnis stehen;
3. gewöhnlichen, auch außerhalb des Gewerbes vorkommenden Arbeiten beschäftigten Tagelöhner und Hausarbeiter;
4. Personen, die als Angestellte (Geschäftsführer, Buchführer und dergl.) in gewerblichen Betriebsstätten beschäftigt werden, soweit sie nicht zu den Betriebsbeamten, Werkmeistern und Technikern gehören.

Die Ausfertigung der Arbeitsbücher erfolgt nur im Gewerbeamte, Neues Rathaus, an der Kreuzkirche 5, 2. Obergeschoß, Zimmer 217 bis 223. Die Person, für die das Arbeitsbuch ausgestellt werden soll, muß mit der schriftlichen Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (§ 108 der Reichsgewerbeordnung), der Geburtsurkunde, dem Schulentlassungszeugnis, dem Wohnungsnachweise und, wenn der eheliche Vater gestorben ist, der Sterbeurkunde, gegebenenfalls dem Vormundschaftsscheine in diesem Amte selbst erscheinen.

Die Arbeitgeber haben bei Beginn des Arbeitsverhältnisses das Arbeitsbuch einzufordern und sind verpflichtet, es zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses es dem ehelichen Vater, die zur gesetzlichen Vertretung berechtigte Mutter oder an den Vormund des minderjährigen Arbeiters, sofern diese es verlangen oder der Arbeiter das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, auszuhändigen; die Aushändigung kann im letzteren Falle auch an die zur gesetzlichen Vertretung nicht berechtigte Mutter oder einem sonstigen Angehörigen des Arbeiters oder an ihn selbst erfolgen, wenn die Gemeindebehörde des Orts, an dem er zuletzt seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat oder zuerst im Deutschen Reiche in Arbeit getreten ist, die Genehmigung dazu erteilt hat.

Bei dem Eintritte des Arbeiters in das Arbeitsverhältnis haben die Arbeitgeber im Arbeitsbuche die Zeit des Eintrittes und die Art der Beschäftigung, bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Zeit des Austrittes und, wenn die Beschäftigung Aenderungen erfahren hat, die Art der letzten Beschäftigung des Arbeiters einzutragen.

Die Eintragungen sind mit Tinte zu bewirken und von den Arbeitgebern oder den dazu bevollmächtigten Betriebsleitern, von diesen mit einem das Vollmachtsverhältnis ausdrückenden Zusatze zu unterzeichnen; sie dürfen nicht mit einem Merkmale versehen sein, das den Inhaber des Buches günstig oder nachteilig zu kennzeichnen bezweckt, auch sind Eintragungen eines Urteils über die Führung oder die Leistungen des Arbeiters und sonstige nicht auf Gesetz beruhende Vermerke in oder an dem Arbeitsbuche unzulässig.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschrift, nach der Eintragungen in das Arbeitsbuch nicht mit einem dessen Inhaber kennzeichnenden Merkmale versehen sein dürfen, sind mit Geldstrafe bis 2000 Mark und im Unvermögensfalle mit Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten bedroht, Zuwiderhandlungen gegen die anderen vorstehenden Bestimmungen ziehen Geldstrafe bis zu 20 Mark und im Unvermögensfalle Haft bis zu 3 Tagen nach sich.

Zwei intergewerkschaftliche Führerkonferenzen veranstaltet die Reichszentrale für Heimatdienst (Landesabteilung Sachsen) am 27. und 28. März in Dresden und Löbau. Die Verhandlungen darüber wurden mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften gepflogen und beschlossen, daß am 27. März, nachmittags 4 Uhr, in Dresden in der Aula des Wettingymnasiums zwei Vorträge gehalten werden, und zwar von Minister a. D. Wissell, Berlin, über: „Die Lage Deutschlands in der Weltwirtschaft" und von Dr. Röhr, Berlin, über: „Die Bedeutung der Rationalisierung der Wirtschaft insbesondere für die Arbeitnehmerschaft". Am 28. März, vorm. 9 Uhr, findet ein Vortrag statt über: „Gegenwartsprobleme des Arbeitsrechts". Die Delegierten zu diesen Konferenzen werden durch die Gewerkschaften bestimmt. Darüber hinaus können Interessenten Eintrittskarten bei den Gewerkschaften und von der Landesabteilung Sachsen der Reichszentrale für Heimatdienst in Dresden, Schloßstraße 34, erhalten bzw. anfordern. Für die Dresdner Konferenz kommen als Bezirke in Frage die Amtshauptmannschaften Dresden, Freiberg, Meißen, Kamenz und Pirna. Die Vorträge beginnen pünktlich.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell Groß-Dresden

1. Bezirk (Löbtitz-Torischaften mit Kaditz) Heim: Radebeul, Mittelstraße 2, Restaurant Scharfe Ecke. Freitag den 19. März, abends 7½ Uhr, Heimabend. Heiterer Buschabend mit Lichtbildern.

Sport • Spiel • Körperpflege

Sport gegen Alkohol

Wir wissen es genau und trotzdem glauben wir zu gern das Gegenteil: daß nämlich der Alkohol unsern Zellen keinen Sauerstoff zuführt, sondern wegnimmt, und daß die „Anregung" nur darin besteht, daß wir unsre Würdigkeit vergessen — bis zum nächsten Morgen.

Was hat der Sportler von den Wirkungen des Alkohols zu wissen? Zunächst, daß der menschliche Motor unter Druck gehalten werden muß, wenn er etwas leisten soll, und daß, wie die Röte der Haut anzeigt, der Alkohol dies vereitelt, daß weiterhin nach dem Genuß von Alkohol der Puls schneller schlägt und daher die Leistungsfähigkeit des Sportlers beeinträchtigt wird und schließlich der Alkohol die Nerven lähmt und der Sportler sich und seiner Mannschaft schadet, wenn er sich nicht mehr in der Hand hat.

Abhilfe? Keine Klagelieder, Handlungen sind nötig. Veranlassen wir die Gesundheitsbehörden, Turnhallen, Spielplätze und Schwimmgelegenheiten zu errichten und diesen Bauten vor der Erstellung neuer Gasthäuser — die bisherigen reichen vollkommen — den Vorzug zu geben. Der Bau eines Stadions bedingt die Schließung von hundert Likörstuben — und sicherlich auch eines Krankenhauses. So stellen wir das Alkoholkapital auf den Sport um.

Wir müssen in uns selbst Anregung und Energie finden, nicht im Likör und Schnaps. Der richtige Sportler braucht diese zweifelhaften Anregungen nicht, er meidet den Alkohol. Denken wir daran: man kann berauscht sein, ohne je betrunken gewesen zu sein.

teha.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund in Sachsen

Kreistag aller Sparten

Nachdem die Kreistagungen der einzelnen Sparten vorüber, fand am 14. März die Tagung aller Sparten statt, die die Aufgabe hatte, alle gemeinsam interessierende Fragen zu behandeln, und die allgemeine Linie für Taktik, für Politik zu bestimmen. Die Delegierten waren sich der Wichtigkeit ihrer Aufgabe (jeder Delegierte vertrat 1500 Mitglieder) bewußt. Das zeigte sich besonders in vorsichtigen Behandlungen der verschiedensten Anträge, von denen einige zurückgestellt, andre dem Kreisrat zur weiteren Entschließung übermittelt wurden. Der größte Teil der Anträge, vom Bezirk Leipzig gestellt, wurde angenommen. Die Berichte der Kreisleitung füllten mit der Aussprache, der nur durch Antrag auf Schluß Einhalt geboten werden konnte, den Vormittag restlos aus. Eine recht lebhafte Debatte entfachte die Schankkonzessionsfrage in den Eigenheimen. Es war erfreulich, welche Gegensätze in dieser Frage aufeinanderprallten. Erfreulicherweise setzte sich die Ansicht durch, die es verwirft, Erziehungsgrundsätze wegen finanzieller Stärkung, die durch Bierausschank erreicht werden soll, zu opfern. — Die Zahl der Unfälle ist im vergangenen Berichtsabschnitt zu groß gewesen; sie muß verringert werden. Besonders wertvoll waren die Ausführungen des Kreisvertreters und einiger Debatteredner in bezug auf die politischen und freigewerkschaftlichen Pflichten. Zu jeder Stunde müssen die Mitglieder darauf hingewiesen werden, daß es ihre Pflicht ist, tätiges Mitglied einer politischen Arbeiterpartei und der freien Gewerkschaft zu sein. — Ein trauriges Kapitel war die mangelhafte Abfuhr der Gelder für die Bundesschule. Es gibt heute noch eine ganze Anzahl von Vereinen, die noch keinen Pfennig von diesen Pflichtbeiträgen entrichtet haben. Dem Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß sich eine geringe Erhöhung des Kreisbeitrages (auf 5 Pf.) nötig macht, der einstimmig zugestimmt wurde. — Der Obmann der Techniker konnte über eine gute Zusammenarbeit der Sparten berichten. Als recht erfolgversprechend bezeichnete er die kürzlich in der Jugendfrage beschrittenen Wege. Die einzelnen Redner gingen mehr oder weniger auf die Tagesfragen, die gegenwärtig eine Rolle spielen, ein: Osteragitation, Bundesschule (Kontrolle über die Entnahme der Pflichtmarken), Jugenderziehung (zum politisch denkenden Menschen), Sportärzte, Kirchenaustrittsbewegung, Austritt aller Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder aus den bürgerlichen Vereinen, Pressefrage, Kreisunterstützungskasse, Jugendherbergswesen usw. — Am Nachmittag referierte der Bundesschulleiter, Genosse Benedix, über neuzeitliche Bestrebungen auf technischem Gebiet. Dieses Referat, das ebenfalls die Erziehung zu politisch denkenden Menschen berührte, wurde mit viel Beifall aufgenommen. — Nach der Verhandlung über die Anträge folgten die Neuwahlen, die einstimmige Wiederwahl des gesamten Kreisrates ergaben. Genosse Besecke gedachte besonders der an diesem Tage vollendeten 30jährigen Funktionärtätigkeit des Kassierers Gerwissen Kügel. — Im Anschluß hieran folgte ein Vortrag des Genossen Ramft über das Kreisfest 1927 in Chemnitz. (Näheres darüber folgt.) Es wurde beschlossen, schon jetzt Sparmarken unentgeltlich an die Vereine abzugeben. — Zum Schluß machte der Genosse Benedix noch einige Ausführungen über die Aufgaben des bevorstehenden Bundestages. Der gemeinsame Gesang des Sturmliedes beendete die letzte Kreistagung der sächsischen Arbeiter-Turner und -Sportler.

fzd.

Fußballsport

Der vergangene Sonntag hat nun auch in den Spielen um die Mitteldeutsche Verbandsmeisterschaft Klarheit gebracht. In den Vorrundenspielen standen sich gegenüber in Breslau: Breslau-Süd (14. Kreis) und Dresdner Sportverein (4. Kreis). Dieses Spiel endete 8:1 für Dresden. In Magdeburg: F. T. Braunschweig (2. Kreis) und Spielvgg. Ilmenau (5. Kreis). Es siegte Braunschweig 5:0. Es stehen sich also demnach im Entscheidungsspiel um die Mitteldeutsche Meisterschaft am 28. März gegenüber Dresdner Sportverein 1910 und F. T. Braunschweig. Das Spiel gelangt in Dresden zum Austrag und wird sicher wieder zu einem Ereignis werden. Siegt der Dresdner Sportverein, dann hat er nur noch zwei Spiele zu bestreiten, oder besser, zu gewinnen, um wiederum Bundesmeister zu sein.

hzd.

Bezirk Dresden. Die Schiedsrichterprüfung am 22. März findet im Volkshaus, Zimmer 4, statt, ebenfalls die am 25. März stattfindende Prüfung; Beginn 7 Uhr. An einen Abend findet ein Vortrag des Genossen Brückner statt, anschließend Regelbelehrung. Am 2. Abend ist die Fortsetzung der Regelbelehrung und schriftliche Prüfung. Alle gemeldeten Prüflinge haben zu erscheinen. Regelheft ist mitzubringen!

Turnspiele

Handball-Bezirksmeisterschaft. Sonntag, 21. 3., 8 Uhr, treffen sich auf dem Sportplatz in Coschütz, Obere Bernhardstraße, Coschütz 1 und Radeberg 1.

Raffball. Kappien 1 — Zschachwitz 1 5:1. Kappien 2 — Zschachwitz 2 1:4.

Arbeiter-Turn- u. -Sportbund. Bezirk Dresden. 1. Gruppe. Nächste Sitzung: 29. März, 7 Uhr, Volkshaus. Alle Vereine müssen ein Quartiervorsitzmitglied außer dem Vereinsvertreter entsenden. — 2. Gruppe (obere Vereine). 30. März, Turnhalle Wilschdorf, 7 Uhr. Vorturnerstunde. Turnwarte, bringt eure jungen Vorturner mit und die Vereinssportwarte. Vergeßt nicht, die Sportwarte am Sonnabend namentlich zu melden. — Dresden-Reick. 19. März, Gasthof Reick, außerordentliche Versammlung (Sportheimangelegenheiten). 30. März, Grüne Wiese, Versammlung (Berichte, Agitation). — Turnerschaft Striesen. 20. März, Vorturnerstunde, 6½ Uhr, Junghannsstraße; 9 Uhr, Sitzung bei Kümmels. — Turnerschaft Kaditz. Das Turnen fällt Freitag aus. Sonnabend: Wanderung nach Reichenberg. Stellen 6½ Uhr, Rankeschlößchen, Turnsachen sind mitzubringen.

Verein für volkstümlichen Wassersport. Gruppe Altstadt-Ost, Abt. Leichtathletik. Versammlung, 22. März, 8 Uhr, Löschergarten, Augsburger Straße, Ecke Löscherstraße. — Bootabteilung. Jugend. 18. März, Versammlung, 7½ Uhr, Volkshaus.

Arbeiter-Radfahrer-Bund. Gaubundfest der Gaue 7, 8 und 10, Ostern, 3., 4. und 5. April, in Berlin, Friedrichshain. 3. April: Empfang der Gäste im Friedrichshain. 4. April, 8 Uhr: Vorwettbewerbe, 2 Uhr: Abmarsch der Festzüge; 6 Uhr: Hauptprogramm. 5. April: Autorundfahrten in Berlin. Für den Festzug sind die Richtlinien des Gausportausschusses maßgebend. Kleidung: Kurze Hose, weißes Hemd, ohne Kopfbedeckung. Alle verfügbaren Banner sind mitzuführen, sonst Ortsgruppenschilder. Sämtliche Reigenmannschaften sind verpflichtet, sich am Korso zu beteiligen. Meldungsschluß: 20. März. A. Köhler.

Rennfahrer-Abt. Groß-Dresden. 21. März, früh 8 Uhr, Treffen am Lindengarten, Trainingsfahrt, Strecke: Dresden—Lausnitz—Dresden. 2. Osterfeiertag: Ausfahrt, Strecke: Dresden — Meißen — Großenhain — Moritzburg — Dresden. Abfahrt früh 8,30 Uhr, Frischauf-Schänke, Könneritzstraße. Nächste Versammlung: 9. April, Frischauf-Schänke. Gäste willkommen.

Volksgesundheit Groß-Dresden. Sitzung der Vereinsvertreter, Dienstag, 23. März, 9 Uhr, Volkshaus. — Arbeiterverein für Biochemie. Vortrag des Genossen H. Wolf über: „Der Atmungs- und Gefäßsystem und seine Erkrankungen". Beginn 7½ Uhr, Volkshaus, Zi. 4. — Dr.-West. 18. März, 8 Uhr, Frauenabend im Vereinsheim, Steinbacher Str. — Dr.-Neustadt. 27. März, 17. Gründungsfeier, Reichskrone.

Plauenscher Grund und Umgegend

Freier Turn- und Sportverein Freital-Potschappel. Alle Genossen, welche dem Spielmannszug angehört haben, werden ersucht, 19. März, 7½ Uhr, in der Frohen Schicht zu erscheinen. Die Leitung übernimmt der Genosse Dienel. Interessenten willkommen.

Freier Turn- und Sportverein Freital-Burgk. 21. März, Kinderaufführungen in der Teichschänke. 18. März fällt die Versammlung aus, dieselbe findet erst am 28. März statt. Die Turnstunden für Mitglieder sind von Donnerstags wieder auf Freitag verlegt worden.

Fußballabteilung Kleinnaundorf. 10. Stiftungsfest vom 6. bis 9. Mai. 9. Mai, große Werbestaffel, Start Possendorf, Ziel Sportplatz. Die Vereine wollen diese Tage frei halten. Näheres folgt. — 21. März, 3½ Uhr, Kleinnaundorf Knaben — Possendorf Knaben. 19. März, nach der Uebungsstunde Versammlung im Gasthof. Alle Teilnehmer für den Kursus der Schiedsrichter, 22. und 25. März, müssen anwesend sein.

Schwimmabteilung Volksgesundheit, Freital. 31. März, Besichtigung des Freitaler Heimatmuseums, 9½ Uhr, am Steuerhaus. 19. März, Vorstands- und technische Ausschußsitzung.

Arbeiterradfahrer Bannewitz. Versammlung findet am Freitag, 19. März, Gasthof Bannewitz, statt.

Naturfreunde. Ortsgruppe Plauenscher Grund und Abteilung Hainsberg-Tolkmannsdorf. 20. März, Gasthof zum Steiger, Bezirksabend (Theater, Mandolinenvorträge, Gesang, heitere Vorträge), 7 Uhr, Eintritt 50 Pf. Die Anwesenheit aller Mitglieder mit Angehörigen (in Sportkleidung) ist erwünscht.

Sporthaus Klügel Dresden-Fr. Schützenstraße 31

(Geschäftsstelle des Arbeiter-Turn-Verlages) liefert alles für Sportgeräte, Sportkleidung aller Art.

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt ein Prospekt „Großer Gardinen-Verkauf" des Modehauses Renno bei, der dem Leser die Fülle und Preiswürdigkeit einiger Abteilungen und Läger des großen Hauses in sachlicher Weise vor Augen führt. Sollte durch ein Versehen diese interessante Beilage unserem Blatte fehlen, so genügt eine schriftliche oder telephonische Anforderung bei obengenannter Firma, um diesen Prospekt umgehend und kostenlos zu erhalten.

Es ist eine große Annehmlichkeit und für die sparsame Hausfrau von unschätzbarem Wert, ein für alle Zwecke verwendbares Putz- und Poliermittel zu besitzen, welches in einer handlichen Packung auf den Markt kommt. Das in sparsamen Streudosen gepackte **VIM** vereinigt alle diese Vorzüge in sich und ist deshalb seit langem bei Millionen von Hausfrauen in ständigem Gebrauch. Man verwende VIM auch zur Reinigung der Hände nach schmutziger Arbeit. Es greift die Haut nicht an.

Veränderung in der Seestraße. Das dem Dresdner Bürger seit langer Zeit gewohnte Geschäftsbild der Seestraße wird kommt mit dem morgigen Tage ein verändertes Gepräge. Im Grundstück Seestraße 6, Ecke Zahnsgasse, war 86 Jahre lang die bekannte Kunstmöbelfabrik von Rudolf Bogier & Co. heimisch. Wohl wird den meisten Passanten nicht entgangen sein, daß sich in den letzten Wochen im ganzen Hause geschäftige Hände regten, geschützt vor den wißbegierigen Augen lediglich durch ein Schild der Dresdner Einrichtungsfirma Albin Lasch & Co. Nun wird, wie über Nacht hingezaubert, hierselbst ein großes Geschäftshaus in neuzeitlichem Gewande für Strumpf-, Woll- und Wirkwaren, Trikotagen und Herrenartikel eröffnet. Schon weit vom Altmarkt her wird die Firma leuchten: **Strumpfhaus Seestraße 6, G. m. b. H.** Trotz der schweren Zeit verkörpert das neue Unternehmen einen stets zu begrüßenden Optimismus und Wagemut.

Verantwortlich für Sachsen: Max Sachs; für Gewerkschaftliches: Hans Finterbusch; für Dresdner Chronik, Aus der Umgebung: Franz Dolzapfel; für den Unterhaltungsteil: Paul Wachmann, Dresden; für Politik, für Lokales aus Freital und aus der Umgebung: Kurt Seilbut, Freital; für Inserate: Max Weidels, Dresden. Druck und Verlag von Naber & Comp., Dresden.

Aus dem Wirtschaftsleben

Die Nachrichten über die wirtschaftliche Lage lauten noch immer sehr wenig tröstlich. Nach den Mitteilungen der preußischen Handelskammer zeigten sich im Februar nur sehr wenig Anzeichen von wirtschaftlicher Erholung. Nur einzelne Wirtschaftszweige, wie die Metallindustrie und das Nahrungsmittelgewerbe zeigten bessere Absatzverhältnisse. Im Ruhrbergbau machten sich im Monat Februar erneute Zeichen einer Verschlechterung bemerkbar. Die Zahl der Feierschichten im Monat Februar überstieg selbst die Höchstziffern des vergangenen Jahres. Auch in Oberschlesien ging der Absatz im Februar zurück. Im mitteldeutschen Braunkohlengebiet wies die Förderung einen Rückgang auf, ebenso auch der Brikettabsatz. Der Gesamtabsatz von Kali wird für den Februar auf 1,7 Millionen Doppelzentner geschätzt gegenüber einem Januarabsatz von rund 950 000 Doppelzentnern. Die Abrufe der deutschen Landwirtschaft haben zwar zugenommen, werden aber durch die schwierigen Geldverhältnisse beeinträchtigt. Der Roheisenmarkt lag im Ruhrgebiet noch ganz still, während sich auf dem Walzeisenmarkt die Lage gegenüber dem Vormonat im großen und ganzen nicht geändert hat. In Oberschlesien ist eine kleine Besserung eingetreten, doch von den Sachsen stehen nur noch vier im Feuer. In der Kleineisenindustrie des bergisch-märkischen Landes ging der Aufwärtsgang weiter zurück. In der Maschinenindustrie hat die Lage nach wie vor recht schwierig, wenn sich auch in verschiedenen Fällen wohl eine Besserung zeigte und sich insbesondere die Nachfrage nach Spezialmaschinen gebessert hat. Die Wirtschaftslage der chemischen Industrie ist im Vergleich zur allgemeinen Lage günstig, und die elektrotechnische Industrie hat sich im Februar etwas belebt. In der Automobilindustrie trat eine langsame Zunahme der Aufträge ein. Die Papierindustrie erfuhr eine schwache Belebung, während aus der Textilindustrie noch sehr lebhafte Klagen kommen. So ist in der Tuchindustrie der Auftragseingang sehr gering, und auch die münsterländische und die Mönchen-Gladbacher Industrie klagen über schlechte Beschäftigung und schlechte Auftrags- und Geldeingänge. Wie bereits berichtet wurde, hat die Leipziger Messe auch keine deutlichen Anzeichen für eine Wendung unsrer Wirtschaftslage gebracht, und auch die Breslauer Messe, die vor einigen Tagen stattfand, hat nur wenig erfreuliche Ergebnisse gebracht.

Das Reich will bekanntlich die so schwer darniederliegende Wirtschaft durch

Kredite

wahrlich 100 Millionen Mark sollen als **Darlehn an die Reichsbahn** gegeben werden. Die Waggonfabriken aber, die ganz besonders schwer unter der Wirtschaftskrise leiden, können nicht darauf rechnen, mit Hilfe dieser 100 Millionen ausreichende Beschäftigung zu bekommen. Wie in einer Denkschrift des Einheitsverbandes der Eisenbahner nachgewiesen wird, verfügt die Reichsbahn über Lokomotiven in ausreichender Zahl, und von den 666 000 Güterwagen stehen wegen mangelnden Verkehrs etwa 134 000 abbestellt werden. Hingegen ist der Oberbau der Eisenbahn sehr verbesserungsbedürftig. Er soll den Anforderungen der inzwischen verbesserten Bremstechnik vielfach nicht gewachsen sein. Bei einer Arbeitszeit von sechs Monaten, so führt die Denkschrift aus, könnten 11 000 Aushilfsarbeiter beim Oberbau der Reichsbahn Beschäftigung finden. Der Belebung der Wirtschaft soll ja auch die Garantie dienen, die das deutsche Reich für **Ausfälle aus dem russischen Geschäft** übernimmt. Die Garantie geht bis zu 65 Millionen, das sind 35 Prozent eines 300-Millionen-Kredits, den eine deutsche Bankengruppe zur Verfügung stellt. In der Leipziger Zeitung wirft ein Dr. L. Lehrfreund die Frage auf, ob diese Garantiegewährung verantwortet werden könne. Er glaubt diese Frage entschieden mit Ja beantworten zu können. Die russische Einfuhr richtet sich nicht nur nach dem wirklich unabweisbaren Bedarf an Industrieerzeugnissen, sondern wird nach dem Exporterlös ausbalanciert. Als sich in diesem Jahre herausstellte, daß die Getreidebeschaffung den gehegten Erwartungen nicht entsprach, wurde die Einfuhr sofort begrenzt. Während der letzten drei Jahre hatte der russische Außenhandel bei einem Gesamtumsatz von 3645 Millionen Rubel einen Aktivsaldo von ganzen 45 Millionen, während Deutschland im ersten Jahre ein Passivsaldo seiner Handelsbilanz von 4,5 Milliarden zu leiden konnte, ohne daß seine Währung erschüttert wurde. Daraus geht hervor, daß Rußland, wenn ihm mehrjährige Kredite gewährt werden, das Passivum seiner Handelsbilanz viel größer gestalten kann. Alle Anzeichen sprechen in Rußland für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung. Die landwirtschaftliche Produktion erreichte im letzten Jahre 73,9 Prozent der Vorkriegsproduktion. Die industrielle Gesamtproduktion stieg im Jahre 1924/25 gegenüber dem Vorjahr um 53,7 v. H. und erreichte mit 3,05 Milliarden Rubeln 70,8 Proz. des Wertes vom Jahr 1913. Die Durchschnittsleistung eines Arbeiters hatte im September 1924 pro Arbeitstag einen Wert von 4 Rubel 49 Kopeken, im September 1925 war der Wert auf 6 Rubel 14 Kopeken gestiegen. Auch durchschlagende politische Bedenken lügen gegen die Kreditwürdigkeit Rußland nicht vor. Man sei sich in Rußland durchaus darüber klar, daß das Land auf Jahrzehnte hinaus der Unterstützung und Kreditierung seitens Europas und Amerikas bedürfe und aus seinem ureigensten Interesse werde Rußland seine Verpflichtungen erfüllen. Es sei deshalb nicht anzunehmen, daß der Haushalt des Reiches und der Länder durch die Staatsgarantie irgendwie belastet wird. Der deutsche Anteil an der russischen Einfuhr, der vor dem Kriege 50 Prozent betrug, und noch 1922/23 41,8 Prozent, sank 1923/24 auf 25,5 und 1924/25 auf 16,1 Prozent. Es zeigt sich also, daß in der Tat Maßnahmen notwendig sind, um die deutsche Ausfuhr nach Rußland zu stärken. Es wird allerdings der deutschen Industrie schwer werden, ihren Absatz im Ausland zu erweitern, wenn ihr auch weiterhin durch die

die Kartelle

der Rohstofflieferanten die Preise so stark verteuert werden. In der Eisenindustrie ist seit dem Wirksamwerden der Eisenzölle am 10. Januar 1925 die industrielle Verbandsbildung schnell fortgeschritten und hat alle Eisen- und Stahlprodukte erfaßt, vom Rohstahl angefangen bis zu den Eisenblechen. Eine gewisse Schranke für die Preisbewegung wurde nur aufgerichtet durch die Konkurrenz der Saarwerke, die zu niedrigeren Preisen liefern konnten, weil ihnen der Zoll gestundet wurde. Nun ist es der Schwerindustrie gelungen, diese unangenehme Konkurrenz dadurch auszuschalten, daß man den selbständigen deutschen Eisenhandel gezwungen hat, in Zukunft keine Ware mehr aus dem Ausland zu beziehen. Es sind fast sämtliche Handelsfirmen von Mittel-, West- und Ostdeutschland in drei Verbänden zusammengeschlossen, die sich zu einheitlicher Preisgestaltung bei Einkauf nur von deutschen Werken verpflichtet haben. Nur die süddeutschen Handelsfirmen stehen noch abseits. In Berlin sind allerdings auch noch eine Reihe von Handelsfirmen vorhanden, die nicht dem zuständigen Eisengroßhandelsverband angehören und die ausländisches, in erster Linie Saareisen handeln. Aber in Mitteldeutschland fehlt diese preisregulierende Konkurrenz und die Folge ist, daß die Preise um ungefähr 20 Prozent höher sind als in Berlin. Seit dem 1. Februar ist eine Preissteigerung um etwa 30 Prozent erfolgt. Die Entschädigung des Eisenhandels für den Verzicht auf das Geschäft mit ausländischer Ware erfolgt auf Kosten des Verbrauchs. Wir rücksichtslos die Händlerverbände vorgehen, geht aus einem Zirkular eines Eisengroßhandelsverbandes hervor, in dem es heißt, etwa eintretende Umsatzsteuerermäßigungen sind bei obigen Preisen berücksichtigt und dürfen nicht vergütet werden. Die eisenschaffende Industrie gewährt zwar die eisenverarbeitenden Industrie für die Ausfuhr Vergütungen, die auf Grund der Differenzen zwischen dem Weltmarkt- und dem Inlandpreis festgesetzt werden, aber diese Sätze konnten den von vielen Eisenverarbeitern tatsächlich gezahlten Preisen nicht nachkommen und die erheblichen Handelsaufschläge müssen nun erst recht den Zweck der Exportrückvergütung gefährden, denn die Aufschläge werden bei der Festsetzung der Exportprämien in keiner Weise berücksichtigt. Unter diesen Umständen ist es wirklich kein Wunder, wenn die weiterverarbeitende deutsche Industrie so schwer auf dem Weltmarkt zu ringen hat. Und da bringt man es immer wieder fertig, uns zu erzählen, daß Löhne, Soziallasten und Steuern an den Schwierigkeiten der deutschen Industrie schuld seien. Die Schwierigkeiten, mit denen die Eisenindustrie vielfach zu kämpfen hat, sind die Ursachen dafür, daß man versucht, internationale Kartelle zu errichten. Am 11. d. M. haben in Paris Abschlußverhandlungen zur Neugründung eines internationalen Schienenkartells begonnen, das inzwischen auch perfekt geworden ist. Im Anschluß daran wird

die Frage des internationalen Eisenkartells

von neuem erörtert werden. An den Besprechungen beteiligten sich nicht nur Vertreter der deutschen und französischen, sondern auch der englischen und amerikanischen Schwerindustrie. Der Teilnehmerkreis umfaßt also praktisch die wichtigsten Eisenindustrien der Erde. Bei der Errichtung eines solchen Kartells wird die Hauptschwierigkeit die Verteilung der Absatzquoten sein, um die ein lebhafter Kampf zwischen den Beteiligten beginnen dürfte. Für die Verbraucher wäre die Bildung eines derartigen Kartells eine erhebliche Gefahr. Noch mehr als bisher wären sie der Gefahr ausgesetzt, von den Eisenkartellen rücksichtslos ausgebeutet zu werden und es würde Aufgabe insbesondere der deutschen Regierung sein, sich unter Umständen recht energisch um die Preispolitik der Eisenindustrie zu kümmern. Mit einem internationalen Eisenkartell, das den Absatz verteilt, verlören allerdings die Eisenzölle ihre Bedeutung. Das wäre allerdings im Interesse einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung durchaus wünschenswert. Besondere Bedeutung hätte das für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. In einer Schrift über

das Ruhr-Lothringische Industrieproblem

führt der amerikanische Sachverständige Gun Greer aus, daß die früher bestehende Ergänzung und Arbeitsteilung zwischen Ruhrkoks und lothringischem Eisenerz unbedingt in irgendeiner Weise wiederhergestellt oder durch eine andere Form ersetzt werden müsse, wenn die westeuropäische Schwerindustrie und überhaupt die westeuropäische Wirtschaft wieder zu ihrer alten Leistungsfähigkeit kommen solle. Das Problem könne am besten dadurch gelöst werden, daß die früher zwischen Ruhr-Lothringen bestehende Arbeitsteilung auf Grund deutsch-französischer Zusammenarbeit wiederhergestellt würde und die Regierungen müßten die Grenzen für den Ausbau von Kohle, Koks, Eisenerz und Roheisen völlig freigeben. Das müßte der Grundzug eines endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrages sein. Eine solche Zusammenarbeit wäre freilich dringend notwendig, nur ist zu fürchten, daß dann, wenn die Eisenindustrie völlig international kartelliert ist, die Vorteile im wesentlichen nur den Eisenkapitalisten zugute kommen.

Verhältnismäßig günstig lauten die Berichte der Unternehmungen des

Siemens-Konzerns.

Während diese Gesellschaften im ersten Geschäftsjahr nach der Inflation dividendenlos blieben, soll diesmal eine Dividende verteilt werden. Die Verwaltung von Siemens u. Halske schlägt die Verteilung von sechs Prozent auf ein Stammkapital von 91 Millionen Mark vor, ebenso wollen die Siemens-Schuckert-Werke, G. m. b. H., sechs Prozent auf 90 Millionen Mark verteilen und die S.-A., vormals Schuckert u. Co. in Nürnberg, vier Prozent auf 49 Millionen Mark. In dem Geschäftsbericht wird gesagt, daß die Werke während des ganzen Jahres reichlich beschäftigt waren, aber der Gewinn wird als unzureichend bezeichnet. Dabei kann sich die Verwaltung die übliche Klage über die zu hohen Löhne nicht verkneifen. Es wird gesagt, daß die durch Rationalisierung und Weiterentwicklung der fließenden Fertigung erzielten Vorteile sich zwar günstig ausgewirkt, aber bei weitem nicht hingereicht hätten, den Einfluß der vermehrten Lasten und der starken Lohn- und Gehaltssteigerungen auszugleichen. Der Glaube an die Möglichkeit, die Kaufkraft in einem kapitalarmen Lande durch Steigerung des Lohnniveaus zu erhöhen, erwiese sich immer deutlicher als irrig. Wenn auch einzelne Gruppen der Beschäftigten eine Verbesserung der Lebenshaltung erreicht hätten, so sei das mit zwei Millionen Arbeitsloser erkauft, die ihres Lohnes beraubt worden wären. Mehr Einsicht als der Verwaltung des Siemens-Konzerns zeigt ein Mahnruf des Leipziger Einzelhandelsverbandes an seine Mitglieder, der darauf hinweist, daß besonders diejenigen Geschäfte Not leiden, die in reinen Arbeitergegenden liegen. Das Problem eines Ausgleichs zwischen durchschnittlichem Lohneinkommen und durchschnittlicher Preishöhe für Gebrauchsgegenstände sei noch nicht gelöst, sondern im Gegenteil von einer Lösung weiter als je entfernt. Die Aeußerung der Herren vom Siemens-Konzern in ihrem Geschäftsbericht ist allerdings wieder einmal einer von den vielen Beweisen, die das geringe volkswirtschaftliche Verständnis vieler unserer sogenannten Wirtschaftsführer zeigen. Ist es doch ein Irrtum, wenn man glaubt, daß durch niedrige Löhne eine Gewähr für eine rasche Beseitigung unseres Kapitalmangels geboten wird. Bei hohen Löhnen würde es vielen Unternehmern viel eher möglich sein, Kapital anzusammeln, weil sie dann größeren Absatz und höhere Gewinne erzielten als heute, selbst wenn sie sich mit geringeren Aufschlägen auf ihre Waren begnügten.

Aus den Spezialrezepten der B. M. W. Nürnberg, der bewährten Lebensmittelfabrik:

Resi-Nocken

bereiten Leichtverdaulichkeit, höchsten Nährwert und größten Wohlgeschmack durch Verwendung der an Vitaminen und besser Alpenmilch reichen bayerischen Kernmargarine „Resi".

Herstellung: Man läßt auf dem Feuer 120 g Gries in knapp ½ Ltr. Milch dick aufquellen und verrührt 50 g „frische Resi" und 3 Eier damit. In einer Pfanne erhitzt man ¼ Ltr. Milch, 60 g „frische Resi" und 40 g Zucker, sticht mit kleinem Löffel vom Gries Nocken ab, läßt sie in die kochende Milch gleiten und dämpft sie gut zugedeckt langsam gar, wendet sie mit einer Backschaufel und richtet sie, das sie auf beiden Seiten delbraun, mit Zucker und Zimt bestreut an.

Und aufs Brot

die frische Resi

Die bayerische Kernmargarine

Beim Einkauf von jedem Pfund verlange man gratis den neuesten Band der Resi-Haushücherei. General-Vertreter der B. M. W. Nürnberg: Georg Sprich, Dresden, Weißeritzstraße 56, Telephon 14 625

Kranke, verzaget nicht!

Kommen Sie zu mir zur

Untersuchung

und bringen Sie auch noch eine Flasche ihres Morgenurins mit, welcher in meinem Laboratorium in Zeitz chemisch und mikroskopisch untersucht wird.

Augendiagnose,

wenn dieselbe wissenschaftlich anerkannt ist.

Ich behandle seit 25 Jahren mit nachweislich sehr gutem Erfolge alle noch heilbaren Krankheiten durch Biochemie, Naturheilkunde und Homöopathie.

Sprechstunden jetzt am Sonnabend in Dresden-Trachau, Wilder-Mann-Straße 38, von 8–12 und nachm. von 3–7 Uhr und zwar regelmäßig aller 14 Tage Sonnabends, auch wenn es nicht in der Zeitung steht. (1941

Paul Bohn, Heilkundiger.

Hahns Fahrradhaus

Hast Du einen Bruch im Rahm'

so merke Dir:

Geh' gleich zu Hahn

Stiftstraße 4.

Alle Reparatur-, Spezial-Rahmenbrüche, Vernickelung, Emaillierung. (b 319

Eier

große, frische Ware (b 339

Stück **10** Pf.

Berlin, Sonnabend, empfiehlt Donath, Antonsmarktballe, Galerie, Stand 25, Eingang Leipzig. 1.

Konfirmandenbekleidung

zu Sonderpreisen

Mäntel

Backfischmantel in Covercoat, reizend, kleidsames Fasson 7.90

Frühjahrsmantel a. kar. Donegalstoffen, mod. Muster, engl. Art, saubere Verarbeitung 9.75

Vornehmer Mantel vorzügl. Sommerstoff, mod. schöne Farbe, elegante Ausführung . 12.75

Kleider

Praktisches Kleid a. prachtv. Ueberfangkattunstoff, in kleidsamer Ausführung 12.75

Elegantes Kleid aus schön. Köpersamt, solide Qualität, sparte Machart . . 15.75

Cellonakleid in eleganter Verarbeitung, reine Wolle mit Seide 19.75

Ein Posten **Ripskostüme** in modernen, feinen Farben Jacke ganz gefüttert, und mit aparter Falten- und Stickerei-Garnierung . . 35.00

Wettinerstr. 3

LUDWIG BACH & CO

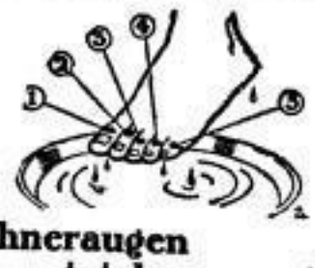
Oschatzerstr. 76-18

11362

Konfirmanden-Stoffe

Hermann Scholz

Dresden-A., Marienstraße 9, Eingang Portikus



Hühneraugen total ausgerottet!

Hühneraugen schmerzen so lange, bis Sie den Haupterreger dieser Schmerzen beseitigt haben, nämlich — die Wurzeln dieser Hühneraugen. Diese schwierige Arbeit verrichtet Krudox in bewundernswerter Weise. Lesen Sie bitte, was man uns schreibt:

H. Hoffmann, Bad Wörishofen (Bayern) 18. 2. 26.

„Ich muß Ihnen all' meine Anerkennung betr. Ihres Hühneraugenmittels Krudox zukommen lassen. Habe schon seit langer Zeit alle möglichen Pflaster und Mittel versucht, aber ohne Erfolg, trotz der sachlichen Anwendung. Seit 6 Tagen gebrauche ich Ihr Krudox und **meine Hühneraugen sind total ausgerottet.** Krudox ist der besten Empfehlung wert. Alle Achtung vor Ihren Chemikern."

KRUDOX

HÜHNERAUGEN-BAD

In Apotheken, Drogerien und Parfümerien M. 2.60 pro Packung (enthält 5 Bäder)

BEUTHIEN & SCHULTZ G. M. B. H., BERLIN N 39

In Apotheken, Drogerien und Parfümerien M. 3.– pro Packung.

BEUTHIEN & SCHULTZ G. M. B. H., BERLIN N 39

Vertretung und Auslieferungslager für den Freistaat Sachsen: ALFR. ORTMANN, LEIPZ.-STOTTERITZ, HOLZHAUSERSTR. 6. FERNRUF: 6282

Bunte Tageschronik

Meineidsprozeß Hölscher. In der Mittwoch-Verhandlung, die wiederum durch Krampfanfälle des Angeklagten Dr. Hölscher unterbrochen wurde, machte der Vorsitzende diesem und seinen Genossen eine Reihe von Vorhaltungen zu ihren bisherigen Aussagen. Dem Angeklagten Szidat wurde vorgehalten, daß seine Darstellung, er hätte während seiner Tätigkeit als Bauarbeiter stundenlange Beobachtungen als Detektiv machen können, nicht der Wirklichkeit entsprechen könne. Szidat bleibt bei seiner Aussage. Nun wendet sich der Vorsitzende an den Angeklagten Viergutz, um seine Tätigkeit als Lockspitzel in einem der Berliner Absteigequartiere zu klären. Vorsitzender: Angeklagter Viergutz, sind Sie schon früher einmal in dem Absteigequartier in der Nettelbeckstraße mit andern Frauen gewesen? Angeklagter: Das glaube ich nicht. Vors.: Früher haben Sie gesagt, Sie seien schon zweimal dort gewesen und hätten immer mit derselben Person verhandelt. Angekl.: Durch Empfehlung. Vors.: Von wem? Angekl.: Es waren ein paar Ausländer. Vors.: Die sind jetzt natürlich nicht mehr zu erreichen? Angekl.: Nein. — Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde Frau Dr. Rückert über die Beziehungen zwischen ihrem Mann, Dr. Hölscher und Viergutz vernommen.

•

Das Kriegskreuz wurde einem Barackendieb in Doberitz zum Verderben. Im vergangenen Sommer wurden fortgesetzt die Offiziere in den Baracken bestohlen, so daß ein besonderer Sicherheitsdienst einer Berliner Detektei eingeführt werden mußte. Durch einen Zufall konnten die Einbrüche aufgeklärt werden. Eines Tages fand man am Tatort ein Ernst-Ludwig-Kreuz, eine hessische Kriegsauszeichnung, die der Dieb verloren hatte. Das Kreuz gehörte dem Oberkontrolleur Senning der Berliner Detektei. Er wurde vor dem Großen Schöffengericht in Spandau zu 20 Monaten Gefängnis verurteilt.

Rundfunk

Spielplan des Dresden-Leipziger Senders für Freitag, 19. März

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung. **10,10—10,15 Uhr:** Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. **10,15 Uhr:** Was die Zeitung bringt. **11,45 Uhr:** Wetterdienst und -voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. **12 Uhr:** Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. **12,55 Uhr:** Nauener Zeitzeichen. **1,15 Uhr:** Presse- und Börsenbericht. **3—4 Uhr:** Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts (Deutsche Welle). **3—3,30 Uhr:** E. M. Alfieri und Frl. Gertrud van Enseren: Spanisch für Anfänger. **3,30—4 Uhr:** Julia Lotte Stern: Naturkundliche Entdeckungskreisen in der Wohnstube. **4 bis 4,45 und 5—5,30 Uhr:** Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. Leitung: Kapellmeister Gustav Agunie. 1. Auber: Ouvertüre zur Oper „Die Stumme von Portici". 2. Grieg: Lied: An den Frühling. 3. Haydn: Sinfonie mit dem Paukenschlag. 4. Kreißler: Violinsolo: a) Liebesfreud; b) Liebesleid (Gustav Agunie). 5. Waldteufel: An dich, Walzer. 6. Benatzky: „Komm in meine Arme, schöne Frau", Tango. 7. Suppé: Potpourri aus der Operette: „Boccaccio". **6,30—7 Uhr:** Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. **7—7,30 Uhr:** Vortrag. Dr. Max Kemmerich, Berlin: Das Weltbild des Mystikers. **7,30—8 Uhr:** Vortrag. Prof. Dr. Johannes M. Verweyen von der Universität Bonn: Meisterung des Lebens. **8,15 Uhr:** Sinfoniekonzert. Dirigent: Alfred Szendrei. Solist: Prof. Robert Reitz (Weimar), Violine. Das Leipziger Sinfonieorchester. 1. Haydn: Sinfonie Nr. 101 (Glockensinfonie, D-Moll); 1. Adagio. — Presto. — 2. Andante. — 3. Menuetto. Allegretto. — 4. Finale. Vivace. 2. Spohr: Violinkonzert Nr. 15 (E-Moll), Op. 128: 1. Allegro. 2. Larghetto. 3. Rondo grazioso (Prof. Robert Reitz. 3. Richard Strauß: Don Juan. Tondichtung nach Nikolaus Lenau für großes Orchester. Op. 20. Anschließend (etwa **9,30 Uhr**): Pressebericht und Sportfunkdienst. **10 Uhr:** Dresden: Klangmalerei in Dichtung und Musik. Mitwirkende: Dr. Felix Zimmermann, Dresden, Geo Becker, Dresden (Rezitationen).

•

Der Juwelenraub in der Schönhauser Allee ist durch Sachverständige weiter aufgehellt worden. Die Reste der beiden Kanonenschläge wurden untersucht und wurden als fabrikmäßig hergestellte Feuerwerkskörper festgestellt. Weil diese Arten von Feuerwerkskörpern der Größe D von 6½ Zentimeter Durchmesser nur sehr selten gekauft werden, ist man den Verbrechern auf die Spur gekommen.

Die Schaubura auf dem Alaunplatz wird eine besondere Anziehungskraft auf die Besucher des Festplatzes ausüben. Als Abnormität produziert sich hier Fred Erka, der ein ganz lebende Skelett- und Flügelmensch, Fred Erka wird als das Rätsel der Wissenschaft bezeichnet und bildete das Tagesgespräch auf vielen großstädtischen Schaupläzen. Zum Schluß jeder Vorstellung bringt „Jarimes Kabarett" mit naturalistischen Schönheitsspielen, Schleiertänzen usw. In den letztgenannten Darbietungen haben nur Erwachsene Zutritt. Zuspruch wird es der geheimnisvoll aufgemachten „Schaubura" nicht fehlen. Näheres ist aus der Anzeige in der morgigen Nummer zu ersehen.

Probeabstimmungen / ein grober Unfug.

Nach amerikanischem Vorbilde veranstalten die Abstinenten in größeren und mittleren deutschen Städten sogenannte Probeabstimmungen für ein **Gemeindebestimmungsrecht,** um den Beweis zu erbringen, daß die Bevölkerung ein Gemeindebestimmungsrecht und weiterhin die Trockenlegung Deutschlands wünscht, was nicht der Fall ist.

Wie kommen Mehrheiten bei Probeabstimmungen zustande?

Weil erstens Probeabstimmungen meistens in solchen Bezirken vorgenommen werden, wo die Abstinenten einen starken Anhang haben; zweitens weil bei Abstimmungen, die keiner behördlichen Kontrolle unterstehen, sich leicht Irrtümer zugunsten der Veranstalter einschleichen können.

Wer nicht will, daß amerikanische Zustände bei uns einreißen,
Wer nicht will, daß die Parteileidenschaften durch private, behördlich nicht kontrollierte Abstimmungen weiter aufgepeitscht werden,
Wer nicht will, daß die gesetzgebenden Körperschaften und die breite Oeffentlichkeit über Lebensfragen unseres Volkes falsch unterrichtet werden,

der lehne eine Beteiligung an einer sogen. Probeabstimmung mit aller Entschiedenheit ab!

Premiere: Freitag den 19. März

Vossische Zeitung. ..... Hubert Moest, der die Regie führte, macht die Zeit im Bilde lebendig und hat den Rahmen für das Wirken und Zusammenspiel dieser hervorragenden Künstler. Der Film, der zu den besten Gestaltungen Erzeugnissen gehört, hatte eine große und tiefgehende Wirkung."

Der Montag Morgen. ..... Klöpfer als [illegible] Teil als Ritter wider [illegible] Gerechtigkeit des [illegible] Bauernkrieg [illegible] Gretel Reinwald ein [illegible] Bild einer [illegible] Frauen. Erna Morena wie aus einer Fallung oder einem alten Kartenspiel. Albert Steinrück eine Kopie aus Farbe Sittengeschichte ..... Starker Beifall im U. T. am Nollendorfplatz."

Berliner Tageblatt. ..... Diese Szene und [illegible] Liebes- und Haßdurchs sind kleine vollendete Filme für sich ..... Hubert Moest, dem Regisseur, ist der Film gelungen und zuweilen scheint es, als wäre der Filmgötz vor Goethes Götz entstanden."

Volks-Bote. „Die Schilderung des damaligen Zeitabschnittes, wo der gefürchtete Ritter mit der eisernen Hand lebte und kämpfte, ist gut gelungen. Auch einzelne dramatische Szenen der Handlung hat der Regisseur wirkungs- und ausdrucksvoll mit Unterstützung der Darsteller gestaltet. ..... Dieser deutsche Meisterfilm dürfte seines Erfolges sicher sein. ..."

Berliner Lokal-Anzeiger. „Eine sehr glückliche Verbindung der goethischen Formung macht den Film „Götz von Berlichingen", der im U. T. Nollendorfplatz uraufgeführt wurde, zu einem wirkungsvollen Werke voll tieferer Qualitäten ..... In Bild und Wesen vermittelte der Film auch dank dieser Aufgabe von bedeutender Darstellung ein Gemälde fernerer Zeit, das tief auf die Herzen der Lebenden zu wirken berufen ist. ..."

B. Z. a. Mittag. ..... Der sauberen Arbeit des Regisseurs muß vollste Anerkennung gezollt werden. Sie steht regie- und bildtechnisch auf hoher Stufe, die Massenszenen sind glänzend aufgehaut, die Ereignisse des Bauernkrieges voll wirkungsvoller Steigerung und namentlich der Sturm der Sickinger Reiter auf das Heilbronner Rathaus von packender Wucht. Auf gleich hohem Niveau stehen die darstellerischen Leistungen ..."

Stettiner Abendpost. „Endlich wieder einmal ein Film, der mehr als bloße Bildsprache ist. Dazu ein Thema, das eine Fülle von Gestalten und Situationen birgt, die nachhaltig und eindrucksvoll sind: Götz von Berlichingen. Eine ganze Reihe prominenter Darsteller verhelfen der meisterhaften Inszenierung zum Erfolg ... Es ist ein Film von erschütternden Momenten. Fruchtvoll in Photographie und Szenerie ..."

So urteilt die Presse

über: **Der Mann mit der eisernen Hand**

(Götz von Berlichingen)
Schauspiel in 1 Vorspiel und 6 Akten

Die Besetzung der Prominenten:
Eugen Klöpfer, Paul Hartmann
Albert Steinrück, Theodor Los
Friedr. Kühne, Ed. v. Winterstein
u. a. m.

Regie: Hubert Moest

Ferner:
Hat — ihn — schon
Reizende Groteske in 2 Akten
Wiesbaden — Natur

ALHAMBRA
Wettinerstraße 12

So urteilt die Presse

über: **Der Mann mit der eisernen Hand**

(Götz von Berlichingen)
Schauspiel in 1 Vorspiel und 6 Akten

Die Besetzung der Prominenten:
Gertrud Welker, Grete Reinwald
Erna Morena, Maria Foresko
Leop. v. Ledebour, Lucie Höflich
u. a. m.

Regie: Hubert Moest

Ferner:
Billys Großkampftag
Lustspiel in 2 Akten
Die neueste Deulig-Woche

Wochentags: 6³⁰, 8³⁰ Uhr • Eintrittspreise Wochentags: 60 ₰ - 2 ℳ • Sonntag: 4, 6¹⁵, 8³⁰ Uhr

GEGR. 1873
Gebrüder Leupold
Marienstraße 1
Vom 18. bis 20. März
20 % Rabatt
auf alle
Wollwaren
Pullover
Sportjacken
Schwitzer
Strümpfe
Handschuhe
Wirkwaren
Kamelhaardecken
Ausgenommen schon im Preis zurückgesetzte Waren

Fahrräder
beste Marken
Miele, Panzer
Schladitz, Hänel.
Kleine Anzahlung
Kleine Raten! (w218
Extra billig bei Kaufe
Palmstr. 19, 2., Hauke

Aus einer Konkursmasse (186
Isolierflaschen „Neuheit"
im ganzen oder einzelnen zu verkaufen bei
Franz Richter & Söhne
Dresden-A.
Flemmingstraße 33. Tel.

Klapp- u. Kinderwagen billig zu verk. Oppelstr. 18.

VORWÄRTS KVD

Konsumverein

VORWÄRTS KVD

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260318/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

PfundsMargarine

mit dieser Schutzmarke
allgemein genannt
Zwillinge
ist im Geschmack **hervorragend**
Immer frisch, das Pfund **nur 80 Pf.**
Zu haben in unseren 50 Läden und bei unseren 40 Ausfahrern.

Pfunds Molkerei

Fernsprecher 25246 **Bautzner Straße 75-81** Fernsprecher 25246
f 361

Gute und billige kauft die sparsame Hausfrau in der

Lebensmittel Neustädter Markthalle

VORWÄRTS
KVD

Unsere Brotpreise

Brot I 4 Pfund . . .	**56** Pf.
Brot II 4 Pfund	**50** Pf.
Vollkornbrot 3 Pfund	**35** Pf.
Weizenbrot	**40** Pf.

Konsumverein

Vorwärts

Warenabgabe nur an Mitglieder

/w 122

Leuchter, Vasen u. Geschirre

alle Gebrauchsgegenstände aus Glas, Metall, Email, Porzellan, Marmor, reinigen Sie spielend leicht mit VIM.

VIM

Streuen Sie etwas VIM auf einen feuchten Lappen und scheuern Sie die Gegenstände nur ganz leicht. VIM kratzt nicht.

---

1 Posten Fahrräder gebraucht, f. Dam. u. Herren werk billigst Krauße Fahrradhaus Freiberger Platz 1 u. Freiberger Str. 123 1 to 2166

Selbstgefert. Zigarren 6 Stck. 40 Pf., geschnitt. Zigarrenab. ½ Pfd. 1.50 verkauft **Reimann**, Josephinenstraße 23 und Walder-Blumenstr 8 1b 3162

Badewannen
Fabrikat Kraus
kaufen Sie preiswert im Spezialgeschäft
Eduard Geiger
Am Soc. Str Morgenstr

Beerenwein
für sportbillig Ltr. 75 Pf. Dresdner Brauerei, Meißnerstr. 15 u. Am See 23 I. Fernspr. 19 361

Kleiderschrank, Vertiko, Waschtisch, Kücheneinrichtung, Bettst., Spiegel, Wanduhr, Federb., Sofa, Chaiselong. eck **Palmstr. 31, p** Ev. Teilzahl.

Suche Wäsche zum Waschen u. Bleichen aufs Land. Auch kleine Posten für einzelne Personen. Off. erb. unt **Wäsche** in die 4. Filiale, Kesselsdorfer Straße 19 1m76

Büfett, Küche, Schränke, Bettstelle, Matratzen, Federbetten zu verkauf. **Stückengasse 12, p.** 1b380

Der grüne Film
Ein Wanderbuch von Edgar Hahnewald empfiehlt die
Volksbuchhandlung

Gasthaus zum städt. Vieh- und Schlachthof
Ostragehege Straßenbahn 2
Jeden Freitag: **Schlachtfest**
Schlachtfest-Spezialitäten in bekannter Güte 1b 288
Abends von 7 Uhr an: **Familien-Kränzchen.**

Volkswohl-Theater Lichtspiele Ostra-Allee Eing. Trabantengasse

Ab Donnerstag, nur 4 Tage!
Das große Doppelprogramm!

I.
Das schöne Abenteuer
mit **Alexander Albers**
Ernst Reichert :: Lilian Hall Davis.

II.
Ein Tag im Paradies

III.
Monti auf Reisen

IV.
Ufa-Wochenschau.
f 362

Inserieren bringt Gewinn!

Diese Woche Freitag u. Sonnab.
Pa. frisches Fleisch
von gut genährten Pferden
Pfd. 60 ₰. Gewiegtes Pfd. 50 ₰
Rouladen und Lende . Pfd 70 ₰
S. Zervelatwurst . . ½ Pfd 20 ₰
S. Salamiwurst . . . . ¼ Pfd 30 ₰
Rotwurst . . . . . ¼ Pfd. 20 ₰
Knoblauchwurst . . . . . ¼ Pfd. 20 ₰
Zapfenstreich: 1 Paar extra große Altdeutsche 20 ₰
Schmer . . . . . 1 Pfd. 80 ₰
Nächstens offeriere ich mein sehr gern gekauftes
Garantiert reines Roßmark
bestes u. reellstes Mittel gegen Reißen, kranke und schwache Gliedmaßen u. ganz bes. bei Hagrawöhnl. zu empfehlen. Fläschchen von 40 Pf. an. 1273
Roßschlächterei, Freiberger Straße 126

Büfetts
Ausziehtische
Stühle
Schreibtische
Flurgarderoben
Chaiselongues
in großer Auswahl zu verkaufen
Teilzahlung! 1m 328
Möbelhaus
Richard Schmieder
Bünaustraße 46
Zweiggeschäft gegenüber dem Rathaus

ES IST DAS BESTE !

wenn Sie alle Ihre Drucksachen bei uns herstellen lassen
Schnelle Erledigung ◇◇ Saubere und moderne Ausführung
Buchdruckerei Kaden & Comp., Dresden, Wettinerpl. 10

---

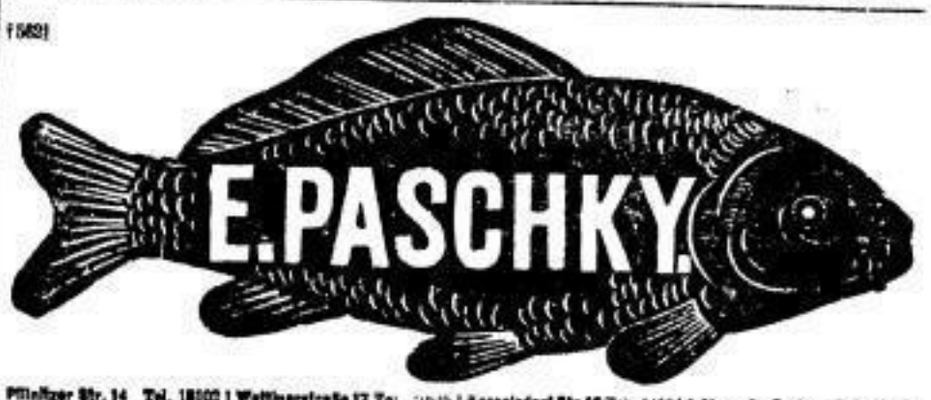
500 Bände Heinrich Heine

aus dem Hoffmann u. Campe-Verlag, sehr schön und geschmackvoll ausgestattet, Halbleinen, mit vielen Bildern aus Heines Zeit. Jeder Band etwa 280 Seiten stark. Die vollständige neu durchgesehene Original-Ausgabe 12 Bände M. 33.60. Einzelbände, jeweilig in sich abgeschlossen M. 3.00. Teilzahlung gestattet.

Beachten Sie unser Sonderfenster
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10

---

f 562



Pillnitzer Str. 14 Tel. 18502 | Wettinerstraße 17 Tel. 21646 | Aussiedlerstr. 16 Tel. 14114 | Alaunstraße 4 Tel. 22969
Striesener Str. 22 Tel. 86608 | Trompeterstr. 5 Tel. 22967 | Zwickauer Str. 137 Tel. 40634 | Torgauer Str. 10 Tel. 21588
Pirnaer Str. 24 Tel. 83406 | Bismarckplatz 12, Ecke Lindenaustr. Tel. 40507 | Rosenstraße 43 Tel. 21766 | Lagerein und Versand:
Wartburg Str. 14 Tel. 14060 | | Hechtstraße 27 Tel. 14946 | Wilhelmstr. 1. Tel. 21634.

Morgen besonders preiswert: Allerfeinster

Kabljau	ohne Kopf	**Pfd. 30 Pf.** im Anschnitt 33 Pf.
Grüne Heringe		**Pfund 12 Pf.** 5 Pfund 55 Pf.
Makrelbücklinge		**Pfund 25 Pf.** ½ Pfund 15 Pf.
Holl. Lachsheringe		2 St. 25 Pf.

Geschäfts-Eröffnung!

Freitag den 19. März 1926, vormittags 11 Uhr
eröffnen wir

Seestraße Nr. 6, Ecke Zahnsgasse

ein **neuzeitlich** eingerichtetes Geschäftshaus für

Strumpfwaren
Wollwaren
Wirkwaren
Trikotagen
Herrenartikel

Die Grundpfeiler unseres Geschäftes sind

Größte Auswahl!
Beste Erzeugnisse!
Billigste Preise!

Wir sind gewiß, auf diese Weise eine stets zufriedene Kundschaft zu erwerben. Das geschätzte Publikum ist herzlichst eingeladen, sich **ohne Kaufzwang** von der Durchführung unserer Grundsätze zu überzeugen.

Wir bitten um gütige Unterstützung unseres Unternehmens.

Strumpfhaus Seestraße 6

G. m. b. H.

Billigste Einkaufsquelle
in
Fahrrädern neueste Modelle alle Farben. Nähmaschinen Wringmaschin. auf Teilzahlung bei bequemen Raten
Opel Excelsior

Eigene Fabrikation.
Regenpelerinen, sämtl. **Ersatz- u. Zubehörteile**
Alle **Reparaturen** sofort, sauber und fachgemäß.
Ia Bereifungen i. Firmen. Vernickeln u. Emaillieren.

Fahrradhaus Frisch auf

Könneritzstraße 17. Telephon 23977.
Prima Material. **Erstklassige Arbeit.**
Lagerbesichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Wollen Sie billig rauchen?
Dann kaufen Sie im Spezialgeschäft von
Konrad Martin, Zinzendorfstraße 41
an der Johann-Georgen-Allee.
Zigaretten . 100 St 1.50, 2.00, 2.50 und 3.00 M.
Zigaretten-Tabakabfall . Pfd 2.50 und 3.00 M.
Rauchtabake . . . . . Pfd von 2.00 M an
Zigarren . . . 50 Stück zu 3.80, 4.50, 5.00, 5.50 M
Marken-Zigaretten
für Wiederverkäufer zu Original Fabrikpreisen

Briesnitz. Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sowie sämtliche Literatur nimmt entgegen
Ernst Meldo. Colporteur, Wettinerstraße

Dauerwäsche
matt weiß Leinen. Alle Formen und Weiten vorrätig.
Spezialhaus für Dauerwäsche
Max Weil, Schössergasse 2 (Herzfeld-Haus)

Ohne Vorbildg. vollst. Ausbild. zu Werkmeistern, Betriebsleitern, Maschinen- und Elektrotechnikern bei verkürzter Studienzeit

DRESDNER Techniker-Kurse

Private Techn. Abendschule
Sämtl. Vorenthg. werd. wöchtlich bisher. — Keine Lehrbücher! Eintr. 6-8 abds. Sonntag 11—1 Reichsstr. 11
Beginn d. Sommer-Semesters Telephon 45402 und 45497.

Rat und Auskunft in allen Angelegenheiten,
Patent-büro Erdmann & Co.
Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 71.
Vertreterbesuch kostenlos.

Jetzt beste Zeit!

Wie bekannt, ist eine
Blutreinigungskur mit Klepperbeins

Wacholdersaft

auf das körperliche Wohlbefinden eines jeden Menschen von großem Einfluß.

Bei nervösen Beschwerden, unregelmäßiger Verdauung, Blasen- und Darmleiden, Rheumatismus, Bleichsucht usw. nehme man täglich 3mal einen Eßlöffel (Kinder die Hälfte). Seit Menschengedenken ist dieser Saft ein ausgezeichnetes Blutreinigungsmittel und wird besonders von Bleichsüchtigen, Blutarmen, Gichtikern und Rheumatikern hoch geschätzt. Ebenfalls leistet er bei Wassersucht und Verdauungsschwäche gute Dienste. **Wacholdersaft** ist seit altersher eine Spezialität der Firma Klepperbein und ist zu haben in Büchsen zu **1.50, 2.50, 4.00** (für Zuckerkranke besondere Qualität). **Klepperbeins Cassiadtutreinigungstee** von prompter und angenehmer Wirkung. Paket **0.75, 2.00. Klepperbeins Wacholderbonbons** Paket **0.75. Klepperbeins Spulwurmtee** für Kinder besonders jetzt im Frühjahr geeignet. **Paket 0.75.**

Drogenhaus Klepperbein, Dresden-A.
Frauenstraße 9 — Gegründet 1707
Spezialhandlung für medizinische Kräuter. — — Prompter Versand nach auswärts.

Ferner zu haben bei:
Drogerie Borsbergdrogerie, Borsbergstraße 18 a
Drogerie zur Flora, Dresden-Laubegast, Poststraße 1
Drogerie G. Hartmann Nachflg., Kesselsdorfer Straße 3
Drogerie Benno Hennig Nachflg., Dresden-A., Schäferstraße 6
Drogerie Paul Lachmann Nachflg., Wettinerstraße 53
Drogerie Max Leibnitz, Kreuzstraße 17
Drogerie Rudolf Leutbold, Amalienstraße 4
Drogerie Ernst Much, Weißer Hirsch
Drogerie Reinhold Sonntag, Nietzschestraße, Ecke Ziegelstraße
Drogerie B. Stölzner Nachflg., Martin-Luther-Straße 37
Drogerie Paul Strendel, Lindenaustraße 44.

VORWÄRTS
KVD

Abgabe nur an Mitglieder

Schwere frische Eier

12 Pfennig
je Stück sind erhältlich in allen Verteilungsstellen des

Konsumvereins
Vorwärts

Das amerikanische Wirtschaftswunder

Das aktuelle Buch über Amerikas Wirtschaft und Kultur von Staatssekretär z. D. Prof. Dr. Jul. Hirsch
Dresdner Volksbuchhandlungen

Betten

und alles, was zum Schlafzimmer gehört kaufen Sie in bester Qualität direkt von der Fabrik gegen

bequeme Teilzahlungen

1 Holzbettstelle . . . 1 Stahldrahtmatratze 1 Auflagematratze . . . zus. **50** M.

Holzbetten, Eiche, nußb. gem.	p.	25 M. an
Metallbetten	p.	27 M. an
Kinderbetten, Holz u. Metall	p.	30 M. an
Auflagematratzen	p.	13 M. an
Stahlmatratzen	p.	12 M. an
Chaiselongues	p.	28 M. an
Sofas	p.	75 M. an
Federbetten, la Inlett . . .	p.	27 M. an

Kleider- und Wäscheschränke, kompl. Schlafzimmer, Küchen, äußerst billig gegen bequeme Teilzahlung.

10% Kassenrabatt
bei Barzahlung.

Fabriklager:
Dresden-A., Gr. Zwingerstraße 5
Vertreter: **N. Eckstein.**
Auswärtige Interessenten wollen Katalog verlangen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260318/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG